

Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

URSULA BÜTTNER /
WERNER JOCHMANN (HRSG.)

Zwischen Demokratie und Diktatur

National-
sozialistische
Macht-
aneignung
in Hamburg –
Tendenzen
und
Reaktionen
in Europa



CHRISTIANS

ZWISCHEN DEMOKRATIE UND DIKTATUR

URSULA BÜTTNER / WERNER JOCHMANN (Hrsg.)

Zwischen Demokratie und Diktatur

Nationalsozialistische Machtaneignung
in Hamburg –
Tendenzen und Reaktionen in Europa

mit Beiträgen von

*Ursula Büttner, Helga Grebing, John A. Grenville,
Werner Jochmann und Werner Jobe*

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE ZUR SOZIAL-
UND ZEITGESCHICHTE
BEIHEFT I

*Im Auftrag der Forschungsstelle für die Geschichte des
Nationalsozialismus in Hamburg und der Hamburger
Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von Werner Jochmann, Werner Jöhe und
Ursula Büttner*

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Zwischen Demokratie und Diktatur: national-
sozialist. Machtaneignung in Hamburg – Tendenzen
u. Reaktionen in Europa/Ursula Büttner; Werner
Jochmann (Hrsg.). Mit Beitr. von Ursula Büttner ... –
Hamburg: Christians, 1984

Hamburger Beiträge zur
Sozial- und Zeitgeschichte / Beiheft
ISBN 3-7672-0851-2

NE: Büttner, Ursula (Hrsg.)

Umschlagbild: Wahlversammlung mit
Adolf Hitler in Hamburg am 6. September 1930

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1984
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung Alfred Janietz
ISBN 3-7672-0851-2
Printed in Germany

HERBERT WEICHMANN
1896 – 1983

der als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt
Hamburg und als Vorsitzender des Fördererkreises
die Arbeit des Instituts während vieler Jahre durch sein
immer tatbereites Engagement, durch Rat, Zuspruch und
Mahnung nachhaltig unterstützt hat

in dankbarer Erinnerung gewidmet

In der Zeit der Republik von Weimar war es die beispiellose Wirtschaftskrise, die dem deutschen Volk weder das Leben noch das Sterben erlaubte. Sie mag in ihren Ursachen auch auf gewisse innerdeutsche Anomalien, insbesondere auf das ungelöste Agrarproblem zurückzuführen sein, sie war aber doch zugleich auch der Ausdruck der Unvollkommenheit einer weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Man vermag sich scheinbar auch heute im Ausland den Einfluß dieser Krise, die 6 bis 7 Millionen Menschen zur Arbeitslosigkeit verdammt, nicht recht vorzustellen. Wir sind gewiß glücklich, daß die großen westeuropäischen Staaten und die Vereinigten Staaten ihre demokratische Lebensform aufrecht erhalten haben, aber wir wagen nicht zu prophezeien, welches der Lauf der Dinge in diesen Ländern bei einer ähnlichen Wirtschaftskrise gewesen wäre. Die noch nicht lange zurückliegenden kritischen Zeiten, in denen unter dem Druck des Wirtschaftsrückganges auch in diesen ungleich reicheren und mit Reserven ausgestatteten Ländern soziale Revolutionen an der Schwelle der Ereignisse zu stehen schienen, sollten jedenfalls zu einer gewissen Vorsicht in den Behauptungen über eine unveränderliche Mentalität der Völker in diesem oder jenem Sinne Anlaß geben. In jedem Falle, es ist die wirtschaftliche Verfassung eines Landes, welche seine geistige und politische Haltung entscheidend mitbestimmt.

Herbert Weichmann

Zum Streit um Deutschlands wahres Gesicht

Aus: Die Zukunft, Paris, 4. August 1939.

Inhalt

| | | |
|------------------------|--|-----|
| Einführung | | 9 |
| <i>Helga Grebing</i> | Die Krise der liberalen Demokratie in Europa und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland | 15 |
| <i>Ursula Büttner</i> | Hamburg 1932: Rettung der Republik oder Systemzerstörung? | 41 |
| <i>Werner Johe</i> | Institutionelle Gleichschaltung in Hamburg 1933: Revolutionäre Umgestaltung oder Wiederherstellung traditioneller Ordnungen? | 66 |
| <i>Werner Jochmann</i> | Gesellschaftliche Gleichschaltung in Hamburg 1933: Freiheit des Individuums oder Sicherheit und Schutz der Gemeinschaft? | 91 |
| <i>John Grenville</i> | Die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland aus der Sicht der europäischen Nachbarstaaten | 115 |
| Literaturhinweise | | 141 |
| Chronik | | 144 |

Ursula Büttner, geb. 1946, Studium der Geschichtswissenschaft, deutschen Literatur- und Sprachwissenschaft, Dr. phil. 1979, Wissenschaftliche Referentin an der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Helga Grebing, geb. 1930, Studium der Geschichts- und Sozialwissenschaften, Dr. phil. 1952, ordentliche Professorin an der Universität Göttingen (Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts)

John A. Grenville, geb. 1928, Studium der Geschichtswissenschaft, Dr. phil. 1954, ordentlicher Professor für Moderne Geschichte an der Universität Birmingham/England

Werner Jochmann, geb. 1921, Studium der Geschichtswissenschaft, Germanistik, Geographie und Philosophie, Dr. phil. 1949, Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus und Professor an der Universität Hamburg

Werner Jöbe, geb. 1932, Studium der Geschichtswissenschaft, englischen Sprache und Literatur, Dr. phil. 1964, Wissenschaftlicher Referent an der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Einführung

Die Beiträge dieses Bandes – hervorgegangen aus einer Vortragsreihe in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung zu Beginn des Jahres 1983 – vermitteln ein knappes, gleichwohl aber weithin geschlossenes Bild vom politischen und gesellschaftlichen Geschehen in Hamburg in den Jahren 1932/33. Um den Bezugsrahmen zu den Entwicklungen in Deutschland und Europa sichtbar zu machen und einer isolierten Betrachtung der Region entgegenzuwirken, stehen am Beginn und am Schluß Abhandlungen, die eine Einordnung in den weltpolitischen Zusammenhang ermöglichen.

Dies ist deshalb geboten, weil sich die Hamburger gern ihrer Weltläufigkeit rühmten, die Stadt mit Vorliebe als Tor zur Welt bezeichnet wurde und die Senatsparteien 1931 den Kampf gegen die steigende Flut des Nationalsozialismus mit der zugkräftigen Forderung führten, dieses Tor im Interesse Deutschlands und der Welt offen zu halten. In der Handelsmetropole an der Elbe trafen mehr Einflüsse als anderswo im Reich aufeinander, und dieser Tatsache versuchten ansatzweise auch die Nationalsozialisten Rechnung zu tragen, wenn auch mit geringem Erfolg. Zweifellos hat die Weltkenntnis der wirtschaftlich einflußreichen Hamburger Schichten dazu geführt, daß sie oft mehr Distanz zur Partei Hitlers wahrten als andere Bevölkerungsgruppen. Gestützt auf ihre europäischen und überseeischen Verbindungen, erlagen sie aber auch einer folgenschweren Fehlbeurteilung des Nationalsozialismus, dem sie wenig oder nichts zutrauten. Als sie ihren Fehler erkannten, hofften sie auf politische und moralische Unterstützung des Auslands. Dies war ihr zweiter Irrtum, denn die führenden Mächte der Welt hatten genügend eigene Probleme zu lösen.

Die Mitarbeiter des Bandes stützen sich auf die Erkenntnisse, die die deutsche und internationale Forschung in den

vergangenen Jahrzehnten erarbeitet hat. Sie sind jedoch der Meinung, daß die Gegenwart Fragestellungen aufgibt, die neue Antworten erfordern. Ohne Zweifel gab es in Deutschland und in der Hansestadt Hamburg soziale Strukturen und geistige Vorprägungen bestimmter Bevölkerungsgruppen, die den raschen Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglichten. Die starken völkischen und nationalistischen Verbände und Organisationen, die vor und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg entstanden, gingen nachweislich alle in der NSDAP auf. Aber damit wird das politische Verhalten der vielen jungen Menschen, deren politisches Bewußtsein sich erst in der Weimarer Republik bildete und die nicht zu alten Ordnungen zurückkehren wollten, keineswegs erklärt. Sie mißachteten die überkommenen Werte, haßten die Demokratie und die sie tragenden Parteien, weil sie ihre Aufgaben nicht entschieden genug lösten und der Jugend einen zu geringen Handlungsspielraum zuwiesen. Diese jungen Radikalen verspotteten vor allem das Bürgertum, das sich auf die Dauer mehrheitlich mit der liberalen Demokratie nicht auszusöhnen vermochte, sich gleichwohl aber zu arrangieren versuchte.

Gefährdet wurde die Republik von Weimar letztlich aber erst, als die Fortschrittserwartung schwand, die Hoffnung auf soziale Normalisierung im Gefolge wirtschaftlichen Wachstums zerbrach und die Not immer größere Volksschichten erfaßte. Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise wuchs die Bereitschaft der Menschen zur Veränderung, ja zum Umsturz der bestehenden Ordnung. Gleichwohl bekannte sich 1931/32 noch immer fast die Hälfte und 1933 ein Drittel der Hamburger Bevölkerung zum bestehenden Staat. Aber die Anhänger der Demokratie wurden unsicher, von Zweifeln an der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges geplagt. Das Verhalten der Bevölkerungsmehrheit in den entscheidenden Jahren 1931/32 zeigt eindeutig: Wer auf die poli-

tischen und ökonomischen Herausforderungen der Zeit nur reagiert, die eigenen Maßstäbe und Normen nicht mehr entschlossen vertritt, der gerät radikalen Gruppen und Kräften gegenüber in die Defensive und damit in Gefahr, auf längere Frist ausgeschaltet zu werden.

Erst die Einsicht in die Wirkungszusammenhänge, die dazu führten, daß die wirtschaftliche Not eine geistige Krise auslöste und Handlungsunsicherheiten hervorrief, ermöglicht, den Verfall der Weimarer Demokratie zu erklären. Verantwortliche Politiker, hohe Staatsbeamte, einflußreiche Mitglieder demokratischer Parteien und mitgliederstarker Gewerkschaften fragten sich bei Angriffen radikaler Systemveränderer oft, ob der Protest nicht zumindest teilweise berechtigt sei, und verzichteten auf einen entschiedenen Einsatz der Machtmittel des Staates und eine offensive Vertretung ihrer Grundsätze. Dabei erkannten vor 1933 auch in Hamburg viele die Gefahren, die vom Nationalsozialismus drohten. Diese Einsicht führte aber die demokratischen Kräfte nicht zu solidarischem Handeln zusammen. Vielmehr stritten sie unter und miteinander um die rechte Einschätzung der Situation und die zweckmäßige Strategie der Krisenüberwindung.

Diese Tatsache schwächte die Anziehungskraft der Demokraten auf neue Wählerschichten. Dabei stießen die Nationalsozialisten durch ihren Terror Wähler und sogar Anhänger immer wieder ab. Da diese Enttäuschten aber von anderen Parteien nicht gebunden werden konnten, gelang es ihnen, durch zeitweiliges Entgegenkommen und scheinbare Mäßigung die Empörung zu dämpfen und eine endgültige Abkehr zu verhindern. Die Partei Hitlers verstand es auch in Hamburg stets von neuem, unterschiedlichste soziale Schichten anzusprechen und partielle Hoffnungen zu wecken. Dieser Faktor spielte besonders bei der Etablierung ihrer Macht und der Sicherung ihrer Herrschaft 1933 eine Rolle. Nicht wenige, die aufgrund der Gewalttaten und der bürgerkriegsähn-

lichen Verhältnisse in den Jahren 1931/32 radikale Veränderungen oder sogar eine Nacht der langen Messer nach ihrem Erfolg befürchtet hatten, ließen sich nun durch vorübergehende Zurückhaltung in bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens täuschen und beruhigen. Nur so erklärt sich die Inaktivität der Gegner Hitlers, als die Nationalsozialisten den Rechtsstaat beseitigten und die Machtmittel des Staates in Besitz nahmen.

Auf theoretische Erörterungen wird in den hier veröffentlichten Beiträgen verzichtet. Die Autoren waren darauf bedacht, die Ereignisse und namentlich das Verhalten der Bevölkerung möglichst konkret zu beschreiben. Sie sind davon überzeugt, daß eine weitgehende Konzentration auf die Theorie und schon gar die ausschließliche Fixierung des Blicks auf die ökonomischen Strukturen und Herrschaftsverhältnisse, so wichtig sie auch immer sind, den besonderen politischen und gesellschaftlichen Vorgängen und der Vielschichtigkeit des Geschichtsprozesses nicht gerecht werden. In Zeiten, in denen es auf das verantwortungsbewußte Handeln jedes einzelnen Menschen ankommt, ist Skepsis gegenüber wirklichkeitsfremden Theorien geboten, weil sie zur Selbstgewißheit und zu einer inhumanen Abstraktion führen können.

Die Zerstörung der Weimarer Demokratie war eine Erfahrung, die Herbert Weichmann zeit seines Lebens bedrängte. Er hatte keine einfache Antwort auf die Frage, wie es zum Aufstieg und schließlich zum Sieg der Nationalsozialisten kommen konnte. Aber er war gewiß, daß es ebenso sehr darauf ankommt, die Autorität des demokratischen Staates zu wahren, für seine Grundsätze einzustehen und Mißbrauch der Freiheitsgarantien zu verhindern wie allen Ansätzen zu Intoleranz und Inhumanität zu wehren. Weil der Untergang der Weimarer Republik für Herbert Weichmann – für sein weiteres Leben, sein Denken und sein politisches Handeln –

von so entscheidender Bedeutung war, möchten die Mitarbeiter der Forschungsstelle ihm dieses Bändchen widmen. Es ist dem Dank, den sie ihm für sein nie ermüdendes Interesse, für mannigfache Unterstützung und viele bereichernde Gespräche schulden, nicht angemessen. Aber dieser Dank kann ohnehin nur angedeutet und durch kein Werk gebührend zum Ausdruck gebracht werden.

Ursula Büttner

Werner Jochmann

HELGA GREBING

Die Krise der liberalen Demokratie in Europa und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland

In diesen Wochen und Monaten wird wieder teils triumphierend, teils beruhigend, teils beschwörend festgestellt werden, (das gute) Bonn sei nicht (das schlechte) Weimar. Solche Feststellung leidet unter einer Blickverengung, durch die das negative Urteil über die erste deutsche Republik ausschließlich als von ihrem Ende her bestimmt gesehen wird. Unter dem Eindruck ihres katastrophischen, bis heute nachwirkenden Endes erhält die Weimarer Republik ihre Signaturen und Stigmatisierungen in fast endloser Reihung: Man nennt sie eine Republik ohne Republikaner, jedermanns Vorbehaltsrepublik, Republik der Außenseiter, arm an Demokraten, eine improvisierte Demokratie ohne tiefere Wurzeln in der deutschen politischen Tradition, ein von Anbeginn schwankendes Staatswesen mit schwersten Geburtsfehlern; man spricht dann folgerichtig von der Zerstörung und Selbstzerstörung der Republik, von der Selbstpreisgabe eines Systems, vom Selbstmord der Republik.

Solche Kennzeichnungen lassen vergessen, daß mit der Weimarer Republik die deutsche demokratisch-republikanische Tradition historisch endlich zum Durchbruch gekommen ist; sie lassen übersehen, daß die Republik nur eine sehr kurze Zeitspanne zu ihrer Bewährung im Sinne dieser Tradition zur Verfügung hatte – die gleiche Zeitspanne wie von 1968 bis heute. Bei solchen Kennzeichnungen bleibt auch unbeachtet, daß die Republik mehrere Testfälle auf ihre Existenz – 1918/19, 1920 und 1923 – bestanden hat, daß sie bis 1928 noch Chancen für eine dauerhafte Existenz hatte – da-

mals war die NSDAP noch eine unbedeutende Splittergruppe, und die Integration eines Teiles der Konservativen schien nicht ausgeschlossen; viele bedeutende, weltweit angesehene Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten hatte sie für sich gewinnen können. Und schließlich: Bei jenen negativen Kennzeichnungen wird ausgeblendet, daß sich das Ende von Weimar in dem Umfeld der Krise und des Zerfalls der Demokratie in Europa vollzog¹.

Weimar – das war zunächst ein Aufbruch nach langer Inkubationszeit, die Vollendung von Neuorientierungen, die bereits vor 1914 im deutschen Kaiserreich vorbereitet worden waren. Die politisch-soziale Kultur der Weimarer Republik war von Außenseitern im Kaiserreich vorgedacht und zu leben versucht worden, und was derart gewissermaßen vorab herausgearbeitet worden war, wurde nun in der Republik von den Fesseln des monarchisch-autoritären politischen Systems befreit: Die Außenseiter wurden zum Establishment, und die bisher Unterdrückten entwickelten in der frischen Luft der Republik ein kollektives Gefühl von Befreitsein, das in nichts hinter den politisch-gesellschaftlichen Aufbruchsbewegungen in anderen Teilen Europas im 19. und 20. Jahrhundert zurückstand – man könnte dies z. B. an einem Vergleich der Arbeiterjugendbewegung vor 1914 und nach 1918 deutlich aufzeigen.

Weimar – das war eine Chance, eine Hoffnung; es war auch ein Angebot an Schwankende: Es schien ja zunächst so, als ob der deutsche Mittelstand nun endlich bereit sein würde, das System der parlamentarischen Demokratie zu akzeptieren und die Kluft zur Arbeiterklasse zu schließen; und diese wiederum schien in ihren großen Teilen bereit, die Republik zu ihrer Republik zu machen. Es ist schwer zu bestimmen, wie weit dies alles real geworden und nicht nur eine zeitweilige vernunftbestimmte Vorstellung geblieben ist. Aber wem immer nur das Ende von Weimar in den Kopf kommen will, der

sollte sich erinnern, daß die Weimarer Republik, wie man ohne Anmaßung sagen kann, das kulturelle Weltzentrum geworden ist – so wie die USA das ökonomische. Es gab wirklich ein anderes, ein besseres Weimar als das, welches sich von seinem Ende her bestimmt in unserem historischen Bewußtsein eingegraben hat, ein Weimar, dessen Existenz wünschen lassen sollte, daß Bonn doch etwas Weimar wäre.

Nun, gerade wenn es dieses andere Weimar gegeben hat, dann stellt sich die Frage nach seinem Scheitern um so bohrender. Der Zusammenbruch der Weimarer Verfassungsordnung hatte eine wesentliche Ursache im Fortwirken der antidemokratischen Traditionen aus dem Kaiserreich in der Republik. Sie konnten weiterwirken, weil erstens der Anfang der Republik nicht durch eine totale gesellschaftliche Umwälzung, durch eine Revolution im Vollsinn, gekennzeichnet war, sondern nur durch einen politischen Paradigmenwechsel, und weil zweitens das demokratische Credo der Republik einen Pluralismus der politisch-gesellschaftlichen Kräfte einschloß. Das aber hatte zur Folge, daß das erste demokratisch-republikanische Experiment auf deutschem Boden sich ständig vor sich selber zu legitimieren und gleichzeitig noch den Ballast der monarchisch-autoritären Traditionen mitzuschleppen bzw. abzuwerfen hatte. Man hat nun mit Recht immer wieder auf die besondere Mächtigkeit dieser eigentlich überständigen Traditionen hingewiesen: Sie beruhte auf dem widersprüchlichen und doch identischen Zusammenhang von forcierter industriekapitalistischer gesellschaftlicher Modernisierung und Konservierung von vordemokratisch-autoritären Herrschaftslegitimationsformen.

Aber ist das deutsche Kaiserreich denn wirklich jener eklatante Sonderfall gewesen, als der es immer wieder beschrieben wird? Wer vom deutschen Sonderweg spricht², redet meist auch von der Normalität der Länder mit längerer, zu-

mindestens erfolgreicherer demokratischer Tradition. Vergleicht man aber Sonderweg und Normalität, dann gelangt man zu der unabweisbaren Einsicht, daß diese angebliche Normalität manche Ähnlichkeiten mit dem sogenannten deutschen Sonderweg aufweist. Die sozialen und die humanen Kosten der frühen, unter dem Gesichtspunkt der Folgen vielleicht zu frühen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in England von der Expropriation des bäuerlichen Mittelstandes bis zum Elend des frühindustriellen Fabriksystems sind auf dem Kontinent nicht mehr übertroffen worden, zumal nicht in Deutschland. Die bürgerliche Revolution in Frankreich von 1789 hat zwar den Prinzipien der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft den entscheidenden Durchbruch verschafft, zugleich aber vormoderne, vorindustriekapitalistische Schichten, die die Schmutzarbeit der Revolution verrichtet hatten, die Parzellenbauern und die städtischen Gewerbetreibenden, in ihrer sozialen Existenz und gesellschaftlichen Geltung garantiert. Dies hatte Folgewirkungen, die sich bis auf den heutigen Tag an gewissen sozialen Rückständigkeiten der französischen Gesellschaft zeigen, Rückständigkeiten, die seit jeher mit nationalen Phantasmagorien kompensiert worden sind. Der antisozialistische Klassenkampf der englischen und der französischen Bourgeoisie ist kaum milder geführt worden als der deutschen, die sich Kompensationen für ihre Niederlagen gegenüber der vorindustriekapitalistischen Herrschaftselite verschaffen mußte. Die Klassenschranken sind in allen drei Ländern vergleichsweise ununterscheidbar hart und undurchlässig gewesen.

Die ideologischen Komponenten des Imperialismus – «Sozialdarwinismus», «Rassismus», «Antisemitismus», «Annektionismus» und «Interventionismus» – sind in England und wahrscheinlich auch in Frankreich nicht weniger als in Deutschland verbreitet und wirksam gewesen. In England

fürten die mit der imperialistischen Expansion verbundenen vergleichsweise großen Versorgungsmöglichkeiten in Armee und Kolonialbürokratie zu einer Entschärfung der Mittelschichtenproblematik, die in Deutschland auf der Weimarer Demokratie so schwer lastete. So wurde von England nicht nur Kapital, sondern auch antidemokratisches Potential exportiert; so wurden Ende des 19. Jahrhunderts die Mittelschichten in England pazifiziert, nachdem der agrarische Mittelstand seit dem 17. Jahrhundert erst expropriert und dann vernichtet worden war.

Es wäre auch ein Irrtum zu glauben, die angelsächsischen Demokratien beruhten im Gegensatz zum deutschen romantisch-irrationalen, machtbezogenen und machtgestützten Staatsverständnis allein auf den Ideen der Aufklärung und des Rationalismus; sie hatten vielmehr ihre bis in unsere Gegenwart mitprägenden nicht-rationalen, vor allem religiösen Wurzeln. Genausowenig darf übersehen werden, daß die den Deutschen zugeschriebene autoritäre Familienstruktur, die ja als ein Element der Prädisposition für Faschismus angesehen wird, namentlich in Frankreich neben der aufgeklärten politisch-institutionellen Kultur gesellschaftsprägend existierte.

Hier spricht kein Revisionist: hier wird nur eine von der tonangebenden Historiographie abweichende Interpretation ausprobiert: 1. wird die Weimarer Republik nicht von ihrem Ende her in retrospektiver Determination gedeutet; 2. wird versucht, die Vorbelastungen der Republik und die Dispositionen für den Nationalsozialismus nicht Übergewichtig ins Kaiserreich zurückzutransportieren und dabei die bereits dort vorhandenen Anlagen zu strukturellen Veränderungen der politischen Kultur in Richtung auf eine demokratische Republik zu übersehen; 3. geht es darum, durch den Blick auf zeitgleiche Entwicklungstrends in anderen Ländern die These vom sogenannten deutschen, d. h. autoritär-antidemo-

kratischen Sonderweg als einem schlechten Weg zur industriekapitalistischen Modernisierung, die nur durch eine idealtypische Abstraktion als deckungsgleich mit der Entwicklung zur Demokratie gesehen werden kann, zu relativieren.

Aus solcher Sichtweise folgt nun eine Konzentration auf den unmittelbaren historischen Kontext bei dem Versuch, den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland zu erklären, und auch dies soll entsprechend dem gewählten methodischen Ansatz im Vergleich mit anderen Ländern geschehen. Die Hypothese lautet: Erst in der katastrophalen politisch-ökonomischen Krise am Ende der Weimarer Republik ergab sich für antidemokratische Prägungen und Vorbelaugungen, gebündelt im Nationalsozialismus, die Chance, zum Durchbruch zu kommen, die demokratischen Potentiale zu verdrängen und schließlich auszulöschen; erst die Situation der Krise produzierte in Deutschland – so kann man es weniger metaphorisch ausdrücken – die massenhaften Anhänger- und Wählerschichten für die NSDAP.

Aber die Krise – so kann man gleich gegen die geäußerte Hypothese einwenden – gab es ja nicht nur in Deutschland; und nicht nur in Deutschland geriet die Demokratie unter den existentiellen Druck antidemokratischer Kräfte. Trotzdem kam es nur in einer einzigen hochzivilisierten, kulturell entwickelten industriellen Gesellschaft zu der bisher einzigartigen Kulmination der Gewalt, zum Bruch mit allen humanen Traditionen der bürgerlichen Gesellschaft: in Deutschland. Dies ist und bleibt die deutsche Eigenproblematik.

Um dies zu erklären, fragen wir wieder zuerst nach den Krisenverläufen in anderen industriegesellschaftlichen Demokratien. Zunächst ist aber die Ausgangssituation für diese Länder und die Weimarer Republik anzudeuten: Der Erste Weltkrieg endete mit dem Sieg des demokratischen Prinzips

in Europa; dies war insofern ein hoffnungsvolles Zeichen, als der Krieg selber ja in ganz Europa viel von dem optimistisch-progressiven humanitären Credo der demokratischen Ideologie zerstört hatte. Der Sieg eines Prinzips bedeutete aber nicht auch gleichzeitig die Etablierung einer ihm entsprechenden Realität. Überall gerieten die Demokratien unter den Druck antidemokratisch-totalitärer Kräfte, und von den 1919 existierenden 25 Demokratien gab es 1938, also fast 20 Jahre später, nur noch elf. Der Druck auf die Existenz der Demokratien kam – das wird man im Gegensatz zu mancher Auffassung über die «bolschewistische Gefahr» sagen müssen – maßgeblich von rechts.

Die Oktoberrevolution in Rußland und die Sowjetunion waren für die Demokratien von 1919 keine objektive Gefahr, wohl aber eine auch akzeptierte Herausforderung, z. B. für die überwiegenden Teile der Arbeiterbewegung in Europa: Nun galten Sozialismus und Demokratie als eine unauflösbare Einheit, und Sozialismus und Gewalt wurden als unaufhebbare Widersprüche angesehen. Niemand hat die relative Ungefährlichkeit der sozialistischen Transformation in Rußland besser und klarer gesehen als Lenin selbst, wie sein wütendes Bedauern über das Ausbleiben der revolutionären Kettenreaktion in den westlichen kapitalistischen Industriegesellschaften beweist; denn es war wider das marxistische Entwicklungstheorem, daß mit dieser Transformation in einem rückständigen, industriell wenig fortgeschrittenen Land begonnen werden, ja, daß sie, wie der weitere Verlauf zeigte, auf dieses Land beschränkt bleiben mußte. Stalin hat dann mit seinem Konzept vom Sozialismus in einem Land nur eine praktische Konsequenz aus dieser theoretischen Not gezogen.

Wie wirkte sich nun die umfassende Krise von Ökonomie, Politik und Gesellschaft auf die einzelnen demokratischen Länder aus? Dazu ein paar Stichworte:

1. Die Demokratie in Frankreich hielt der Krise stand; aggressive, dem Nationalsozialismus vergleichbare rechtsradikale Organisationen mit Bewegungskarakter gewannen zwar zeitweilig eine die Demokratie bedrohende Resonanz, wurden jedoch durch republikanische Abwehrreaktionen paralytisiert und blieben zersplittert. Die ökonomische Krise setzte in Frankreich später als in den anderen hochindustrialisierten Ländern ein und verlief auch ohne vehemente Einbrüche, hielt sich aber länger im Stadium anhaltender Stagnation. Dennoch blieb trotz fortwährender Regierungskrisen die politische Kontinuität durch die bürgerlichen Parteien, die mit kurzen Unterbrechungen die Regierungen bildeten, gewahrt, weil diese sich für Lösungen jenseits des prinzipiellen republikanischen, Eigentum und Freiheit garantierenden Grundkonsenses nicht anfällig zeigten und die Mittelschichten diesen Grundkonsens mittrugen.

2. Die Demokratie in England überstand die Krise ebenfalls, nur scheinbar paradoxerweise deshalb, weil sich das Land seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in einem ständigen ökonomischen Niedergang mit hohen Arbeitslosenzahlen befunden hatte und der Einbruch der Krise infolgedessen bloß eine quantitative Steigerung der bereits eingeübten negativen Normalität bedeutete. In England gab es – wie schon erwähnt – keine Mittelschichtenproblematik, deshalb und dafür eine ausgeprägte Klassenstruktur, die Arbeiterbewegung wirkte stark integrativ, konservative Regierungen sorgten ebenfalls für politische Kontinuität, rechtsradikale Splittergruppen blieben resonanzlos. Seit dem Herbst 1931 ging ein Kabinett der «Nationalen Konzentration» unter dem ehemaligen Labour-Politiker Macdonald, der sich von seiner Partei getrennt hatte, allmählich dazu über, die Krise mit neuen ökonomischen Mitteln zu mildern, die später nach ihrem Hauptbefürworter, dem liberalen Nationalökonom John Maynard Keynes, benannt wurden.

3. In Schweden bestand die gleiche Konstellation, und hier kam die gleiche Art der Krisenbewältigung zum Zuge, mit dem Unterschied, daß sie nach den Vorschlägen des sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretikers Gunnar Myrdal erfolgte.

4. In den USA, einer Gesellschaft ohne feste Klassenschranken, in der eine Arbeiterbewegung nach europäischen Vorstellungen nicht existierte, wurde unter der Präsidentschaft des Demokraten Roosevelt mit dem New Deal die extrem liberale Ökonomie zum erstenmal sozialstaatlich modifiziert. Die Krise führte dort zum Sieg eines neuen ökonomischen Prinzips und brachte eine Ergänzung der bisherigen gesellschaftlichen Traditionen. Sie hatte eine positive Lernfähigkeit in der Gesellschaft hervorgerufen.

Von allen Demokratien, die in der schweren Wirtschaftsdepression standgehalten haben, muß jedoch gesagt werden, daß keine eine Krisenlösung zustande brachte, sondern bestenfalls eine Krisenfolgenverschiebung: Alle Länder, insbesondere die USA, gingen mit einer unbewältigten Krise in den Zweiten Weltkrieg.

5. Von allen mittel- und südeuropäischen Demokratien bzw. parlamentarisch-demokratischen Systemen hielt die tschechoslowakische Republik am längsten stand und wurde erst durch äußere Gewalt zerstört: ein Land mit einer langen demokratischen Tradition über Jahrhunderte hinweg, einer hochentwickelten industriellen Struktur, einer entfalteten, starken Arbeiterbewegung, einer stabilen bürgerlichen liberal-konservativen politischen Kultur und liberal-demokratischen Regierung.

6. Von Italien, wo bereits 1922 die Demokratie endete, bevor sie eigentlich begonnen hatte, ist im großen und ganzen das genaue Gegenteil zu sagen, mit der einen Ausnahme, daß es hier zwar keine starke, aber eine sehr mobile und aktive Arbeiterbewegung gegeben hatte. Bis auf diesen letzten Fak-

tor werden wir vergleichbare Strukturbedingungen wie in Italien auch in den südosteuropäischen Ländern vorfinden, wo diktatorische Regime teils als Ausdruck, teils als Folge faschistischer Bewegungen die Macht übernahmen.

7. Bleibt, ehe wir uns wieder der Weimarer Republik zuwenden, noch ein Blick nach Österreich zu werfen: Hier griff die Wirtschaftskrise erst mit Zeitverzug in den dreißiger Jahren, aber sie traf auf eine ökonomisch absolut instabile Struktur, die durch den Zerfall der Habsburger Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges verursacht worden war. Die Folge der Krise in Österreich war ein drohender ökonomischer Staatsbankrott, der nur durch internationale Hilfe aufgefangen werden konnte. Eine kleine, aber sehr reiche und feudal durchsetzte finanzkapitalistische Bourgeoisie stand in Österreich einer starken großstädtisch zentrierten Arbeiterbewegung gegenüber, und zwischen ihnen befanden sich ein labiler, vor allem bäuerlicher Mittelstand mit zum Teil Unterschichten-Charakter und ein machtbewußter politischer Katholizismus. Ein vor der Krise in relativer sozialer Balance gehaltenes parlamentarisch-demokratisches System wurde durch eine klerikal-faschistische Diktatur ersetzt, die mit den Diktaturen in Italien und Deutschland in vieler Hinsicht durchaus vergleichbar war.

Versucht man ein Fazit, so gewinnt man nur zwei, eigentlich nur eineinhalb Kriterien, die überall dort auffindbar sind, wo die Demokratie nicht zerstört wurde: 1. eine entwickelte liberal-demokratische, von breiten Schichten der Gesellschaft akzeptierte und getragene, von bestehenden Klassenschranken nicht tangierte Tradition und ein ihr entsprechender gesellschaftlicher Konsens; 2. nur für Europa geltend: eine konservative politische Klasse und Bewegung mit starker Integrationskraft für rechtsextreme Gruppierungen und eine ihren Ursprüngen nach vorindustriell-konservative Herrschaftselite, die aber inzwischen längst den demokratischen

Konsens der Gesellschaft mitrug und sich systemkongruent, z. T. sogar aktiv systemstabilisierend verhielt.

Beide Kriterien fehlten für die politische Ordnung Weimars, ihr Fehlen hat unter Krisenbedingungen zur Zerstörung der demokratischen Republik beigetragen. Wohlbermerkt: beigetragen, nicht: sie verursacht. Geht man den Faktoren, die das Ende der Republik herbeigeführt haben, nach, so gerät man in eine schwierige methodische Lage: Je mehr man weiß und erklären kann, desto weniger Alternativen erscheinen einem möglich, desto mehr Zurückhaltung drängt sich einem auf, Urteile und Bewertungen auszusprechen. Die dichte komplexe Erklärung – so meint man – muß vielmehr zum impliziten Urteil werden.

Nun kann man aber beobachten, daß ganz entgegen solcher Einsicht ein Teil der Historiographie nicht nur an der bewährten Methode der normativen Bewertung der Geschichte je nach Standpunkt festhalten möchte, sondern auch noch zu einem reduktionistischen Interpretationsverfahren greift. Da beginnt Hagen Schulze den letzten Absatz seines Buches über Weimar mit der Feststellung: «Lapidar läßt sich also schließen: Bevölkerung, Gruppen, Parteien und einzelne Verantwortliche haben das Experiment Weimar scheitern lassen, weil sie falsch dachten und deshalb falsch handelten.»³ Und dies, nachdem jahrelang aus der gleichen historiographischen Ecke den marxistischen Historikern mit Eifer bestritten worden ist, zu wissen, was falsch, was richtig zu sein hat. Die Lektion ist erteilt: man muß eben das richtige Falsche und das falsche Richtige kennen – das ist dann die Wahrheit! Leider enttäuscht auch Karl Dietrich Bracher: Er schränkt seine notwendigerweise blickverengende Konzentration auf die institutionalisierten politischen Willensbildungsprozesse nochmals ein und stellt sich damit in die Nähe einer Personengeschichtsschreibung alten Stils, wenn er «die unheil-

volle Rolle von Personen wie Hindenburg und Brüning, Schleicher und Papen, Hugenberg und Hitler» hervorhebt, wenn auch nicht als einzigen «Hauptfaktor» für das Ende der Republik⁴.

Es wird hier nicht der Anspruch auf eine alternative Geschichtsschreibung erhoben, aber immerhin soll angedeutet werden, wie von einem gesellschaftsgeschichtlichen Ansatz her das Ende von Weimar beschreib- und erklärbar werden kann. Ich versuche dies durch eine Art kondensierter Zustandsbeschreibung vor und während der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise: Die Arbeiterklasse hatte im Vergleich zum Kaiserreich eine relativ homogene Struktur, was an Kriterien wie Status im Betrieb, Abschleifung der Lohnunterschiede, soziokulturelles Verhalten und sozialmoralische Normen und Werte gemessen werden kann. Wenn es je ein Proletariat im kategorialen Sinne auch real entfaltet gegeben hat, dann nach 1918: Das proletarische Klassenschicksal war ubiquitär geworden. An dieser Homogenität der Arbeiterklasse änderte zunächst auch die politische Spaltung in SPD und KPD nichts. Die Republik wurde von dem größten Teil der Arbeiterklasse und ihren Organisationen als das, was sie war, akzeptiert: als eine auf ungebrochenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen aufruhende politische Demokratie, aber zugleich auch als ein Angebot zur umfassenden sozialstaatlichen Fundierung dieser politischen Demokratie und damit als eine Möglichkeit zu deren qualitativer Veränderung in Richtung auf die Ziele der Arbeiterbewegung. Über den Ausbau des Sozialstaates liefen dann auch nach dem Scheitern der mit der Revolution verknüpften Veränderungsvorstellungen die Identifikationen der sozialdemokratisch und überwiegend auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der Republik.

Nach der Inflation befand sich die Arbeiterbewegung, nicht obwohl, sondern weil sie in der parlamentarischen Op-

position war, in einer starken Position: Gewerkschaften, deren Richtungsstreitigkeiten nur noch eine ganz geringe Bedeutung zu haben schienen, die SPD in einer starken parlamentarischen Oppositionsstellung, staatliches Schlichtungswesen und ein um die Ausgestaltung der Sozialpolitik aktiv bemühter christlich-sozialer Arbeitsminister – das war eine äußerst effektive Handlungseinheit, während die überwiegend konservativ-liberalen, bürgerblockähnlichen Regierungen das sich nicht oder nur vordergründig mit der Republik identifizierende Bevölkerungspotential, insbesondere auch im großagrarisches Bereich, mehr oder weniger – aber immerhin – befriedete.

Im Unterschied zur Arbeiterklasse waren die Unternehmer als Gruppe ökonomisch und politisch inhomogen, blockierten bzw. neutralisierten sich gegenseitig häufig bei der Vertretung ihrer ökonomischen Interessen und sprachen auch politisch nicht mit einer Zunge, zumal es durchaus auch ein beachtliches Potential unter ihnen gab, das die Republik als ein Unternehmerinteressen nicht behinderndes politisches Glacis akzeptierte. Einigkeit bestand allein im Negativen: Man wollte keine Veränderung der liberal-kapitalistischen Ökonomie und lehnte deshalb den sich anbahnenden sozialstaatlichen Interventionismus als «Gewerkschaftsstaat» ab. Diese negative Identifikation wurde lange vor dem Bruch der Großen Koalition im März 1930 beherrschend; aufgegeben wurde dann das strategische Kalkül, daß man aus Gründen der Systemstabilisierung die Sozialdemokraten in die Verantwortung für die Exekutive einbinden, ja mit ihr belasten müsse. So war die Ablösung der Großen Koalition durch eine «bürgerliche Einheitsfront» lange programmiert. Die Konsequenzen, die SPD und Gewerkschaften im März 1930 zogen, kann man nur kritisieren, wenn man den Bruch vordergründig unter dem Aspekt der formalen Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen sieht; diese Funktionsfähigkeit be-

ruhte jedoch materiell auf einem sozialen Kompromiß, der nach 1918 durch ein von allen gesellschaftlichen Gruppen anerkanntes labiles Gleichgewicht der Klassenkräfte zustande gekommen war; dieser fragile Kompromiß war aufgekündigt worden – nicht von den Gewerkschaften und nicht von der SPD, sondern von der anderen Seite.

Die Mittelschichten waren hochgradig fragmentiert und sozial und politisch extrem labil. Die Bauern, neben den Unternehmern die Inflationsgewinner, hatten zunächst von den ökonomischen Nachkriegskrisen profitiert, sahen sich jedoch erstmals in ihrer Geschichte fast ohne jede Protektion in den kapitalistischen Nexus einbezogen, worauf sie mental negativ-aggressiv reagierten. Die städtischen, überhaupt wahrscheinlich die gewerblichen Mittelschichten befanden sich auf einer doppelten Verliererstraße: Sie wurden durch die Inflation enteignet und dann noch einmal durch die Weltwirtschaftskrise extrem geschädigt. Unter den Angestellten gab es einen nicht geringen Teil besonders in den Großstädten, der ein Arbeitnehmerverhalten und -bewußtsein zeigte und eine eigene soziale Kultur zwischen Proletariat und altem Mittelstand zu entwickeln schien; ein anderer Teil der Angestellten blieb klassisch-mittelständisch orientiert und kaschierte die faktische Lohnabhängigkeit durch Status-Ideologeme. Politisch blieben Optionen und Alternativen weitgehend offen oder doch zumindest noch nicht endgültig abgeschlossen.

Von der alten agrarischen und bürokratischen Herrschaftselite blieb ein Teil im politischen Wartestand; es gab aber Junker, die Antirepublikaner und Monarchisten blieben, deren Gesinnung jedoch die neuen sozialen Komponenten der Republik nicht entgegenstanden. Die aus dem Kaiserreich übernommene Bürokratie hielt sich nur notdürftig politisch bedeckt in den Startlöchern für antirepublikanische, zumindestens autoritäre Revisionen. Doch war für die Bürokratie ein Austauschprozeß namentlich in Preußen in Gang gesetzt

worden, dessen Ausmaß sich z. B. daran erkennen läßt, wie viele sozialdemokratische, liberale und dem Zentrum angehörende leitende Beamte Papen nach dem 20. Juli 1932 entließ.

Bedenkt man, daß unter den geschilderten Umständen die NSDAP eine Minderheitenpartei geblieben war, die bei den Wahlen 1928 einen Stimmenanteil von 2,6% erhalten hatte, dann wird man vielleicht auch die folgende Behauptung wagen können: Unter der Voraussetzung, daß die ökonomische Stabilisierung anhielt – 1928 hatten die Industrieproduktion und die Reallöhne wieder das Niveau von 1913 erreicht – und sich ein politischer Kontext befestigte, in dem Regierungsmehrheiten ein breites parlamentarisches Spektrum mit gewichtigen Bürgerblock-Anteilen erfaßten und in dem die Arbeiterklasse ihre gesellschaftliche Potenz einbringen konnte, bestanden Aussichten, daß in die Weimarer Republik langfristig gesehen englische oder doch französische Verhältnisse einziehen würden.

Auf diese Tendenz traf mit voller Wucht die Weltwirtschaftskrise, eine Krise, die bisher immer noch in ihren Ausmaßen im Kapitalismus einmalig ist, weil sie gleichzeitig auf strukturellen Faktoren beruhte und von konjunkturellen Momenten ausgelöst worden war und alle Bereiche der Wirtschaft in den Sog des Zusammenbruchs zog. Die damalige Weltwirtschaftskrise weitete sich deshalb rasch zu einer fundamentalen Gesellschafts- und Staatskrise aus.

Wie sahen nun die Reaktionen der eben beschriebenen gesellschaftlichen Kräfte und ihrer politischen Repräsentanten auf diese Fundamentalkrise aus? Es kristallisierte sich ein konservativ-autoritärer Block heraus, durch den die parlamentarische Demokratie auf paralegitimierende Funktionen zurückgeschnitten wurde. Dieser Block war seiner Struktur nach ein gesellschaftliches Macht- und politisches Herrschaftskartell der vorrepublikanischen Funktionseelite (Büro-

kratie, Justiz, Reichswehr) und der kapitalistischen sowie feudal-agrarischen Unternehmer⁵. Es wurde geleitet vom Primat der Außenpolitik und der Unternehmerökonomie; die Antwort auf die Krise erfolgte ökonomisch und politisch konträr zu den Entscheidungen in den anderen industriegesellschaftlichen Demokratien: Die Politik der monetären Deflation und des Abbaus der Löhne und der sozialstaatlichen Leistungen im Verbund mit der autoritären Entpolitisierung der demokratischen Willensbildungsinstitutionen trug entscheidend zur Zerstörung der Demokratie als Gesellschafts- und Verfassungsform bei.

Anzumerken ist, daß dieses Macht- und Herrschaftskartell nicht monolithisch geschlossen agierte. Wir kennen die temporären Versuche eines Teiles der Unternehmer, nochmals auf die SPD als Grenzträger des ökonomischen Systems in der Krise zu setzen, oder Versuche Schleichers, eine Art ständisches Kartell mit den Gewerkschaften zu bilden; wir wissen von den erst unbestimmt bleibenden, dann eindeutiger werdenden Optionen anderer Unternehmerkreise und der konservativen Führer des politischen Katholizismus, Hitler bzw. die NSDAP zur Krisenexekution heranzuziehen. Und wir wissen von Brünings intransigentem Festhalten an einer auch von liberalen Ökonomen für überholt, ja für falsch gehaltenen Politik, die der Republik die Zustimmung der Massen vor allem aus der Arbeiterklasse entziehen mußte und der NSDAP erst ihren Massenanhang verschaffte. Aber die Wirkung des konservativ-autoritären Blocks beruhte nicht auf seiner Geschlossenheit, sondern gerade auf seiner inneren Diffusion und mangelnden Integrationskraft; deren Konsequenz war die Destabilisierung und Desintegration der demokratischen Republik: Anders als in anderen von der Krise betroffenen Industrieländern gab es in der deutschen Republik kein systemkongruentes Verhalten der konservativen politischen Klasse.

Die Arbeiterbewegung ist unter den Bedingungen der Krise weder als ein Block noch als ein Kartell, ja noch nicht einmal als eine antifaschistische Handlungseinheit beschreibbar⁶. Die große deutsche, für alle europäischen und nordamerikanischen Sozialisten vorbildliche Arbeiterbewegung war mehrfach gespalten:

1. SPD und KPD waren durch sich als unüberwindbar herausstellende prinzipielle politische Gegensätze getrennt. Aber erst seit 1929 zerbrach die Egalität des soziokulturellen Milieus, in dem sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter sich zueinander als Klassengenossen verhielten. Die Stalinsche Sozialfaschismus-Doktrin, die die Sozialdemokraten als «Zwillingsbrüder» des Faschismus bzw. des Nationalsozialismus kennzeichnete, und die durch Krisenauswirkungen intensivierte Labilität der sozialen Basis der KPD zerstörten die noch vorhandenen Gemeinsamkeiten und spalteten das proletarische Lager.

2. Die SPD befestigte sich immer deutlicher als eine Partei von Facharbeitern der mittleren und der älteren Generation mit der Tendenz zur Erhaltung selbsterworbener und erkämpfter Besitzstände, zur Ausgrenzung der jüngeren radikaleren, sozialistisch gestimmten Generation und zur aggressiven Ablehnung der kommunistisch votierenden Arbeiter als Lumpenproletariat.

3. Die KPD wurde ein Doppelwesen: Einer dogmatisch sich verengenden, der Stalinschen Generallinie blindwütig folgenden Führungsgruppe und einem Kern von im Klassenkampf erprobten Betriebsarbeitern stand eine fluktuierende Mitgliedschaft gegenüber, die sich zu einem großen Teil aus jüngeren Erwerbslosen zusammensetzte, die kadermäßig nicht mehr erfassbar waren und zu extremen Ausschlägen nach rechts und links im gesamtpolitischen Spektrum neigten.

4. Die sozialistischen Linken zwischen SPD und KPD

hatten eine auch im Wortsinn vergleichsweise alte linkssozialistische und oppositionell-kommunistische, d. h. uneinige Führungsgruppe; ihre Mitglieder rekrutierten sich fast ausschließlich aus Teilen der Sozialistischen Arbeiterjugend. Der Versuch der Organisierung einer «dritten Kraft» war erfolglos, weil die Arbeiter an ihre alten Organisationen gebunden blieben und in der Krise nicht zum Wechsel dieser bisher zuverlässigen organisatorischen Schutzräume bereit waren.

5. Die Gewerkschaften blieben nicht nur in Richtungen getrennt; diese Spaltung, die schon als aufhebbar angesehen wurde, verstärkte sich wieder, als die überwiegend katholisch orientierten christlichen Gewerkschaften, oft freilich recht unlustig, Legitimierungsarbeit für ihre Repräsentanten in den autoritären Regierungen Brünnings leisten mußten. Aber auch SPD und Freie Gewerkschaften machten einen Prozeß wachsender Distanzierung voneinander durch: Zum primären Interesse der Gewerkschaften wurde die Erhaltung der Organisationen als Voraussetzung ihrer Handlungsfähigkeit.

Die politische Reaktion der Arbeiterbewegung auf die Krise ist bekannt: Die Sozialdemokratie schwor sich auf die Tolerierungspolitik ein (nicht widerspruchs- und nicht bedenkenlos), nicht nur, weil sie allein auf diese Weise die Nationalsozialisten von der Macht fernhalten zu können glaubte, sondern noch aus einem anderen, bisher weniger beachteten Grunde. Die Krisendeutung durch die sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretiker führte zu Folgerungen, die mit Brünnings Deflationspolitik identisch waren. Die KPD bekämpfte *ihr* größeres Übel, das heißt, ihr «Hauptfeind» war die SPD und vor allem auch die Linkssozialisten, die der angeblich längst fälligen Revolution im Wege standen, während sie die NSDAP in die Position des kleineren, zumindest ferneren Übels verwies, häufig mit ihr in Konkurrenz bei der Gewinnung der krisengeschüttelten Wählermassen. Die Gewerkschaften schwankten zwischen einer Krisen-

dämpfungspolitik nach englischem oder schwedischem Modell, wobei sie entdeckten, daß sie keinen direkten Transmissionsriemen mehr in die Politik hinein besaßen, und einer organisationsopportunistischen Anpassungspolitik. Weniger bekannt mag sein, daß es nur die absolut minoritären sozialistischen Linken gewesen sind, die 1. den Charakter der Krise als Struktur- und Konjunkturkrise zutreffend erkannten, wenn sie auch ihr Ausmaß als Zeichen für die Niedergangskrise des Kapitalismus überschätzten, und 2. eine der Realität der Situation angemessene Strategie offerierten, die jedoch keiner haben wollte: Sie wollten eine Zielidentität herstellen zwischen einer Massen mobilisierenden aktuellen Politik der Faschismusbekämpfung und der langfristigen Perspektive der Überwindung des Kapitalismus bzw. des Aufbaus des Sozialismus.

Unter den Bürgerkriegsbedingungen der letzten beiden Jahre vor der Übergabe der politischen Macht an Hitler und infolge der eigenen Uneinigkeit führten die Krisenauswirkungen zur Destabilisierung und Demoralisierung der deutschen Arbeiterbewegung lange vor dem 30. Januar 1933. Es kam zu Handlungslähmungen, die keineswegs überwiegend auf das Konto der Führungen gingen (von denen man bisher nur mehr weiß). Es gab zwar Radikalisierungen an der Basis; aber deren Emotionalisierungsgrade sind noch kein Maßstab für die von vielen Historikern vermutete Generalstreik- oder Kampffähigkeit für den Bürgerkrieg. Es ist ein Irrtum zu meinen, am 20. Juli 1932 sei eine, sogar: die letzte Chance für die Rettung der Republik verpaßt worden, es gab sie gar nicht mehr. Die letzte Chance mag es gegeben haben irgendwann nach den Wahlen vom 14. September 1930 bis hin zum Sommer/Herbst 1931, nämlich eine Chance dafür, eine auch noch Teile der Kommunisten einschließende antifaschistische Einheitsfront bis zu den Liberalen und den katholischen Demokraten zu bilden oder / und die als noch republikanisch identi-

fizierbaren Parteien zu einer Neuauflage der Großen Koalition zu bewegen; denn die Parteien der alten Weimarer Koalition von 1919 (SPD, Staatspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei) hatten nach der Septemberwahl 1930 immerhin noch einen Wählerstimmenanteil von 43,1 % erlangt, und eine um Deutsche Volkspartei, Konservative Volkspartei, Christlich-Sozialen Volksdienst und Wirtschaftspartei sowie einige regionale Splitterparteien zur Großen Koalition erweiterte Weimarer Koalition hätte mit einem Stimmenanteil von über 56 % eine parlamentarische Mehrheitsbasis gehabt.

Doch dies sind fast schon unerlaubte Spekulationen. Spätestens um die Jahreswende 1931/32 löschte die Krise alle offensiven Handlungsmöglichkeiten für sozialdemokratisch-sozialistisch-republikanische Potentiale aus. Was sich im Jahre 1932 und besonders nach dem für Historiker so magischen Stichdatum 20. Juli 1932 abspielte, verdient nicht die letztlich verachtende Abqualifizierung als Passivität, Scheinaktivität und Verbalradikalismus, sondern unsere Achtung: Es gab in der deutschen Arbeiterbewegung, welcher Richtung auch immer, eine facettenreiche, ungeheure Resistenzkraft – gemessen an den Bedingungen, unter denen diese Kraft aufgebracht werden mußte.

Erst jetzt, nachdem so lange von der demokratischen Republik, ihrer politischen Kultur und den gesellschaftlichen Kräften und Gruppen die Rede war, muß vom Nationalsozialismus gesprochen werden, und das kann sogar relativ knapp geschehen. Die Wähler- und die Mitgliederpotentiale der NSDAP entstanden erst in der Krise. Erste Aufschlüsse über den beginnenden Aufstieg der NSDAP brachten die der Septemberwahl von 1930 vorausgehenden Landtags- und Kommunalwahlen 1929/30, in der Reichstagswahl vom 14. September 1930 wurde durch einen NSDAP-Stimmenanteil von 18,3 % bei einer Wahlbeteiligung von 81,4 % der Trend seit

Ende 1929 bestätigt und seine Beschleunigung signalisiert, ausgeschöpft war das Potential für die NSDAP in der Juli-Wahl 1932 mit 37,3 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 83,4 % (zum Vergleich: November 1932 33,1 % der Stimmen, Wahlbeteiligung 79,9 %). Auch auf dem Höhepunkt der Wählerzustimmung stand der NSDAP ein relativ stabiles, wenn auch inhomogenes alternatives Wählerpotential gegenüber. NSDAP-Wähler waren die Nichtwähler und die ehemaligen Wähler der konservativ-nationalen, der regionalspezifischen und der liberalen Parteien, aber zeitweise auch der KPD und in weit geringerem Maß der SPD, und erst unter den Bedingungen der Krise erfolgte der Wechsel der Optionen oder entstand überhaupt die Motivation, Optionen wahrzunehmen. So gesehen kann man wirklich sagen, daß Hitler zwar nicht durch die Wähler zur Macht gelangt ist, aber die Zustimmung der Wähler war eine weitere Voraussetzung dafür.

Wer nun im einzelnen Hitler bzw. die NSDAP (über die allgemeine Kennzeichnung hinaus) gewählt hat, ist noch immer schwer zu beantworten⁷. Noch immer sind die einfachen Zurechnungen nicht stimmig, erst recht nicht greifen schichtenspezifische Determinationen. Und der Topos vom «Extremismus der Mitte» in Unterscheidung vom Rechts- und Linksextremismus ist ebenso richtig wie nichtssagend. Gewiß kamen Hitlers Wähler und Anhänger aus dem alten, Eigentum besitzenden bäuerlichen und gewerblichen Mittelstand; aber es reicht nicht aus, sich diese Wählergruppe als insgesamt bereits pauperisiert oder von der Pauperisierung bedroht vorzustellen; es gab auch einen Teil des Mittelstandes, der, durch die Krise wirtschaftlich kaum bedrängt, aber mentalitätsbedingt verunsichert, mit seinem Votum für die NSDAP gewissermaßen prophylaktisch besitzerhaltend reagiert hat. Gewiß kamen Hitlers Wähler aus der Angestellten-schicht, insbesondere dem Teil der arbeitslosen Angestellten;

doch dies nur Übergewichtig in den kleinen Städten und ländlichen Regionen; in den großen Städten dagegen fielen die Erfolge der NSDAP im gleichen Wählerpotential bescheidener aus, während hier der Anteil der Wähler aus den gehobenen Mittelschichten deutlich über dem Durchschnitt gelegen zu haben scheint⁸. Auch Arbeiter wählten NSDAP, wenn auch weit unterdurchschnittlich; sie kamen aus kleineren, handwerklich organisierten Betrieben, aus kommunalen Versorgungsunternehmen, aus dem Handelssektor, oder es waren Heimarbeiter. Es gab auch Wechselwähler von der SPD, vermutlich aus deren Mittelschichtenzuerwerb bei der Wahl von 1928, und von der KPD zur NSDAP, dieses insbesondere 1932. Auf der Mitgliederebene ist der Wechsel von der KPD zur NSDAP (seltener umgekehrt) präziser belegbar, wenn auch nur als Ausnahme; das gleiche gilt für die SPD und die Gewerkschaften, allerdings in bemerkenswerter Weise erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme.

Insgesamt erscheint es plausibler, das NSDAP-Wählerpotential nicht schematischen Zuordnungen zu unterwerfen, sondern – wie inzwischen auch mit den NPD-Wählern der sechziger Jahre geschehen – es als schichtenübergreifendes Protestpotential mit Mittelschichtenschwerpunkt zu kennzeichnen. Die panikartigen Ausschläge dieses Potentials sind primär nicht als Optionen für den Nationalsozialismus zu verstehen, sondern als Protest gegen die etablierte Politik, deren Krisenüberwindungsstrategie einseitig, und das seit Jahren, zu Lasten der schwachen sozialen Schichten angelegt war. Dieser Protest gewann angesichts des umfassenden Ausmaßes der Krise systemsprengenden, nicht nur demokratiezerstörenden Charakter: Es war ein Protest auch gegen die Totalität der kapitalistischen Industriegesellschaft und gegen die Auslöschung von als gesichert empfundenen Lebensformen; und dieses Protestverhalten wird man nicht nur auf die Mittelschichten beschränkt verstehen können.

Die primären Wirkungsmomente für eine Option für den Nationalsozialismus lagen also in der unmittelbaren historischen Situation eingeschlossen; ideologische Vorprägungen und traditionsbestimmte Verhaltensweisen wirkten als Verstärker, nicht als Antrieb. Zudem: Daß Hitler mit der Unterstützung von nur einem Drittel der Wähler an die Macht gelangte, lag daran, daß sie ihm übergeben wurde; er hat sie weder «ergriffen» noch «übernommen» – die gängigen Topoi für die Bezeichnung des Vorganges verraten ein unaufgeklärtes, wenn nicht gar ein unaufrichtiges historisches Bewußtsein.

Von der fundamentalen Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nach 1929 waren die industriell hochentwickelten, ökonomisch monopolistisch organisierten kapitalistischen Länder am stärksten betroffen. Aber nur in Deutschland wurde die Krise durch den «Faschismus an der Macht» zu lösen versucht. Dies lag darin begründet, daß der deutsche Kapitalismus durch die Folgen des verlorenen Krieges, durch die Inflation und angesichts der nur wenige Jahre andauernden Prosperität «das schwächste Glied innerhalb der hochkapitalistischen Zentren» war und die Krise auf ein historisch vorbelastetes und durch die Dynamik der Krise rasch zu destabilisierendes demokratisches politisches System traf. Warum der Faschismus in Deutschland im Nationalsozialismus seine extremste Realisierung gefunden hat, die immer noch als einzigartig bezeichnet werden muß, dafür gibt es viele Erklärungen; summiert man sie, bleibt ein unerklärbarer Rest, der uns heute nicht absolut sicher machen kann, daß Bonn nicht doch ein Ende wie Weimar finden, zumindest ein Glacis werden könnte für a- bis antidemokratische Verhaltensweisen.

Diese Sorge kann um so mehr bestehen, als Bonn bzw. die zweite deutsche Republik keine so lange fruchtbare Inkuba-

tionszeit haben konnte wie die erste. Beunruhigende Anzeichen gibt es genug: die Destabilisierungen und der Legitimationsverfall der Institutionen bezogen auf ihre gesamtgesellschaftliche Geltung; die selbstgewählte Desintegration und Abschottung in alternativen Kleingruppen verbunden mit Elementen deutscher Innerlichkeit; partikularistische Interessenvertretung und das Verblässen von Gesamtwohlorientierungen; die irritierende Unwägbarkeit von Krisenreaktionen; die nachlassende Identifikation mit dem Gemeinwesen, nachdem der die Republik tragende Konsens: «Wir sind eine erfolgreiche Wirtschaftsgemeinschaft» zerstört ist; schließlich eine Intelligenz, die sich permanent am liebsten im Exil befinden möchte.

Und dann die andere Schiene: die selbstgerechte kleinbürgerliche Mittelmäßigkeit der Etablierten, die darauf beruht, daß die Mittelschichten, obwohl vom Nationalsozialismus diskreditiert, in der Ära Adenauer sich politisch und gesellschaftlich stabilisieren konnten und die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung in ihren Sog zogen. So liegt auf der Bundesrepublik bis weit in die sogenannten klassischen gebildeten Schichten hinein ein nachbürgerlicher Mittelstandsmuff, und die Bonner Republik besitzt nicht einmal das, was die Weimarer Republik in ihren hellsten Tagen aufzuweisen hatte: geistig-kulturelles Weltniveau.

Unter diesen Umständen meine ich, daß der Rechtsextremismus zwar eine große Gefahr ist, aber nicht die eigentliche Gefahr für die Republik, die sie wie ätzende Säure zerstören könnte. Die ist angesiedelt auf der Ebene populistisch verbrämter autoritärer Verschiebungen des demokratischen und sozialen Ursprungskonsenses für diese Republik.

Anmerkungen

1) Auf den ambivalenten Charakter der Weimarer Republik hat immer wieder Karl Dietrich Bracher aufmerksam gemacht; vgl. z. B.: *Die Krise Europas 1917–1975*. Frankfurt a. M. 1975 (Propyläen Geschichte Europas Bd. 6) und neuerdings: *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1982. Zum Stand der historiographischen Diskussion über die Weimarer Republik vgl.: Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze (Hrsg.): *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie*. Düsseldorf 1980.

2) Die Sonderwegs-Diskussion wird inzwischen recht breit gefächert geführt; vgl. deshalb: *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?* München, Wien 1982 (Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte) und die dort angegebene Literatur; ferner: Rainer Eisfeld: *Deutscher Präfaschismus und englische «Tory Democracy»*. Ursachen und Folgen konservativer Alternativentwicklung im 19. Jahrhundert. In: Eike Hennig, Richard Saage (Hrsg.): *Konservatismus – Eine Gefahr für die Freiheit?* Festschrift für Iring Fetscher. München 1983, S. 54–87.

3) Hagen Schulze: *Weimar. Deutschland 1917–1933*. Berlin 1982, S. 425.

4) Bracher: *Krise* (wie Anm. 1), S. 126.

5) Vgl. hierzu die Monographien von Bernd Weisbrod: *Schwerindustrie der Weimarer Republik – Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*. Wuppertal 1979; und Reinhard Neebe: *Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933*. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik. Göttingen 1981; sowie Volker Hentschel: *Weimars letzte Monate*. Düsseldorf 1978.

6) Die Verfasserin möchte zur Ergänzung der folgenden Ausführungen über die deutsche Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik auf zwei Aufsätze von ihr verweisen: *Flucht vor Hitler? Historiographische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zu «Das Parlament», B 4–5, 1983, S. 26–42; *Die Gewerkschaften in der Krisenphase der Weimarer Republik*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* Jg. 34, 1983, H. 4/5, S. 228–238.

7) Jürgen W. Falter: *Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924–1933*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zu «Das Parlament», B 28–29, 1979, S. 3–21.

8) Dies ist das akzeptable Ergebnis der in mancher Hinsicht nicht unproblematischen Untersuchung von Richard F. Hamilton: *Who voted for Hitler?* New Jersey 1982; vgl. auch ders.: *Die soziale Basis des Nationalsozialismus*. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): *Angestellte im europäischen Vergleich*. Göttingen 1981, *Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft, S. 354–375.

Hamburg 1932: Rettung der Republik oder Systemzerstörung?

Der 27. September 1931 war für Hamburg ein entscheidendes Datum: Bei den Bürgerschaftswahlen verlor der Senat die parlamentarische Mehrheit. Bis dahin hatte sich Hamburg gegenüber dem Reich und anderen deutschen Ländern durch besondere Stabilität ausgezeichnet. Seit dem Beginn der Weimarer Republik konnte sich der Senat auf eine feste Koalition der SPD und der sozial-liberalen Deutschen Demokratischen Partei stützen. Die Beteiligung einiger hervorragender Vorkriegspolitikern an der Regierung hatte es den Anhängern der alten Ordnung erleichtert, sich mit den veränderten Verhältnissen abzufinden. Als die Koalition 1925 um die national-liberale, betont konservative und wirtschaftsfreundliche Deutsche Volkspartei erweitert werden mußte, konnte der bisherige Kurs daher bruchlos fortgesetzt werden. Trotz mancher Spannungen zwischen den Flügelparteien arbeiteten die Senatoren weiterhin gut zusammen. «Für den Freund parlamentarischer Krisen und parteipolitischer Experimente ist Hamburg eine herzlich langweilige Stadt», meinte noch Anfang 1930 ein Journalist¹. Nach dem Ende der Inflationswirren wurden insbesondere in vielen sozialen Bereichen beachtliche Fortschritte erzielt. Die Erfolge der SPD und der Demokratischen Partei bei den Bürgerschaftswahlen 1928 deuteten darauf hin, daß die Wähler diese Leistungen anerkannten und honorierten.

Drei Jahre später war die Situation völlig verändert: Die Fraktion der NSDAP war von drei auf 43 Mitglieder gewachsen. Die Deutsche Volkspartei und ihre oppositionelle Nachbarin zur Rechten, die Deutschnationale Volkspartei,

hatten von ihren 20 bzw. 22 Mandaten jeweils 13 eingebüßt. Nicht ganz so verheerend, aber schwer genug waren die Verluste der SPD und der Deutschen Staatspartei, zu der sich die Demokratische Partei umgebildet hatte. Die SPD behielt von früher 60 noch 46 Mandate, die Staatspartei von 21 gerade 14. Dagegen kehrte die KPD mit 35 statt bisher 27 Abgeordneten in die Bürgerschaft zurück. Die Stärke der beiden extremen Parteien machte eine Neubildung des Senats unmöglich. SPD und KPD hätten eine knappe Mehrheit von einer Stimme in der Bürgerschaft besessen, die prinzipielle Feindschaft zwischen den beiden Arbeiterparteien schloß eine Zusammenarbeit aber aus. Die einzige andere Lösung, die Erweiterung der bisherigen Senatskoalition um die Deutschnationale Volkspartei, war indiskutabel, weil diese jeden Kontakt mit den «Marxisten» schroff ablehnte.

Der Senat trat deshalb von seinem Amt zurück, führte aber nach der hamburgischen Verfassung bis zur Wahl seines Nachfolgers die Geschäfte weiter. Er hatte solange alle regulären Rechte und Kompetenzen und konnte durch kein Mißtrauensvotum gestürzt werden. Daß Hamburg nicht «unregierbar» wurde, obwohl die Gesetzgebungsmehrheit fehlte, war einer Reichsnotverordnung vom 24. August 1931 zu verdanken. Durch sie wurden die Landesregierungen ermächtigt, alle zur Sicherung der Finanzen notwendigen Maßnahmen ohne oder sogar gegen die Parlamente zu treffen. Der Senat setzte auf diese Weise den Haushaltsplan für 1932 und zahlreiche andere Gesetzesregelungen, für die es in der Bürgerschaft keine ausreichende Unterstützung gab, per Verordnung in Kraft.

Da eine Regierungsmehrheit nicht zu finden war, einigten sich die Parteien schließlich auf Neuwahlen am 24. April 1932. SPD und Staatspartei konnten bei ihnen ihre Position verbessern. Wichtiger aber war, daß die NSDAP mit 51 Abgeordneten stärkste Fraktion vor der SPD wurde. Da gleich-

zeitig die Kommunisten einen schweren Rückschlag erlitten, war rechnerisch erstmals die Bildung eines rein «bürgerlichen» Senats aus Politikern aller Parteien von der Staatspartei bis zur NSDAP möglich. Maßgebende Kreise in der Deutschen Volkspartei und die Mehrheit ihrer Mitglieder befürworteten diesen Koalitionswechsel. Dagegen lehnte die Staatspartei einen derartigen Bruch mit ihrer politischen Vergangenheit prinzipiell ab. Sie sah in der Zusammenarbeit der «staatstragenden» sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des demokratisch gesonnenen hanseatischen Bürgertums den entscheidenden Fortschritt seit der Revolution und war nicht bereit, das Bündnis mit der SPD gegen eine Gemeinschaft mit der NSDAP einzutauschen. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung führten infolgedessen während des ganzen Jahres 1932 zu keinem Ergebnis. Der alte Senat blieb geschäftsführend im Amt.

Sowenig sich als Folge der Wahlen von 1931 und 1932 zunächst änderte, so sehr mußten sie als Symptom für die politische Neuorientierung breiter Bevölkerungsschichten die Anhänger der Weimarer Republik alarmieren. Nach der Niederlage der Senatskoalition im September 1931 war im demokratisch-liberalen Hamburger Anzeiger zu lesen: Mehr als «die Hälfte der hamburgischen Wähler im Dienste eines der Arbeit und der Verantwortung fremden, zu allem bereiten Radikalismus», das eröffne erschreckende Zukunftsperspektiven. Hamburg, so wurde die Stimmung beschrieben, «hat sich gestern nicht so geschlagen, wie es die Vernunft und die Verantwortung erwarten durften. Es ist im wesentlichen der Parole der Negation gefolgt, hat sich keine Gedanken gemacht, was nach dieser Wahl folgen soll, höchstens einen Gedanken darüber, was alles an Not und Verbitterung in diesem Jahre des allgemeinen Elends hinter ihm lag. Es sind Wahlen der Sentimentalität und der Resignation [. . .] Man hat nur die Vergangenheit abreagiert und nicht die Zukunft vorausbestimmt.»²

Bereits ein halbes Jahr früher, im Februar 1931, war in derselben Zeitung gewarnt worden: «Auf die Dauer kann man einfach nicht die politischen Energien bannen, die eine Massennot ohne Aussicht auf Besserung entwickelt [...] Solange die Kurve der Arbeitslosigkeit steigt und es so aussieht, als stehe man hilflos und machtlos da, solange wird der Radikalismus Nährboden für radikale Kritik am System haben. Solange droht der gewaltsame Versuch, das System – wirklich ein System, das ganze wirtschaftliche und kulturelle Leben Westeuropas zu zerschlagen.»³ Wie diese und unzählige ähnliche Äußerungen zeigen, war es für die Zeitgenossen selbstverständlich, daß die Massenarbeitslosigkeit und das Wirtschaftselend die Hauptursachen für das Anwachsen des politischen Extremismus waren. Viele fühlten sich existentiell bedroht, und in dieser Situation versagten sie wesentlichen Elementen der Weimarer Ordnung die Zustimmung: Sie verlangten 1. nach der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen und -mechanismen, lehnten 2. die liberale politische Verfassung ab und waren 3. schließlich sogar zur Preisgabe moralischer Werte und Normen bereit.

Hamburgs Wirtschaft erhielt damals weit mehr noch als heute durch den Hafen ihr Gepräge. Vor der Eingliederung der stärker industriell bestimmten preußischen Großstädte Altona, Harburg und Wilhelmsburg in das Staatsgebiet 1937 diente sie ganz überwiegend dem Güteraustausch mit dem Ausland. Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich daher in Hamburg schlimmer und länger aus als in anderen Regionen des deutschen Reichs. Durch Maßnahmen der Reichsregierungen zugunsten der binnenländischen Industrie und besonders der Landwirtschaft wurde es zusätzlich schwer getroffen. Der gesamte Umsatz im Hamburger Staat schrumpfte zwischen 1928 und 1932 auf etwa die Hälfte. Die Konkursverluste verdoppelten sich von Jahr zu Jahr. Die Beschäftigung ging auf durchschnittlich 60% zurück. In einzelnen Branchen ver-

minderte sie sich weit stärker, z. B. im Schiffbau auf rund 40%, im Baugewerbe auf 23%. Entsprechend wuchs die Zahl der Arbeitssuchenden in der Stadt von rund 50.000 Ende 1928 auf knapp 100.000 Ende 1930 und fast 165.000 zwei Jahre später. Im Juni 1933 wurden 176.417 Erwerbslose gezählt. Jeder vierte Angestellte und fast jeder zweite Arbeiter hatten keine Stelle.

Für die Betroffenen und ihre Familien bedeutete das oftmals Hunger. Die meisten der Hamburger Arbeitslosen erhielten, wenn sie ledig und kinderlos waren, durch die Versicherung ein halbes Jahr lang knapp 40%, nach mehreren Kürzungen schließlich 1932 noch etwa 20 bis 30% ihrer früheren Einkommen. Anschließend sicherten die Krisenfürsorge oder die gemeindliche Wohlfahrtsunterstützung nur im Falle nachgewiesener Hilfsbedürftigkeit das Existenzminimum. Familienvätern wurden höhere Sätze zugebilligt. Doch konnten sich Arbeitslose generell nicht mehr als die Grundnahrungsmittel leisten: Brot und Kartoffeln, ein Pfund Margarine, ein Pfund Fleisch, Wurst oder Fisch, 250g Zucker, 250g Kaffee-Ersatz und einen Liter Milch für einen Erwachsenen in der Woche.

Noch schwerer zu ertragen waren die psychischen Belastungen: die allmähliche Zerstörung jeder Hoffnung, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, und die Vorurteile der Mitmenschen. Ein Angestellter der Wohlfahrtsbehörde, der selbst lange arbeitslos gewesen war, beschrieb die Probleme: «Ein Erwerbsloser rechnet sich nicht mehr zu den gesitteten Menschen und glaubt, daß auch die Außenwelt ihn nicht mehr so einschätzt wie einen Arbeitenden. Er geht willenlos dem Schicksal entgegen, verliert leicht die Freude an etwas Gutem, wird melancholisch und läßt sich vollkommen gehen und so mit dem Strudel unserer Zeit ziehen. Einst ein geachteter Mensch, kann [er] plötzlich in ein Nichts verwahrlosen, eben weil er die Kraft nicht mehr aufzubringen vermag um

seiner Zukunft willen.»⁴ Andere, vor allem junge Arbeitslose, lehnten sich gegen ihr Unglück auf. Einer von ihnen beschloß die Schilderung ihres tristen Alltags: «Wenn wir gegen dieses Leben rebellieren, sind wir nicht schuld daran, schuld seid Ihr!»⁵

Wer noch einen Arbeitsplatz hatte, mußte ebenfalls schwere materielle Einbußen hinnehmen. Die Tariflöhne und -gehälter der Arbeiter und Angestellten verringerten sich um 20 bis 30 %, die tatsächlichen Einkommen infolge von Kurzarbeit oft weit stärker. Weil sie vor Entlassungen geschützt waren, wurden die Beamten von vielen beneidet. Aber auch sie gerieten durch wiederholte Gehaltssenkungen in eine prekäre Situation, zumal die Ausgangslage im Vergleich zur Vorkriegszeit relativ schlechter war als für Arbeiter und Angestellte. Empörend wirkte insbesondere, daß die Reichsregierung über die Kürzungen nicht mit den Organisationen verhandelte, sondern sie nach beruhigenden Dementis überraschend per Notverordnung dekretierte. Durch diese Praxis, so warnten kompetente Beobachter, würden die Beamten «in hellen Scharen» den Nationalsozialisten in die Arme getrieben. Der Staatssekretär im preußischen Innenministerium faßte sein Urteil über die Behandlung der Beamten zusammen: «Es ist fast so, als wenn in der Nähe der Reichsregierung [...] bereits ein Propagandachef Hitlers säße!»⁶ Gefährlicher als das Eindringen einiger Republikfeinde in den öffentlichen Dienst war die Radikalisierung großer Teile der bislang loyalen Beamtenschaft durch ungerecht und unerträglich erscheinende Belastungen.

Durch die Not breiter Bevölkerungsschichten wurde das mittelständische Gewerbe schwer in Mitleidenschaft gezogen. Es verlor seine Käufer. Umsatzschrumpfungen um durchschnittlich 45 % und der harte Preiskampf ließen meistens keine ausreichenden Verdienste. Seit dem Herbst 1931 mußte eine wachsende Zahl von Einzelhändlern, Hand-

werksmeistern, Flußschiffen die Hilfe der Wohlfahrtsbehörde erbitten. Im Februar 1933 waren es rund 8000. Das allgemeine Elend trat am deutlichsten bei Reihenuntersuchungen an den Hamburger Schulen zutage. Die Ärzte stellten fest, daß der Gesundheitszustand der Kinder wieder ebenso schlecht war wie nach den Hungerjahren des 1. Weltkrieges.

Die Notleidenden erwarteten vom Staat Hilfe und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Das Recht auf Arbeit war in der Verfassung garantiert. Die Reichsregierung unter dem Zentrumskanzler Heinrich Brüning aber trug durch ihre Finanzpolitik zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei. Das oberste Ziel war der Etabausgleich. Deshalb wurden bei sinkenden Einnahmen die Ausgaben entsprechend vermindert und die wachsenden sozialen Lasten durch Einsparungen in anderen Bereichen aufzubringen versucht. Der Staat fiel als Auftraggeber weitgehend aus und zwang durch Steuer- und Abgabenerhöhungen bzw. unmittelbare Einkommenskürzungen auch private Käufer zum Konsumverzicht. In ähnlicher Weise wirkte der Versuch, das inländische Preis-/Kostenniveau herabzudrücken, krisenverschärfend. Er gelang am besten bei den Löhnen, wodurch wiederum Kaufkraft zerstört wurde. Die eigentliche Intention, die Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte auf dem Weltmarkt zu verbessern und über die Belebung des Exports den Anstoß zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu geben, erwies sich dagegen als unrealistisch.

Brünings Finanz- und Wirtschaftspolitik entsprach damals der vorherrschenden Lehrmeinung. Nur einzelne Wirtschaftswissenschaftler und -praktiker entwickelten seit dem Frühsommer 1931 Alternativen, die, wie wir heute wissen, die wesentlichen Elemente einer erfolgversprechenden Strategie zur Bekämpfung der Deflationskrise enthielten: Ausweitung der Staatsnachfrage unter Inkaufnahme von Haus-

haltsdefiziten und Finanzierung der Aufträge mittels Kredit-schöpfung im Innern. Am ehesten nahmen große Arbeiter- und Angestelltenverbände solche Gedanken auf. Von den politischen Parteien vertrat sie nur die NSDAP seit Mai 1932. Für Brüning war die Verwirklichung dieser Pläne gleichbedeutend mit Inflation. Unerprobte Wege zu gehen widersprach seiner Auffassung von Verantwortung. Seine konservative Finanzpolitik diente zudem sachfremden außen- und verfassungspolitischen Zwecken: Er wollte auf diese Weise die Streichung der Reparationen erreichen und die Zentralgewalt des Reichs gegenüber Ländern und Gemeinden stärken.

In der Krise mußten nach und nach fast alle Landesregierungen Finanzhilfen des Reichs erbitten. In Hamburg drohte seit Juni 1931 beständig der Staatsbankrott. Nur durch kurzfristige Überbrückungskredite des Reichs wurde er von Monat zu Monat verhindert. Dem Senat blieb daher keine andere Wahl, als die Bedingungen der Reichsregierung zu akzeptieren und die gleiche rigorose Sparpolitik wie sie zu betreiben. Dabei war maßgebenden Politikern der SPD und der Staatspartei sehr wohl bewußt, daß sie durch diesen Kurs die Wirtschaftsdepression verschärften und neue Etatprobleme heraufbeschworen, daß sie die Arbeitslosigkeit vergrößerten und dadurch zur wachsenden Verbitterung und politischen Radikalisierung breiter Bevölkerungsschichten beitrugen. Sehr klar formulierte der sozialdemokratische Bürgermeister Rudolf Roß für den Senat das Dilemma: «Augenblicklich erleben wir den merkwürdigen Vorgang einer sich selbst herunterstufenden Wirtschaft, immer weitere Einschränkungen, die sich wechselseitig bedingen. Diese Schrumpfung, dieses Absteigen kann man eine Zeitlang fortsetzen, aber schließlich ist man am Ende der Treppe, es heißt ‚halt‘ oder man stürzt in den Abgrund.» Durch die unvermeidlichen staatlichen Sparmaßnahmen werde der Prozeß jedoch nicht aufgehalten, sondern beschleunigt⁷.

In diesen und vielen ähnlichen Ausführungen wurde die Ratlosigkeit der demokratischen Politiker deutlich. Sie erkannten die verhängnisvollen Konsequenzen ihrer Entscheidungen, sahen aber keine Möglichkeit, sie zu vermeiden. «Weil wir nicht anders können», übernahmen sie die Verantwortung für Beschlüsse, die sie für falsch hielten, wie der Sprecher der SPD betonte⁸. Die große Mehrheit der Bevölkerung wünschte nichts dringender, als einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise und ein Ende der Entbehrungen zu sehen. Politische Beobachter waren sich einig: Nur bei der Gewißheit, daß die geforderten schweren Opfer die «Schicksalswende» brächten, seien sie zu ertragen. Gerade dieses Verlangen nach Hoffnung aber konnten die Repräsentanten der Weimarer Parteien nicht befriedigen. Die Erfahrung der Hilflosigkeit im Kampf mit der Not wirkte auf sie selbst demoralisierend, beeinträchtigte ihr Selbstbewußtsein und lähmte ihre Entschlußkraft. Sie wurden «zunächst psychologisch, immer mehr aber auch politisch, in die Rolle einer mühsam und schwer zu führenden Verteidigung gedrängt»⁹.

Die Überzeugung, daß die traditionellen wirtschaftspolitischen Methoden versagten, setzte sich 1932 fast allgemein durch. Brünings Nachfolger im Reichskanzleramt, Papen und Schleicher, trugen dem Rechnung, indem sie neue Wege der Arbeitsbeschaffung suchten, Papen vor allem über Anreize für die private Unternehmerinitiative, Schleicher mehr über große öffentliche Projekte. Die wenigsten, die nach einem Kurswechsel riefen, vertraten freilich ein geschlossenes, klar durchdachtes und theoretisch begründetes Alternativkonzept. Ihre Gegenvorschläge bezogen sich häufig nur auf einzelne Fehlentwicklungen. Neben vernünftigen, nach heutiger Erkenntnis richtigen Forderungen gab es eine Fülle abstruser Pläne. Einig waren sich alle darin, daß die Politik des Kabinetts Brüning die Krise verschärfte. Der Wunsch nach

Änderung beherrschte das Bewußtsein; selbst unbekannte Risiken wirkten nicht mehr abschreckend. «So kann es nicht weitergehen!» und: «Schlimmer kann es nicht werden», waren die meistgebrauchten Sätze.

Sogar Liberale begannen an den oft berufenen «Selbstheilungskräften» der kapitalistischen Wirtschaft zu zweifeln. Im Hamburger Anzeiger wurden alle Bemühungen Brünings aufgezählt, sie von «künstlichen» Bindungen und Belastungen zu befreien. Dann hieß es: «Zulange schon wartet man auf praktische Erfolge. Zu ungeheuer erscheint die Kluft zwischen Arbeitswillen und Arbeitsmöglichkeit, als daß man sich noch mit der Erinnerung an das glatte Funktionieren der kapitalistischen Gesetze vor 50 Jahren beruhigen könnte.» Seither hätten sich die Bedingungen grundlegend geändert. Insbesondere sei das Arbeitsangebot seit der Industrialisierung zahlreicher Staaten im 1. Weltkrieg nicht mehr beliebig zu vergrößern. Deshalb müsse «umgekehrt die Zahl der Arbeitshände an die vorhandene Arbeit» angepaßt werden. Konsequente Verkürzung der Arbeitszeit sei der einzige Ausweg. Der Kampf gegen die sogenannten «Doppelverdiener», die Verlängerung der Schulzeit oder die Beschäftigung von Jugendlichen im Freiwilligen Arbeitsdienst waren andere Methoden, die Nachfrage nach Arbeit zu reduzieren. Auch die Pläne, Arbeitslose in landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen am Rande der Städte anzusiedeln, zeugten von dem prinzipiellen Zweifel, ob die Industriegesellschaft Vollbeschäftigung bieten könne. Der Staat müsse mit «künstlichen Mitteln» eingreifen, ohne «das System zu schonen», so lautete die Schlußfolgerung in der liberalen Zeitung, denn besser sei «eine evolutionäre Lösung der Arbeitskrise als eine revolutionäre»¹⁰.

Solche partiellen Korrekturen erschienen vielen nicht mehr als ausreichend. Zu groß war der Widerspruch, daß in einem Land Menschen hungerten oder in Lumpen gingen, während

gleichzeitig Riesenmengen an Getreide, Kaffee, Baumwolle vernichtet wurden, um den Preisverfall zu stoppen. Der Produzent konnte seine Waren nicht so billig herstellen, der Konsument sie nicht so teuer kaufen, daß ein Austausch möglich war. Diese Erfahrung schien die Funktionsunfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu beweisen. Sie hatte zwar in den vergangenen anderthalb Jahrhunderten eine gewaltige Steigerung des Wohlstands gebracht, aber auch die Massenarbeitslosigkeit, und dies war vielen ein zu hoher Preis.

Die sozialen und politischen Folgen der Entwicklung wurden im Hamburger Anzeiger beschrieben: «Vor allem ungelernete Arbeiter sind es, die immer stärker durch die Maschinenverwendung heruntergedrückt werden, sie fallen den Wirtschaftskrisen als erste zum Opfer, die Arbeitslosigkeit trifft sie zuerst. Sie stellen den Grundstock der radikalen Bewegung. Die durch den Kapitalismus in jahrzehntelanger Entwicklung gehobenen Arbeiter – Maschinenverwendung fordert wenige, aber intelligente und geschulte Arbeiter – kritisieren vom Standpunkt der Reformisten. Und die Schicht der im letzten Jahrzehnt unheimlich gewachsenen Angestelltenschaft und des selbständigen Mittelstandes, die unter dem doppelten Gewicht der Krise und des Angriffs des Kapitalismus der Proletarisierung immer näher rücken, wehren sich, ohne noch zu wissen, in welcher Richtung. Das zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallende Akademikertum schließt sich politisch dieser Schicht an, soweit es seine eigene Proletarisierung befürchten muß. Die Hochschulen sind gefüllt mit jungen Menschen, denen die unheimliche Furcht fast Gewißheit ist, daß nur ein kleiner Teil von ihnen zu einer menschenwürdigen Existenz auserwählt sein wird.»¹¹ Diese Anhänger der KPD, der SPD und der NSDAP glaubten, die regelmäßig wiederkehrenden Krisen nur mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst beseitigen zu können. 80% des deut-

schen Volkes lehnten es 1932 nach der Einschätzung eines seiner wenigen Verteidiger ab.

Gefördert wurde die Aversion dadurch, daß es den sogenannten «Wirtschaftsführern» an Ideen und Initiative zur Wiederbelebung der Konjunktur fehlte. Unbeirrt hielten sie an den alten, doch offensichtlich erfolglosen Krisenrezepten und Programmen fest. «Wesentlich Neues wüßte auch er zur wirtschaftlichen Lage nicht zu sagen», bekannte der Präses der Hamburger Handelskammer im August 1931 nach längeren vergeblichen Beratungen im Plenum. An der Jahreswende 1930/31 erklärte er resigniert: «Wenn der einzelne von uns auch den Wiederaufstieg nicht mehr erleben sollte: darauf kommt es nicht an, sondern einzig und allein auf die Zukunft unseres Volkes.»¹²

Solche fatalistische Geduld mochten die weniger Privilegierten nicht üben. Die KPD propagierte die These, daß es sich bei der internationalen schweren Wirtschaftsdepression um die Endkrisis des Kapitalismus handele. Durch außertarifliche Lohnkämpfe, «wilde» Streiks, inszenierte «Hungerunruhen», Widerstand gegen die Staatsorgane und gewalttätige Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern wollte sie eine revolutionäre Situation schaffen, um nach dem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems die krisenfreie sozialistische Planwirtschaft aufzubauen¹³.

Für die SPD stellte sich die Lage komplizierter dar. Sie glaubte nicht an eine plötzliche Katastrophe, sondern nur an die allmähliche Überwindung des Kapitalismus. Die notwendigen Strukturveränderungen waren am ehesten in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums durchzusetzen. Die Depression war daher für die Arbeiterschaft kein Durchgangsstadium zu einer besseren Zukunft, sondern ein Verhängnis. Die SPD stand vor einer doppelten Aufgabe: Langfristig mußte sie auf die Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Ordnung hinarbeiten, doch zugleich im Interesse der Notlei-

denden die Folgen der Krise zu mildern versuchen, wodurch sie zur Stabilisierung des Systems beitrug. Bei einer Wahlversammlung in Hamburg beschrieb der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Sollmann den Zwiespalt: «Wir stehen in Front gegen den Kapitalismus. Wir verteidigen ihn nicht, wir wollen nur nicht, daß er im Zusammenbruch Millionen Proletarier als Leichen unter sich erdrückt.»¹⁴

Die Feindschaft gegen den Kapitalismus betonte auch die NSDAP. Was sie an seine Stelle setzen wollte, deutete sie allerdings nur vage an. Mit dem Versprechen, in einer ständisch gegliederten, harmonischen Wirtschaft den Klassenkampf und das Konkurrenzprinzip auszuschalten, knüpfte sie an vorkapitalistische Modelle an. Besonders auf mittelständische Gewerbetreibende wirkte dieser Gedanke angesichts der vermeintlichen doppelten Bedrohung durch Großkapital und Arbeiterbewegung faszinierend. Bei der zeitweise unerträglichen Höhe der Kreditkosten erhielt das Schlagwort von der «Brechung der Zinsknechtschaft» neue Bedeutung. Durch staatliche Festsetzung sollte der Zins seiner wichtigsten Funktion entkleidet und damit ein wesentliches Regulativ der kapitalistischen Wirtschaft ausgeschaltet werden. Aus dem Zusammenhang der Weltwirtschaft sollte Deutschland ausscheiden, um durch möglichst weitgehende Autarkie von den internationalen Krisen unabhängig zu werden. In Hamburg versuchten die Nationalsozialisten allerdings wohlweislich, diese Idee abzustreiten. Grundprinzip aller Vorschläge war die Absage an den Wirtschaftsliberalismus. Sie reichte aus, um die Ressentiments gegen das bestehende System und den Wunsch nach totalem Wandel zu befriedigen.

Die Angriffe gegen die Wirtschaftsordnung mündeten in Ablehnung des politischen Systems. Für die KPD war das selbstverständlich. Parlamentarische Demokratie, Präsidialregierung mit Hilfe von Notverordnungen, autoritäre Militärdiktatur oder totalitäres faschistisches Regime, das waren

nach ihrer Auffassung nur verschiedene Formen kapitalistischer Herrschaft, die sich durch die Art der Unterdrückungsmethoden, aber nicht prinzipiell voneinander abhoben. Die Kommunisten kämpften deshalb mit großer Erbitterung und Opferbereitschaft gegen die Nationalsozialisten, ebenso heftig jedoch auch gegen die Weimarer Republik und ihre Verteidiger, insbesondere gegen die Sozialdemokratie. Wer in der Nacht des 24. April 1932 die Bekanntgabe der Wahlergebnisse auf großen Leuchtreklametafeln am Gänsemarkt verfolgte, sah, daß im «kommunistischen Sektor» der versammelten Menschenmassen «jeder nationalsozialistische Erfolg wie ein eigener beklatscht» wurde, hörte als immer wiederkehrendes Argument: «Gerade recht, wenn die Nazis siegen! Dann kommt der Umsturz, und nach dem Umsturz kommen wir!»¹⁵

Im Bürgertum wurden angesichts der erfolglosen Bemühungen, der Wirtschaftskrise Herr zu werden, latente Vorbehalte gegen den Parlamentarismus und die Herrschaft der Parteien neu belebt. Zu unpopulären sachgerechten und raschen Entscheidungen waren nur von ihnen unabhängige Regierungen fähig, so glaubte man wieder. Brüning's Fehlschläge und sein häufiges Zögern wurden mit Rücksichten auf die Parteien, insbesondere auf Zentrum und SPD, erklärt.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not verschärften sich die Spannungen und Interessengegensätze zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Angestellte, Arbeiter und kleine Gewerbetreibende beneideten die Beamten um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Selbst die Erwerbslosen schienen manchen im Vorteil zu sein, weil der Staat für sie sorgte. Ein Hamburger Technikvertreter beschwerte sich bei der Handelskammer: «Wenn den Erwerbslosen von Staats wegen ein kleiner Abzug gemacht wird, so rotten sie sich auf den Straßen zusammen und demonstrieren in der radikalsten Weise.

Wenn Beamten oder Angestellten wegen der Not der Zeit gewisse Abzüge gemacht werden müssen, werden prompt große Protestversammlungen veranstaltet und alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die beabsichtigten Maßnahmen zu unterbinden oder wenigstens zu mildern. Die Kaufmannschaft aber [...] bricht in stiller Duldung aller Ungerechtigkeiten ohnmächtig zusammen.»¹⁶

Die eigenen Probleme waren so belastend, daß die anderer Gruppen übersehen wurden. Da die Existenz bedroht erschien, fiel es schwer, zu akzeptieren, daß die verantwortlichen Politiker einander widersprechende Interessen berücksichtigen und daher auch Interessen verletzen mußten. Kompromisse in und zwischen den Parteien wurden zunehmend unmöglich. Bei diesen Schwierigkeiten konnten sie selbst es als Erleichterung empfinden, daß sie aus den Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschaltet und ihre parlamentarischen Funktionen auf die Zustimmung zu Notverordnungen beschränkt wurden. Große Teile der Bevölkerung verlangten vor allem, Taten gegen die Krise zu sehen. Ihnen schien es erst recht verlockend, wenn langwierige innerparteiliche und parlamentarische Diskussionen durch Anordnungen einer unabhängigen Beamtenregierung oder «Führerbefehle» ersetzt würden. Je nach dem Maß der gesellschaftlichen Integration in der Vorkriegszeit wollten sie zum Obrigkeitsstaat zurückkehren oder im Dritten Reich neue Herrschaftsformen erproben. Die Eliten des Kaiserreichs sollten in ihm ebenso wenig Einfluß besitzen wie die demokratischen Führungsgruppen.

Die beiden Konzeptionen waren prinzipiell unvereinbar, nur in der Ablehnung der bestehenden Staatsordnung stimmten sie überein. Dennoch gelang es der NSDAP, auch jene in großer Zahl zu gewinnen, die den autoritären Staat Bismarcks wiederherstellen wollten. Hitler verfolgte eine Doppelstrategie: Er schuf sich unbedingt ergebene, durch keine gesell-

schaftlichen Rücksichten und Bindungen behinderte Kader junger, fanatischer Kämpfer, und er umwarb in dieser Phase das nationale und konservative Bürgertum, um sich dessen publizistische und finanzielle Möglichkeiten, dessen Einfluß und Prestige zunutze zu machen. Die NSDAP gab sich anti-kapitalistisch und bemühte sich um die Unterstützung führender Unternehmer – in Hamburg mit sehr begrenztem Erfolg. Sie schmeichelte dem Bürgertum und verachtete es. Sie versprach Wahrung der Legalität und übte und provozierte Gewalt.

Nachdem Hitler am 25. September 1930 vor dem Reichsgericht beschworen hatte, die Macht nur mit legalen Mitteln erringen zu wollen, mußte er der SA Waffengebrauch verbieten und sich von Gewaltakten distanzieren. Trotzdem ging der «Kampf um die Straße» weiter. Bei immer neuen Massenversammlungen, Werbekampagnen, Demonstrationen und Umzügen – mit Vorliebe durch Arbeiterwohngebiete – trugen die Nationalsozialisten ihre Stärke zur Schau. Sie suchten bewußt die physische Auseinandersetzung mit politischen Gegnern in Saal- und Straßenschlachten oder attackierten sie, wenn sie Flugblätter verteilten, Plakate klebten oder ihnen auch nur zufällig begegneten. Antisemitische Ausschreitungen und Grabschändungen waren an der Tagesordnung. Im März 1931 verwundete ein Hamburger Polizeibeamter einen Vorgesetzten durch einen Schuß aus der Dienstpistole schwer, weil er sich von dem Juden nicht über seine Tätigkeit für die NSDAP verhören lassen wollte. Einen Tag später lauterten drei SA-Männer dem kommunistischen Bürgerschafts-abgeordneten Ernst Henning nach einer Versammlung im hamburgischen Landgebiet auf und ermordeten ihn auf der Heimfahrt im Autobus. Hitler verurteilte das Verbrechen, wie es der Legalitätskurs erforderte, drückte den Tätern aber zugleich sein Mitgefühl aus und versprach, sie auf eigene Kosten durch den Staranwalt der NSDAP, Hans Frank, vertei-

digen zu lassen. Er vermied es, der Brutalität seiner Aktivistinnen prinzipiell entgegenzutreten.

Die KPD antwortete mit gleicher Härte. Wenigstens zehn Menschen fanden in den Jahren 1930 bis 1932 in Hamburg bei Konflikten zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten den Tod. In der preußischen Nachbarstadt Altona kamen allein am «Blutsonntag», am 17. Juli 1932, 18 Menschen bei einer besonders schweren Straßenschlacht zwischen den politischen Extremisten ums Leben. Mit den Erfolgen wuchs die Aggressivität der NSDAP. Der Anspruch auf Beteiligung an der Macht sollte unterstrichen und die Unfähigkeit der regierenden demokratischen Politiker aufgedeckt werden, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu sichern.

Die Widersprüche zwischen Worten und Taten der Nationalsozialisten wirkten selten irritierend. Zu viele führten solche Diskrepanzen auf Flügelkämpfe zurück, wie sie es bei den traditionellen Parteien gewohnt waren, oder sie bagatellisierten sie als natürliche Probleme einer jungen politischen Bewegung. Die konservativen Sympathisanten gaben sich häufig der Illusion hin, dank ihrer größeren Erfahrung die Nationalsozialisten in einer gemeinsamen Regierung «zähmen» und lenken zu können. Kritischere Beobachter warnten – ich zitiere wieder eine Hamburger Stimme: Eine Partei, die allein von «der Ausnützung des wirtschaftlichen Elends und der Aufpeitschung populärer Straßeninstinkte» lebe, könne für Konservative kein Bündnispartner sein¹⁷. Sozialdemokraten und Demokraten verwiesen 1932 in unzähligen Flugblättern, Plakaten und Reden auf die Gefährdung der Freiheit und der Rechtssicherheit. Den Zulauf zur NSDAP konnten sie dadurch nicht stoppen.

Die wirtschaftlichen Nöte beherrschten so sehr das Bewußtsein, daß andere Ziele und Interessen bedeutungslos wurden. Menschen, die ihre elementaren Lebensbedürfnisse kaum befriedigen konnten, hielten die Freiheits- und Rechts-

garantien der Verfassung für weniger wichtig. Sie errechneten sich nicht theoretisch «Notwendigkeit und Vorteil» des Parlamentarismus, wenn die Parteien vor den für sie drängendsten konkreten Problemen versagten¹⁸. Die Gewalttätigkeit der NSDAP wurde hingenommen, weil sie die Überzeugung vermittelte, daß sie die Arbeitslosigkeit beseitigen werde.

Selbst moralische Grundanschauungen und Normen hatten keine unbedingte Geltung mehr. Journalisten, die sich in der Nachfolge Bismarcks als Hüter konservativer, nationaler und christlicher Werte sahen, verführte die Sympathie für den Nationalsozialismus, einen bestialischen politischen Mord im oberschlesischen Potempa zu rechtfertigen, weil es sich um «gar kein[en] Gewaltakt gegen einen deutschen Volksgenossen [gehandelt habe], sondern [um] die Beseitigung eines polnischen Halunken, der zudem noch Kommunist war. Also ein zwiefacher Minusmensch, der das Recht, auf deutschem Boden zu leben, längst verwirkt hatte.»¹⁹

Aus Sorge, daß die knappen Finanzmittel nicht mehr für alle Unterstützungsbedürftigen reichten, begannen Wohlfahrtsbeamte, zwischen mehr oder weniger «wertvollen Teilen der Bevölkerung» zu unterscheiden. Der Präsident der Hamburger Wohlfahrtsbehörde wies seine Mitarbeiter an, die verfügbaren Gelder weniger für «Asoziale, Psychopathen und sonstwie Minderwertige» als für «das Gesunde», nämlich die schuldlosen Opfer der Wirtschaftskatastrophe, aufzuwenden²⁰.

Solche Ausführungen wirken heute erschreckend. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Eine Kontinuität der Inhumanität im Dritten Reich und in der Weimarer Republik soll nicht konstruiert werden. Kein Verantwortlicher maßte sich vor 1933 an, «minderwertiges» Leben im Interesse der Gemeinschaft aktiv zu vernichten. Im NS-Staat gehörten Unmenschlichkeit und Mißachtung der Grundrechte des Individuums zum System. In der Weimarer Republik waren es

Randerscheinungen. Sie sind nur als Symptome dafür wichtig, welche Verheerungen im Denken die Wirtschafts- und Finanzmisere anrichten konnte. Dadurch wurde es erleichtert, sich angesichts der Erfolge des nationalsozialistischen Regimes mit seinen «negativen Seiten» abzufinden.

Die Sozialdemokratische Partei, die Staatspartei und Teile der Deutschen Volkspartei bemühten sich in Hamburg nach Kräften, der inneren Auflösung der Weimarer Demokratie entgegenzuwirken. Seit dem spektakulären Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 nahmen sie die von ihnen ausgehende Gefahr sehr ernst. Schon früher hatten einzelne gewarnt, z. B. ein staatsparteilicher Journalist im März 1930: «Herr Frick ist die Inkarnation jenes Geistes, der sich zur Mitarbeit am Staate drängt, nicht um ihn zu erhalten, sondern um ihn zu zerstören, nicht um ihm zu dienen, sondern um ihn zu usurpieren, nicht um nach seinen Gesetzen zu regieren, sondern um die Macht der Regierung zur Aushöhlung der Gesetze zu mißbrauchen.»²¹ Zum gleichen Urteil kam der volksparteiliche Senator Paul de Chapeaurouge: Die Parole der Nationalsozialisten sei jetzt: «Hinein in den Staat, um ihn von innen zu zerstören!»²²

Der SPD-Vorsitzende Karl Meitmann widersprach der Vorstellung, daß sich die NSDAP in der Regierung verbrauchen werde. Niemand dürfe erwarten, daß sie sich durch Wahlen wieder aus ihr vertreiben lasse. Hitler gehe es nicht um einzelne politische Ziele, er wolle die «Macht, die ganze Macht» und werde sie nötigenfalls «durch Ströme von Blut» sichern²³. Sein staatsparteilicher Bürgerschaftskollege Max Eichholz forderte, nicht mit denen, «die nur die Diktatur anerkennen, über Demokratie zu streiten». Ihnen gegenüber gebe es nur eines: die Machtmittel des Staates zu gebrauchen, um sich durchzusetzen²⁴. Die Senatoren aller drei Regierungsparteien stimmten überein: Die gewählten Politiker

müßten den unbedingten Willen zeigen, der illegalen Gewalt die legale entgegenzusetzen. Wer die Verfassung mit ihren Freiheitsgarantien und die Gesetze der Demokratie nicht achte, habe kein Recht, sich auf sie zu berufen.

Die demokratischen Parteien mußten die Verfassungsordnung nach zwei Seiten hin verteidigen, gegen die NSDAP und die KPD. Die kommunistische Führung bejahte in programmatischen Erklärungen nach wie vor den bewaffneten Aufstand gegen den bürgerlichen Klassenstaat, hielt allerdings die Voraussetzungen noch nicht für gegeben und traf keine konkreten Vorbereitungen für ihn. Der Senat nutzte seine Kompetenzen, um den Aktionsradius der Rechts- und Linksextremisten in gleicher Weise einzuschränken. Er untersagte das Tragen von Parteiuniformen und politische Umzüge auf Lastkraftwagen. Wiederholt ließ er nationalsozialistische und kommunistische Flugblätter und Zeitungsnummern wegen verhetzender Artikel beschlagnahmen, Zeitungen für mehrere Tage verbieten. Demonstrationen und Protestmärsche wurden nur für bestimmte Straßen oder gar nicht zugelassen, wenn Zusammenstöße mit Gegnern drohten. Mehrere Verordnungen richteten sich gegen politische Agitation an den Schulen; auch in ihrer Freizeit durften Schüler die NSDAP, die KPD oder ihre Nebenorganisationen nicht unterstützen. In einem Erlaß vom 3. November 1930 warnte der Senat die Beamten vor einer Betätigung für die extremen Parteien, die Behörden leiteten einige Disziplinarverfahren wegen nationalsozialistischer Aktivitäten ein.

In zahlreichen eindrucksvollen Massenkundgebungen demonstrierte vor allem die Sozialdemokratie ihre Entschlossenheit, den Kampf mit der NSDAP aufzunehmen. Seit Ende 1931 entfaltete die «Eiserne Front» der SPD, der Freien Gewerkschaften, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Arbeitersportvereine eine permanente Werbekampagne mit modernen Methoden: Überall tauchte das Widerstands-

symbol der drei Pfeile auf, durch einen speziellen «Freiheitsgruß» bekannten sich die Mitglieder zur demokratischen Republik. Auch die Staatspartei unterstützte in Hamburg die Eiserne Front vorbehaltlos. In allen Veranstaltungen betonten Redner der SPD den Willen, sich aus dem von ihr mitgetragenen und -geschaffenen Staat nicht hinauswerfen zu lassen. «Wir glauben nicht an die Legalität der Nationalsozialisten», erklärte Gustav Dahrendorf 1932 in der Hamburger Bürgerschaft, «wir glauben aber auch nicht an das Dritte Reich, denn wir sind noch da und werden es verhindern.»²⁵

Daß viele Tausende trotz ihrer meistens sehr bedrückten materiellen Lage unter großen Opfern an Zeit und auch Geld für die Erhaltung der demokratischen Republik eintraten, darf nicht vergessen werden. Die verantwortlichen Politiker und leitenden Beamten arbeiteten bis an die Grenze des physischen und psychischen Zusammenbruchs, um den Staatsbankrott zu verhindern, den Notleidenden das Existenzminimum zu sichern und den Ansturm der Radikalen abzuwehren. Wie die Wahlergebnisse zeigten, fand ihr klarer republikanischer Kurs Anerkennung. Außer der SPD konnte sich in Hamburg auch die Staatspartei bis zum Juli 1932 weit besser behaupten als im Reich. Dagegen sanken die Parteien, die sich ideologisch der NSDAP anzunähern versuchten, zur Bedeutungslosigkeit herab. SPD und Staatspartei konnten durch ihre Politik und Agitation allerdings nur diejenigen in ihrer Haltung bestärken, die ohnehin vom Wert der Weimarer Ordnung überzeugt waren: Sie erinnerten an ihre Leistungen in der Vergangenheit und beschworen die Wähler, Freiheit und Recht nicht preiszugeben. Mit solchen Appellen konnten sie Menschen nicht zurückgewinnen, die sich von grundlegend neuen politischen Methoden die Rettung aus unerträglichen aktuellen Bedrängnissen versprachen. Zweifel mußten sich einstellen, wieviel und wie lange polizeiliche und administrative Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Radikalen

und eine noch so gute Gegenpropaganda helfen würden, wenn es keine Aussicht auf Erfolg im Kampf mit der Wirtschaftskrise gab.

Nach der Ernennung Papens zum Reichskanzler am 1. Juni 1932 wurde die Situation des Hamburger Senats noch schwieriger. Er konnte nun auch im Bereich der Innenpolitik nicht mehr auf Übereinstimmung mit der Reichsregierung rechnen. Nach der verfassungswidrigen Absetzung der preußischen geschäftsführenden Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun fürchtete er, ebenfalls durch einen Reichskommissar aus dem Amt verdrängt zu werden. Um keinen Vorwand zu liefern, wurde der Senat vor allem bei der Abwehr der Nationalsozialisten vorsichtig. Am 3. August 1932 beschränkte er seinen «Radikalenerlaß» auf die KPD. Hamburgs politische Rechte war eifrig tätig, um das Reichskabinett zu Maßnahmen gegen den Senat zu veranlassen.

Bis zu Hitlers Regierungsantritt blieben die Bemühungen freilich vergeblich. Danach erlag die Hamburger Regierung dem Druck aus Berlin. Die Staatspartei wagte nicht länger, am Bündnis mit der SPD festzuhalten. Am 3. März 1933 traten die sozialdemokratischen Senatoren, am 4. März Bürgermeister Carl Petersen (Staatspartei) und am 6. März Polizeiherr Paul de Chapeaurouge (Volkspartei) zurück. Am Vortag, dem Tag der Reichstagswahl, hatte Reichsinnenminister Frick unmittelbar nach Schließung der Wahllokale die oberste Polizeigewalt in Hamburg dem SA-Standartenführer Alfred Richter übertragen. Am 8. März wählten die Abgeordneten der NSDAP, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sowie der Staatspartei einen neuen Senat, in dem die Nationalsozialisten die Mehrheit hatten und den Ersten Bürgermeister stellten.

In der Nacht des 30. Januar 1933 verteilte die KPD Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalstreik. Ohne Unterstützung der sozialdemokratischen Massenorganisationen

blieb der Aufruf wirkungslos. Außerparlamentarischer oder gar außergesetzlicher Widerstand gegen eine verfassungsmäßig gebildete Regierung kam für keine der demokratischen Parteien in Frage. Ein Erfolg des Generalstreiks war wenig wahrscheinlich, die Folge konnte der Bürgerkrieg sein. Die Hilflosigkeit im Kampf gegen die Wirtschaftskrise hatte die Verteidiger der Weimarer Ordnung zermürbt. Sie konnten nicht darüber hinwegsehen, daß sie nur noch eine Minderheit der Bevölkerung repräsentierten. Den Volkswillen zu mißachten, sobald er sich gegen sie wandte, hätte ihrer politischen Tradition und ihren Leitvorstellungen widersprochen. Unter diesen Voraussetzungen gab es für sie nach der Auslieferung der Machtinstrumente des Staates an die NSDAP keine akzeptable, aussichtsreiche Form der Gegenwehr. Die Zerstörung der freiheitlichen Weimarer Ordnung war nun nicht mehr aufzuhalten. Wie Zeitgenossen früh befürchtet hatten, war das Unvermögen der demokratischen Regierungen, dem Wirtschaftselend zu steuern, zum Sprengsatz für das politische System geworden und hatte die ihm zugrunde liegenden Wertvorstellungen unterhöhlt.

Anmerkungen

- 1) Rudolf Michael im Hamburger Fremdenblatt Nr. 59 vom 28. Febr. 1930.
- 2) Hamburger Anzeiger Nr. 226 vom 28. Sept. 1931.
- 3) Hamburger Anzeiger Nr. 49 vom 27. Febr. 1931.
- 4) Schreiben eines Angestellten der Wohlfahrtsstelle VI, wahrscheinlich Anfang November 1932, Staatsarchiv Hamburg: Sozialbehörde I, VG 38/04.
- 5) Hamburger Anzeiger Nr. 194 vom 19. August 1932.
- 6) Aufzeichnung Wilhelm Abeggs vom 25. Sept. 1930, Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem: Rep. 90/2326. Weitere Beispiele bei: Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931. Hamburg 1982, S. 388–392.
- 7) Rudolf Roß in der 15. Bürgerschaftssitzung am 26. August 1931, Stenographische Berichte, S. 713.
- 8) Hans Podcyn in der 9. Bürgerschaftssitzung am 18. Mai 1931, Stenographische Berichte, S. 320.
- 9) Hamburger Anzeiger Nr. 285 vom 5. Dez. 1931.
- 10) Hamburger Anzeiger Nr. 49 vom 27. Febr. 1931.
- 11) Hamburger Anzeiger Nr. 14 vom 18. Januar 1932.
- 12) Archiv der Handelskammer Hamburg: Protokoll über die Plenarsitzung am 25. August 1931; Mitteilungen der Handelskammer Hamburg Nr. 1 vom 3. Januar 1931, S. 6.
- 13) Genauer dazu: Ursula Büttner, Politik und Entwicklung der KPD in Hamburg 1924–1933, in: Angelika Voß, Ursula Büttner und Hermann Weber, Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich. Hamburg 1983 (Landeszentrale für politische Bildung), S. 55 bis 183.
- 14) Hamburger Echo Nr. 250 vom 11. Sept. 1931.
- 15) Hamburger Anzeiger Nr. 96 vom 25. April 1932.
- 16) Schreiben vom 15. August 1931, Archiv der Handelskammer Hamburg: 29 A 3/5/12/2.
- 17) Hamburger Anzeiger Nr. 222 vom 23. Sept. 1930.
- 18) Hamburger Anzeiger Nr. 115 vom 19. Mai 1930.
- 19) Hamburger Nachrichten Nr. 394 vom 23. August 1932.
- 20) Protokolle der Leitersitzungen der Wohlfahrtsbehörde am 7. Okt. und 30. Dez. 1931, Staatsarchiv Hamburg: Sozialbehörde I, VG 24/31, Bd. 3.
- 21) Hamburger Anzeiger Nr. 68 vom 21. März 1930.

22) Aufzeichnung vom 22. Sept. 1930, Archiv der Forschungsstelle:
7523 III.

23) Hamburger Echo Nr. 266 vom 26. Sept. 1930.

24) 14. Bürgerschaftssitzung am 30. Sept. 1930, Stenographische Be-
richte, S. 834.

25) Bürgerschaftssitzung am 13. Januar 1932, Stenographische Be-
richte, S. 83.

Institutionelle Gleichschaltung in Hamburg 1933: Revolutionäre Umgestaltung oder Wiederherstellung traditioneller Ordnungen?

Die Gleichschaltung der staatlichen Institutionen, durch die 1933 die Basis für die Machtausübung der Nationalsozialisten in den folgenden Jahren geschaffen wurde, setzte nicht unmittelbar nach der Übergabe der Kanzlerschaft an Adolf Hitler ein, vielmehr lag davor jene Phase zu Beginn des Dritten Reichs, in der Hitler versuchte, seine Position in der Reichsregierung auszubauen und sich von seinen konservativen Bundesgenossen unabhängiger zu machen. Da der Weg zur Gleichschaltung der Länder nur vor dem Hintergrund der Ereignisse im Reich deutlich wird und gleichzeitig die Festigung von Hitlers Stellung voraussetzte, muß hier auf diese Entwicklung kurz eingegangen werden.

Nach dem Scheitern des Kabinetts von Schleicher sah Hindenburg, gedrängt von konservativen Beratern, in der Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanzler die einzige Möglichkeit, den seit 1930 von ihm beschrittenen Weg fortzusetzen. Auch das neue Kabinett sollte ohne parlamentarische Mehrheit, gestützt auf das Notverordnungsrecht des Artikels 48 der Reichsverfassung, eventuell mit der Tolerierung durch wechselnde Mehrheiten im Reichstag, einen Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Krise finden. Um dieses Ziel zu erreichen, zeigten sich die Beteiligten an der Regierungsbildung zu einer Veränderung der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen durchaus bereit – fort von der parlamentarisch-demokratischen Staatsform, hin zu einem konservativ-ständestaatlich verfaßten Gemeinwesen.

Freilich schien sich mit einem Kabinett Hitler, dem außer

dem Reichskanzler nur zwei nationalsozialistische, sonst ausschließlich deutsch-nationale und konservativ-parteilose Minister angehörten, sogar die Möglichkeit zu bieten, eine Reichstagsmehrheit von den Nationalsozialisten, die die stärkste Fraktion stellten, über die Deutschnationale Volkspartei bis hin zum Zentrum – zur Partei des deutschen Katholizismus – zustande zu bringen. Dieser Eindruck wurde verstärkt, als Hitler sofort nach seiner Ernennung und trotz des Widerstands seiner deutschnationalen Partner vom Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags und die Ansetzung von Neuwahlen forderte. Hitler ging es dabei in erster Linie nicht um das Zustandekommen einer parlamentarischen Mehrheit, er wollte vielmehr durch einen Wahlsieg seine recht schwach wirkende Position im Kabinett verbessern und zugleich Hindenburg gegenüber einen größeren Spielraum erlangen. Immerhin konnte er eine erhebliche Stärkung der NSDAP erwarten, die diesmal sozusagen als Regierungspartei und mit dem Wohlwollen des Reichspräsidenten in den Wahlkampf zog. Niemand freilich erwartete von diesen Wahlen eine grundlegende politische Änderung, und bei den politischen Rivalen gingen nur wenige davon aus, daß dies die letzte Wahl für lange Jahre sein würde.

Von solchen Erwägungen ließen sich auch die meisten Verantwortlichen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei ihren Entscheidungen leiten. Sie sahen zwar die Betrauung Hitlers mit dem Amt des Reichskanzlers mit beträchtlicher Sorge, hielten aber zugleich daran fest, sein Kabinett und seine Partei im Rahmen der demokratischen Grenzen mit parlamentarischen Mitteln zu bekämpfen. Überlegungen, mit außerparlamentarischen Aktionen wie etwa einem Generalstreik oder dem Einsatz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf die Bildung der neuen Regierung zu antworten, wurden sehr schnell verworfen. Statt dessen setzte sich die Auffassung durch, daß Hitler in dieser Regierung nichts an-

deres sei als der Strohhalm der Junker und der Barone, für deren Interessen er zu arbeiten habe.

In dieser Beurteilung der Rolle Hitlers und der NSDAP im neuen Kabinett befanden sich die Sozialdemokraten auf merkwürdige Art in Übereinstimmung mit den konservativen Gruppierungen, die ebenfalls, wenn auch mit positivem Akzent, glaubten, Hitler als ihre Marionette betrachten zu können. Sie waren überzeugt, daß sie sich, wie es Franz von Papen ausdrückte, «Herrn Hitler engagiert» hatten, damit er unter der Aufsicht Hindenburgs und unter der Anleitung Papens ihre politischen Vorstellungen verwirkliche.

Die Kommunistische Partei Deutschlands sah ebenfalls keine Veranlassung, ihre Einstellung zur NSDAP und zu den übrigen Parteien unter dem Eindruck der Regierungsbildung zu verändern. Nach wie vor hielten ihre Führer die Sozialdemokraten für den Hauptgegner, den sie härter bekämpften als die NSDAP, deren politische Existenz und deren Programm sie als den letzten, gleichwohl zum Scheitern verurteilten Versuch des Kapitalismus werteten, sich vor dem Untergang zu retten. Danach – so glaubten sie – werde ihre Stunde anbrechen. Insgesamt wurde die neue Regierung von allen Parteien, auch denen der Mitte, und von sonstigen politisch orientierten Gruppierungen als ein weiteres Glied in der Kette der immer schneller aufeinanderfolgenden Präsidial-Kabinette betrachtet, das sich qualitativ, aber auch im Hinblick auf seine Erfolgsaussichten in nichts von seinen Vorgängern zu unterscheiden schien. Für sie alle hatte sich ein Kanzlerwechsel wie jeder andere vollzogen.

Die Nationalsozialisten, obwohl in der neuen Regierung nur in der Minderheit, sahen das anders. Für sie war eine Entscheidung gefallen, die Deutschland in ihrem Sinne verändern sollte. Am 17. Oktober 1932 hatte Hitler in einer Rede in Königsberg deutlich gesagt, wie seine Vorstellung aussah: «Ich will nur die Macht. Wenn wir einmal die Macht bekom-

men, dann werden wir sie, so wahr uns Gott helfe, behalten. Wegnehmen lassen wir sie uns dann nicht mehr.»¹ Offenbar nicht daran gewöhnt, Äußerungen anderer Politiker – noch dazu in Wahlreden – für bare Münze und ernst zu nehmen, hatten die Repräsentanten der politischen Parteien diesen in ähnlicher Form oft wiederholten Sätzen nicht die nötige Aufmerksamkeit entgegengebracht – ein Verhalten, das sich in den folgenden Jahren in bezug auf Hitlers öffentliche Verlautbarungen immer wieder feststellen läßt. Für seine Anhänger indessen war mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler der politische Umschwung eingeleitet worden. «Die große Entscheidung ist gefallen», notierte Joseph Goebbels, Gauleiter von Berlin und engster Mitstreiter Hitlers, am 30. Januar 1933, «Deutschland steht vor einer historischen Wende.»²

Bevor Hitler diese Wende tatsächlich vollziehen konnte, galt es zunächst, bei den bevorstehenden Wahlen die Mehrheit der Wähler für die beiden die Regierung tragenden Gruppen zu gewinnen, für die NSDAP und die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, zu der sich die Deutschnationale Volkspartei und der ihr nahestehende Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten verbunden hatten. Auf der einen Seite entfesselten die Nationalsozialisten zu diesem Zweck einen massiven Propagandafeldzug, bei dem sie alle Möglichkeiten der damals modernen Technik nutzten, zum anderen gingen sie gegen die gegnerischen Parteien, und das hieß in erster Linie gegen SPD und KPD, mit einem derartigen psychischen und physischen Terror vor, daß diesen die Abhaltung von Wahlversammlungen und Kundgebungen – zumindest in Preußen – nahezu unmöglich gemacht wurde. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung, in deren letzter Phase die Nationalsozialisten den Brand des Reichstagsgebäudes noch zusätzlich zu ihren Gunsten nutzten, war ein eher bescheidener Wahlsieg: Im Reich hatten sich 43,9 % der Wähler für die NSDAP entschieden,

8 % für die deutschnationale Verbindung; für Hamburg lauteten die entsprechenden Zahlen 38,8 bzw. 8 %. Immerhin, mit 51,9 % reichte es zu einer Mehrheit für die Regierung, und Hamburgs nationalsozialistischer Bürgermeister deutete das Ergebnis später dahingehend, daß diese Wahl die Ernennung Hitlers durch den Reichspräsidenten «als richtig und dem Volkswillen entsprechend bestätigt» habe³.

Damit hatte die NSDAP ihre Position in der Reichsregierung gesichert, die nun sogar ohne Hilfe des Reichspräsidenten und seines Notverordnungsrechts aktiv werden konnte. Einer Umgestaltung der politischen Verhältnisse stand aber noch ein Hindernis entgegen: der föderalistische Aufbau des Deutschen Reiches. Den Bundesstaaten, die dieses Reich bildeten, oblag die Gestaltung der inneren Verhältnisse, ihnen unterstand die Polizei, sie waren zuständig für die Rechtsprechung, bei ihnen lag die Kulturhoheit. Um eine gründliche Änderung der Verhältnisse im Sinne der Nationalsozialisten zu bewirken, mußten sie die Regierungen und Verwaltungen der Länder in die Hand bekommen. Abgesehen von einigen kleineren Gebieten war ihnen dies bis zum 30. Januar 1933 nicht gelungen. Gerade in den großen Ländern befanden sich noch handlungsfähige Regierungen im Amt, die allerdings keine parlamentarische Mehrheit in ihren Landtagen mehr hatten und daher nur geschäftsführend tätig waren. Es war den Nationalsozialisten bis dahin jedoch nicht gelungen, sie mit Hilfe anderer Parteien zu stürzen. Diese Situation bestand auch in Hamburg, wo sogar die SPD noch im Senat vertreten war. In allen diesen Ländern hatten die Nationalsozialisten daher nicht den erwünschten Einfluß auf den Einsatz der Polizei gegen ihre politischen Gegner: Die Reichsregierung konnte zwar Verordnungen beschließen, die Art der Durchführung blieb aber den Ländern überlassen.

Den Hebel, dieses Hindernis des bundesstaatlichen Systems zu beseitigen, bildete der größte Einzelstaat des Rei-

ches, Preußen. Dort hatte der damalige Reichskanzler Franz von Papen, gestützt auf den Artikel 48 der Reichsverfassung, am 20. Juli 1932 die geschäftsführende Staatsregierung aus Sozialdemokraten, liberalen Politikern und Zentrumsvertretern unter dem Ministerpräsidenten Otto Braun ihres Amtes enthoben. Papen selbst war vom Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Preußen ernannt worden, um dort die Regierungsgeschäfte zu führen. Vorwand für dieses Eingreifen des Reichs war die Behauptung, die preußische Regierung sei nicht mehr in der Lage, die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten; den unmittelbaren Anlaß bildeten die Ereignisse des Altonaer Blutsonntags, des 17. Juli 1932, an dem bei einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen SA, KPD und Polizei 18 Menschen getötet worden waren.

Diese staatsrechtliche Situation bestand auch noch bei Hitlers Berufung zum Kanzler. Papen, der dem neuen Kabinett als Vizekanzler angehörte, übernahm wieder die Funktion des Reichskommissars. Zum kommissarischen preußischen Innenminister ernannte er den nationalsozialistischen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Hermann Göring, dem damit die Befehlsgewalt über die gesamte preußische Polizei zufiel, die er sofort zur Unterdrückung der politischen Gegner einsetzte. Am 15. Februar 1933 entthob er eine große Zahl von Polizeipräsidenten ihres Amtes, darunter auch den des damals noch preußischen Harburg-Wilhelmsburg, und ersetzte sie durch «zuverlässige nationale Männer», am 17. Februar ordnete er an, daß die Polizei «jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften» zu unterstützen habe, daß gegen das «Treiben staatsfeindlicher Organisationen», sprich KPD und SPD, hingegen «mit den schärfsten Mitteln» vorzugehen sei⁴. Einen Tag später kam es in Preußen zur Bildung der Hilfspolizei aus Angehörigen der SA, der SS und des Stahlhelms, der den Deutschnationalen nahestehenden Wehrorganisation.

Mit dem Machtinstrument der preußischen Polizei war Göring in der Lage, den Wahlkampf der Linksparteien in diesem Land nahezu unmöglich zu machen. Versammlungen der KPD und SPD wurden von nationalsozialistischen Schlägertrupps unter Duldung durch die Polizei gestört und gesprengt, andere unter nichtigen Vorwänden von der Polizei aufgelöst, das Erscheinen sozialdemokratischer oder kommunistischer Zeitungen verboten, Kandidaten und Funktionäre vor allem der KPD kurz- oder langfristig festgenommen. Das Vorgehen der Nationalsozialisten in Preußen war in zweifacher Weise auch für die Entwicklung in Hamburg bedeutsam. Zum einen wurden die hier angewandten Methoden der Ausschaltung politischer Gegner später von Hamburg übernommen; zum anderen geriet in Hamburg, das auf allen Seiten von preußischem Gebiet umgeben war, der Senat immer stärker unter den politischen Druck der Reichsregierung, die ihm vorwarf, durch seine Zurückhaltung die preußischen Polizeiaktionen um ihre Wirkung zu bringen: Hier in Hamburg konnten Sozialdemokraten und Kommunisten noch relativ frei agieren, hier erschien noch eine große sozialdemokratische Zeitung, die auch in die preußischen Nachbargemeinden wirkte.

Zwar scheute die Reichsregierung noch vor direkten Eingriffen zurück, um die Länder nicht unnötig gegen sich aufzubringen – noch stand ja die Wahl bevor –, aber der Reichsinnenminister Frick machte in einer Wahlrede am 24. Februar in Hamburg den Länderregierungen deutlich, daß die Leitung des Reichs entschlossen sei, «mit allen Mitteln ihr Ziel zu erreichen»; es sei sinnlos, «ihr irgendwelche Schwierigkeiten zu machen». Sicher auch mit Blick auf den Hamburger Senat fuhr er fort: «Die Reichsregierung wird die Entwicklung in den Ländern, die noch eine Regierung haben, die nicht in der Richtung der Reichsregierung liegt, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen, und wenn Anlaß

besteht, rücksichtslos durchgreifen.»⁵ Nach dem Reichstagsbrand und der Verordnung vom 28. Februar, durch die der Reichsregierung die Ermächtigung erteilt wurde, Kommissare in den Ländern einzusetzen, verstärkte sich der Druck auf den Senat sowohl von seiten der führenden Nationalsozialisten in Berlin als auch der Anhänger Hitlers in Hamburg.

Schließlich führte die ultimative Forderung des Innenministers, das sozialdemokratische Hamburger Echo zu verbieten, am 3. März zum Zerbrechen des Senats. Die sozialdemokratischen Senatoren, an ihrer Spitze Bürgermeister Roß und Polizeisenator Schönfelder, die bis dahin die Verordnungen der Reichsregierung loyal durchgeführt hatten, sahen sich außerstande, dieser Aufforderung nachzukommen. Sie traten zurück und überließen es dem Restsenat, das Verbot auszusprechen. Aber der Zeitgewinn war gering. Kaum hatten am 5. März 1933 die Wahllokale geschlossen, forderte der Innenminister, gestützt auf die Verordnung vom 28. Februar, den Senat auf, die Polizeigewalt dem nationalsozialistischen Bürgerschaftsabgeordneten und SA-Standartenführer Alfred Richter zu übertragen. Er sollte endlich die erforderlichen Maßnahmen «zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung» treffen, die freilich nur nach Ansicht der Nationalsozialisten gefährdet waren.

Damit hielten die Nationalsozialisten praktisch die Macht in ihren Händen. Während der Reichskommissar die ersten Schritte zur «Säuberung» der Polizei von «unzuverlässigen» Beamten tat, einigten sich nun unter dem Eindruck des Wahlergebnisses die Vertreter der liberalen Parteien in der Bürgerschaft, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei, mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten über die Bildung eines neuen Senats. Die Nationalsozialisten, die seit den Aprilwahlen von 1932 die stärkste Fraktion der Bürgerschaft bildeten, hatten sich mit Hitlers Genehmi-

gung für den Hamburger Kaufmann Carl Vincent Krogmann als neuen Bürgermeister entschieden; zum Zeitpunkt seiner Wahl am 8. März 1933 war er zwar noch nicht Mitglied der NSDAP, stand ihr jedoch schon seit längerer Zeit nahe.

Mit voller Absicht hatten der Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann und Hitler darauf verzichtet, einen der in Saal- und Redeschlachten erprobten «alten Kämpfer» als Kandidaten zu nominieren. Mit der Wahl Krogmanns wollten die Nationalsozialisten nicht nur dem ihnen noch fernstehenden Bürgertum Hamburgs, sondern auch mindestens einem Teil ihrer eigenen Wähler das Gefühl vermitteln, daß sie an der alten Hamburger Tradition festhielten, die Verantwortung für die Stadt und ihre Bewohner in die Hände sachverständiger, ehrenwerter und angesehener Männer zu legen, statt sie parteipolitisch gebundenen Personen anzuvertrauen. Auch die Zusammensetzung des Senats aus Angehörigen alter Hamburger Familien, aus Beamten, Akademikern und Offizieren schien zu signalisieren, daß die «nationale Revolution» eher einer Rückkehr zu früheren Verhältnissen gleichkam. Damit in diesem Kreis die nationalsozialistischen Vorstellungen dennoch mit dem gebührenden Nachdruck vertreten wurden, gab man dem Bürgermeister mit Georg Ahrens als Staatsrat einen ideologisch gefestigten Aufseher zur Seite, der dafür sorgen sollte, daß die Maßnahmen des neuen Senats tatsächlich «in der Richtung der Reichsregierung» liefen.

In ähnlicher Form fielen in den folgenden Tagen auch die übrigen Landesregierungen: Auf die Einsetzung von Reichskommissaren, die die Exekutive in Gestalt der Polizei übernahmen, folgten scheindemokratische Regierungsbildungen, an denen sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien beteiligten, teils eingeschüchtert vom Druck der Straße, teils aber auch in der ehrlichen Überzeugung, neben der NSDAP überleben oder gar noch eine Rolle spielen zu können. Selbst die sozialdemokratischen Fraktionen hofften noch eine Zeit-

lang auf die Möglichkeit zur Fortsetzung ihrer parlamentarischen Arbeit. Lediglich die Kommunisten, die bereits nach dem Reichstagsbrand unnachdsichtig verfolgt worden waren, wußten, daß sie keine Wahl hatten, daß sie von Anfang an die erklärten Gegner des Regimes waren.

Nachdem die Nationalsozialisten ihre Position durch den Wahlausgang stabilisiert sahen und in den Ländern von ihnen geführte Regierungen existierten, begannen sie mit der Gleichschaltung der staatlichen Institutionen, ihrer Umgestaltung zu Instrumenten nationalsozialistischer Politik. Dieser Vorgang vollzog sich auf zwei Ebenen: einmal durch personelle Veränderungen in den Verwaltungen mit dem Ziel, politische Gegner und unzuverlässig erscheinende Personen auszuschalten und wenn möglich durch Nationalsozialisten, wenigstens aber durch Sympathisanten zu ersetzen, zum anderen durch die allmähliche Entmachtung und Aushöhlung bestehender politischer Gremien und Selbstverwaltungskörper auf Landesebene mit dem Ziel einer fortschreitenden Zentralisierung staatlicher Macht.

Als erster Bereich staatlicher Verwaltung wurde in jedem Fall die Polizei einer gründlichen Überprüfung unterzogen, denn nur eine im Sinne der Nationalsozialisten zuverlässige Polizei war in der Lage, die Machthaber vor einer immer noch denkbaren bewaffneten Widerstandsaktion zu schützen und die Gegner aktiv zu verfolgen. Der am 8. März als Polizeise-nator in den Senat eingetretene Alfred Richter hatte schon als Reichskommissar mit der «Säuberung» der Polizei begonnen. Noch am 5. März beurlaubte er den Polizeipräsidenten Campe, nachdem der Chef der Ordnungspolizei, Lothar Danner, bereits am Tage zuvor vom Restsenat ausgeschaltet worden war. Als nächste mußten jene Polizeioffiziere den Dienst quittieren, die sich in der SPD oder im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold politisch gegen die NSDAP betätigt hatten. Insgesamt wurden in den folgenden Monaten über 100

Beamte aus dem Polizeidienst entlassen. Ein Teil der Beamten sympathisierte allerdings bereits mit der NSDAP, und auch einige Offiziere zählten offen oder heimlich zu ihren Parteigängern, wie das Verhalten am Wahltag gezeigt hatte, als auf mehreren Polizeikasernen die Hakenkreuzfahne gehißt worden war.

Angesichts der neuen Aufgaben, die der Polizei von den Nationalsozialisten übertragen wurden – und das hieß in erster Linie Verfolgung politischer Gegner –, glaubte der Senat auf zusätzliche politisch einwandfreie Kräfte nicht verzichten zu können. Er beschloß daher am 11. März, nach dem Vorbild Preußens, eine Hilfspolizeitruppe aufzustellen. 310 Angehörige der SA und der SS standen vom 20. März an zur Verstärkung der Polizei bereit. Bei der Staatspolizei und in den speziell geschaffenen Fahndungskommandos erwiesen sie sich als brutale Verfolger ihrer politischen Gegner. Ein Teil dieser Hilfspolizisten wurde nach der Auflösung der Polizeiverstärkung im August 1933 in den Polizeidienst übernommen, nicht zuletzt um diejenigen Beamten zu ersetzen, die «in Übereinstimmung mit den vom preußischen Ministerpräsidenten erlassenen Richtlinien» aus dem Polizeidienst «rücksichtslos ausgemerzt» worden waren, weil sie sich nicht «voll und ganz» zur nationalsozialistischen Regierung bekannten⁶.

Schon bei diesen ersten Maßnahmen zur personellen Umgestaltung legten die Nationalsozialisten allerdings Wert darauf, jeglichen Anschein eines Verstoßes gegen den Buchstaben des Gesetzes zu vermeiden. Sie beschränkten sich in der Anfangsphase darauf, die unliebsamen Beamten durch Beurlaubung aus ihren Ämtern zu vertreiben. Erst mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 gaben sie sich selbst die Rechtsgrundlage, die Beamten ohne weiteres zu entlassen. Bis dahin hatte freilich auch der Senat in Hamburg durch Beurlaubungen in vielen Bereichen der Verwaltung bereits neue Tatsachen geschaffen, vor allem

in den Spitzenpositionen der Behörden. Zu den Opfern gehörten, um nur einige zu nennen, der Staatsrat der Finanzbehörde und Finanzexperte des Senats Leo Lippmann als Jude, der Direktor der Volkshochschule Kurt Adams als Sozialdemokrat, der staatsparteiliche Präsident des Strafvollzugsamts Christian Koch als Vorkämpfer für einen humanen Strafvollzug oder der Leiter der Staatlichen Pressestelle, Alexander Zinn, ein überzeugter Republikaner.

Um die Methoden, aber auch um die durchaus unterschiedlichen Auswirkungen der personellen Gleichschaltung aufzuzeigen, sollen hier zwei Bereiche der Verwaltung herausgegriffen werden: die Justiz und der Bildungssektor. Bei den Gerichten stießen personelle Veränderungen zunächst auf stärkere rechtliche Barrieren als in anderen Einrichtungen. Zwar konnte der neue nationalsozialistische Justizsenator Curt Rothenberger innerhalb der Justizverwaltung und bei den Anklagebehörden sofort zur Beurlaubung der Behördenchefs sowie der jüdischen Beamten und Staatsanwälte schreiten, bei den Gerichten selbst standen dem jedoch die Vorschriften über die Unabsetzbarkeit der Richter im Wege. So beschränkte er sich in erster Linie darauf, durch Änderung der Geschäftsverteilung bei den Gerichten jüdische Richter von der Strafrechtspflege fernzuhalten und die Berufung «jüdischer und marxistischer» Schöffen und Geschworenen zu verhindern.

Erst mit dem Berufsbeamtengesetz sowie einem Landesgesetz, durch das die Altersgrenze für Richter auf 65 Jahre gesenkt wurde, ließ sich auch die Zusammensetzung der Richterschaft wenigstens annähernd nach den nationalsozialistischen Vorstellungen ändern. Aufgrund des Berufsbeamtengesetzes mußten insgesamt 31 Richter und Staatsanwälte, überwiegend Juden, den Justizdienst verlassen. Durch die Senkung der Altersgrenze wurden die Plätze der Gerichtspräsidenten frei, vor allem aber der Vorsitz im Strafsenat des

Oberlandesgerichts, der für die Aburteilung politischer Verbrechen zuständig war und vor dem in den folgenden Jahren die Verfahren gegen die Führer der Hamburger KPD wegen Vorbereitung zum Hochverrat stattfinden sollten. Bei dem neuen Vorsitzenden Otto Roth stießen sie dann in der Tat auf einen willfährigen, wenn nicht sogar überzeugten Verfechter des nationalsozialistischen Vergeltungsstrafrechts, auf einen Richter, den «die Angeklagten als einen unerbittlichen Feind zu fürchten» hatten, wie einer seiner Kollegen sein Wirken damals charakterisierte⁷.

Im Zusammenhang mit der Gleichschaltung muß auch die Einsetzung der Sondergerichte für einfache politische Straftaten gesehen werden. Die Justiz war sicher vor 1933 kein Bollwerk der Republik gewesen – die relativ geringe Zahl der Entlassungen macht dies zusätzlich deutlich –, es gab in ihr aber auch fast keine Nationalsozialisten und zunächst nur wenige Richter und Staatsanwälte, von denen die Nationalsozialisten die unbedingte Unterstützung erhoffen durften, die sie erwarteten. Um diese wenigen richtig einsetzen zu können, wurden sie an die neu errichteten Sondergerichte berufen, die im übrigen zugleich auch Mittel zur Aushöhlung der ordentlichen Gerichtsbarkeit waren: In den folgenden Jahren übernahmen sie immer mehr Aufgaben der ordentlichen Gerichte, um so die Justiz der nationalsozialistischen Vorstellung von Rechtsprechung anzupassen.

Waren die Demokraten in der Justiz dünn gesät, so sah es im Bildungsbereich gerade in Hamburg etwas anders aus. Insbesondere die Hamburger Volksschullehrer, in ihrer Mehrheit von der Reformpädagogik geprägt, hatten ihre politische Heimat bei den Parteien der Weimarer Koalition und in erster Linie in der SPD gesehen. Unter dem sozialdemokratischen Schulsenator bot sich ihnen nicht nur in Versuchsschulen die Möglichkeit, neue pädagogische Formen zu erproben und fortschrittliche Bildungsinhalte zu vermitteln. Schon

lange war diese Schulpolitik den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge gewesen.

Es kam daher nicht überraschend, daß der von den Nationalsozialisten beherrschte Senat sofort mit der Beurlaubung und späteren Entlassung der sozialdemokratischen und demokratischen Schulräte eine Änderung dieser Politik einzuleiten begann. Ihre Plätze nahmen schon bald Nationalsozialisten und Deutschnationale ein. In den Schulen setzte eine umfangreiche Versetzungsaktion ein, in deren Verlauf die alten Kollegien auseinandergerissen wurden; die betroffenen Lehrer sollten, wie einer der neuen Schulräte erläuterte, in den neuen Kollegien «von den marxistischen Schlacken gesäubert» werden⁸.

Wo dies nicht zu erwarten war, gab es auch hier nur die Entlassung. So wurden in den Jahren 1933 bis 1935 insgesamt 637 Lehrer aufgrund des Berufsbeamtengesetzes aus den Schulen Hamburgs entfernt. Diese Zahl bedarf freilich einer Erläuterung. Sicher war die Zahl der aus rein politischen Gründen Entlassenen im Schulbereich höher als in anderen Zweigen der öffentlichen Verwaltung, aber allein 555 dieser Lehrerinnen und Lehrer wurden nach § 6 des Gesetzes entlassen, das heißt aus sogenannten Gründen der Verwaltungvereinfachung, wovon auch Beamte betroffen waren, die wenige Jahre vor der Pensionierung standen. Man kann freilich davon ausgehen, daß sich unter ihnen viele politisch Mißliebige befanden, denen man jedoch bei dieser Begründung für die Entlassung die Pensionsansprüche ungekürzt beließ.

Mit dieser Entlassungsaktion eröffneten sich die Nationalsozialisten die Möglichkeit, im Zuge einer durchgreifenden Verjüngung der Lehrerschaft durch Neueinstellungen zahlreiche arbeitslose Lehrer unterzubringen und zugleich dadurch auch die politische Ausrichtung des Standes in seiner Gesamtheit in ihrem Sinne zu ändern. Tatsächlich wurden im selben Zeitraum, also bis 1935, 468 Lehrkräfte neu einge-

stellt, die meisten von ihnen nach 1900 geboren. Im Gegensatz zu ihren älteren Kollegen waren sie geprägt von den Einflüssen der Gymnasien und der Hochschulen, die in der Weimarer Republik nicht in demokratischem Geist gewirkt, sondern in nationalem, undemokratischem Sinn erzogen hatten.

So diente die personelle Gleichschaltung nicht nur der Aussonderung und Einschüchterung der politischen Gegner des neuen Regimes, sondern gleichzeitig auch der Verjüngung des Beamtenkörpers und seiner ideologischen Durchdringung. Die Neubesetzung von Führungspositionen stieß allerdings häufig auf Schwierigkeiten, da der NSDAP nicht immer und überall eine genügende Zahl fachkundiger Kandidaten zur Verfügung stand. Entweder behalf man sich in solchen Fällen für eine Übergangszeit mit der Ernennung eines national eingestellten Beamten oder man bewertete – und dies gilt vor allem für politisch exponierte Funktionen – die ideologische Überzeugungstreue höher als die fehlende Sachqualifikation. Dies führte allerdings auch zu einer stärkeren Fluktuation. So erfreute sich die Staatspolizei in Hamburg 1933 allein dreier verschiedener Leiter.

Mit Hilfe des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sollten durch personelle Veränderungen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß nicht nur die aus der nationalsozialistischen Weltanschauung heraus neu formulierten und erlassenen, sondern auch die bestehenden Gesetze in diesem Geist angewandt und ausgeführt wurden. Dazu bedurfte es aber gerade der politisch ausgerichteten Beamten. Für sie von Anfang an den nötigen Platz zu schaffen, war eines der wesentlichen Ziele. Mit dem Hinweis auf eine Wiederherstellung, eine Erneuerung eines früheren Zustandes also, sollte dieser Ansatz der personalpolitischen Maßnahmen verdeckt und statt dessen die Vorstellung geweckt werden, man suche bewußt Anschluß an die Verwaltungstradition der Zeit vor dem Weltkrieg, die in jenen von Hitler

immer wieder beklagten Jahren der Republik von den demokratischen Parteien angeblich zerstört und um ihren Ruf gebracht worden war. Ohne hier der Frage nachzugehen, wie unpolitisch das Beamtentum des Wilhelminischen Deutschlands tatsächlich gewesen war, muß man festhalten, daß der Vorwurf der Nationalsozialisten gegen die Beamtenschaft weithin dazu diente, die eigenen Pläne zu tarnen. Mochte auch im einen oder anderen Fall einer Beamtenkarriere das Parteibuch eine Rolle gespielt haben, dann war das die Ausnahme von der Regel: Die republikanischen Parteien hatten bei der Durchsetzung ihrer Politik gerade unter der passiven Resistenz der Beamtenschaft und der Richter zu leiden.

So wurde hier durch die Verwendung von Begriffen, die ihrer ursprünglichen Bedeutung bewußt entkleidet waren, eine Rückbesinnung auf alte Traditionen der staatlichen Personalpolitik vorgetäuscht – ein Vorgang, der sich auch bei anderen Worten und Werten nachweisen läßt –, um hinter dieser tarnenden Fassade den politischen Beamten in die Verwaltung einschleusen zu können. Der Beamte des Dritten Reichs, so erläuterte es Hamburgs Bürgermeister, müsse «seine ganze Persönlichkeit freudig in den Dienst von Staat und Volk» stellen. Der neue Staat könne «nur solche Beamten gebrauchen, die bereit sind, im Sinne der Weltanschauung des Volksführers Adolf Hitler und seiner großen Freiheitsbewegung an der weiteren Durchführung der Erhebung schaffend mitzuwirken»⁹.

Unter ähnlichen Umständen vollzogen sich auch die Gleichschaltung und schließliche Ausschaltung der überkommenen politischen Institutionen und die schrittweise Zentralisierung der Verwaltung. Die politischen Vertretungskörperschaften der Länder waren aus Wahlen hervorgegangen und wichen in ihrer Zusammensetzung mehr oder minder beträchtlich von der des neugewählten Reichstages ab. In Hamburg hatte die Bevölkerung zuletzt am 24. April 1932

eine Bürgerschaft gewählt. Zwar hatte der Senat in ihr seit dem 8. März 1933 eine Mehrheit, aber die Nationalsozialisten mußten nach wie vor auf ihre Koalitionspartner Rücksicht nehmen. Als Präsident der Bürgerschaft amtierte immer noch ein Sozialdemokrat, und er bemühte sich, die Rechte der Volksvertretung nach der geltenden Verfassung auch gegenüber dem nationalsozialistisch bestimmten Senat zu wahren. Vor allem versuchte er immer wieder, vom Senat Auskunft und Rechenschaft wegen der Verhaftung kommunistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter zu erlangen. Dies verweigerte der Senat zwar, und auch eine Einberufung der Bürgerschaft konnte er durch seine Mehrheit verhindern, aber die NSDAP empfand diese Situation doch als störend.

Seit dem 15. März, seit einem Gespräch Krogmanns mit Hitler in Berlin, wußte man im Senat freilich, daß eine Neubildung der Bürgerschaft durch einfaches Reichsgesetz bevorstand. Nachdem die Reichsregierung sich am 23. März 1933 vom neugewählten Reichstag im Ermächtigungsgesetz die Vollmacht hatte geben lassen, Gesetze ohne Mitwirkung des Parlaments zu beschließen, erließ sie am 31. März das Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Es enthielt unter anderem die Bestimmung, daß die Landesparlamente nach dem jeweiligen Ergebnis der Reichstagswahl neu zusammzusetzen seien; auf die KPD entfallende Mandate sollten nicht zugeteilt werden. So entfielen in der zukünftigen Bürgerschaft von 106 vergebenen Mandaten 51 auf die NSDAP, und als am 10. April die drei Abgeordneten der Deutschen Volkspartei nach der Auflösung ihres Landesverbandes sich der NSDAP-Fraktion anschlossen, besaß diese nun die absolute Mehrheit. Damit konnte sie die Bürgerschaft zum Instrument ihres Willens machen.

Dreimal noch trat diese Bürgerschaft zusammen. In der konstituierenden Sitzung am 10. Mai – vorausgegangen war nach Potsdamer Vorbild ein Gottesdienst in der Jacobi-Kir-

che – gab Bürgermeister Krogmann eine Regierungserklärung ab, in der er voll Stolz darlegte, was der Senat, ungehemmt von parlamentarischer Kontrolle, seit seiner Einsetzung erreicht hatte. Daß es bei diesem Zustand bleiben würde, machte er den Angehörigen der Bürgerschaft ebenfalls klar. Nach der Einsetzung der Reichsstatthalter entsprechend den Vorschriften des Zweiten Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder gebe es keine Verantwortung des Senats mehr gegenüber der Bürgerschaft. «Der Reichspräsident ernennet die Statthalter, der Statthalter den Regierenden Bürgermeister und auf dessen Vorschlag die Senatoren.» Zwar wurde der Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann erst am 16. Mai zum Reichsstatthalter ernannt und die Amtsbezeichnung «Regierender Bürgermeister» erst am 18. Mai eingeführt, als Krogmann in Wirklichkeit nichts mehr zu regieren hatte, aber so genau nahm das niemand. Auch die Versicherung Krogmanns, damit habe die Bürgerschaft keineswegs ihre Bedeutung verloren, sie bleibe vielmehr ebenso erhalten wie die Deputationen bei den Einzelbehörden, setzte bei den Zuhörern eine fast übermenschliche Glaubensbereitschaft voraus. Krogmann wußte im übrigen schon genau, daß die Reichsregierung längst das Aussterben solcher gewählten Gremien beschlossen hatte. Da von nun an «die Verantwortung für die Regierung . . . ausschließlich beim Senat» lag, wie Krogmann betonte¹⁰, blieb für die Bürgerschaft auch nichts mehr zu tun. Zweimal noch trat sie zu kurzen Sitzungen zusammen. Am 14. Oktober 1933 wurde sie, zusammen mit dem Reichstag, aufgelöst. Eine Neuwahl fand im Gegensatz zum Reichstag nicht mehr statt.

Daß die Einrichtungen der parlamentarischen Vertretungen trotz aller gegenteiligen Beteuerungen im Dritten Reich nicht überleben würden, wurde in Hamburg unterstrichen, als der Senat mit Gesetz vom 20. Juli 1933 – formal bestand die Bürgerschaft noch – den Staatsrat ins Leben rief. Da-

mit kopierte der Senat ganz ungeniert den preußischen Staatsrat bis hin zur Bezeichnung – im Entwurf des Gesetzes hatte das Gremium noch Landesrat geheißen. Beim preußischen Staatsrat handelte es sich um ein zwar inzwischen von den Nationalsozialisten umgeformtes, aber immerhin seit der Verfassung von 1920 bestehendes und an die Tradition des Herrenhauses anknüpfendes Gremium, durch das die preußischen Provinzen an Gesetzgebung und Verwaltung beteiligt worden waren. Ein solches Vorbild fehlte für Hamburg. Allenfalls ließe sich nach seiner Zusammensetzung aus «verdienten Männern» eine Verbindung zu den Honoratiorenparlamenten der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ziehen, in denen das ständische Element eine hervorragende Rolle gespielt hatte. Die Vorstellung, in solchen Einrichtungen der Stadt Männern nur nach ihrem Sachverstand und nicht nach politischen Bindungen Sitz und Stimme zu geben, ist allerdings ein Strang hamburgischer Tradition, der bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg seine Verfechter gefunden hat. Der Gedanke jedenfalls, erfahrene, beruflich und geistig unabhängige Bürger, erfolgreich, über den Parteiinteressen stehend, nicht partikularen Ansprüchen verpflichtet, sondern stets das umfassende Wohl des Gemeinwesens im Auge, seien vielleicht geeigneter zur Beratung der Regierenden als eine von allen gewählte, aber eben aus Parteivertretern zusammengesetzte Körperschaft – dieser Gedanke fand sicher im Jahr 1933 starken Anklang, da in weiten Kreisen das Unbehagen an Parlamenten und Parteien, die unfähig schienen, die Krise zu meistern, die Einstellung gegenüber der Republik und damit auch das Wahlverhalten am 5. März und davor stark beeinflusst hatte.

Rein äußerlich schien der Staatsrat diesen ständischen Vorbildern nahezukommen. Von Amts wegen gehörten ihm die Senatsmitglieder, Führer der SA, der SS und der NSDAP an. Hinzu traten, nach Ernennung durch den Bürgermeister,

«Vertreter der Kirche, der Wirtschaft, der Arbeit, der Wissenschaft und der Kunst sowie sonstige um Staat und Volk verdiente Männer», wie es im Gesetz über den Staatsrat hieß¹¹. Aber was hier mit viel Pomp eingerichtet und am 7. Oktober 1933 eröffnet wurde, war von allen damit vielleicht geweckten Vorstellungen und Hoffnungen weit entfernt. Es war lediglich eine Fassade, durch deren Errichtung verdeckt werden sollte, daß eine Mitwirkung des Volkes bei der Regierung nicht mehr stattfand. Entsprechend schwer tat sich Krogmann denn auch, als er den Staatsräten ihre Aufgaben erläutern sollte. Da war von einer «Mittlerrolle zwischen der Bevölkerung und der Regierung» die Rede, «das Ohr und der Mund des Senats» sollten die Staatsräte sein und in der Bevölkerung bestehende «Sorgen und Nöte» dem Senat mitteilen, der dann versuchen wolle, sie in «Freude und Frieden umzuwandeln»¹².

Irgendeine Bedeutung für die politische Praxis hatte der Staatsrat von Anfang an nicht. Seine Mitglieder dienten lediglich als beifallsfreudige Zuhörer für Proklamationen des Reichsstatthalters und des Bürgermeisters. Immerhin hatten die Nationalsozialisten mit dem Staatsrat ein Gremium neu geschaffen, dessen Hauptaufgabe die Täuschung der Öffentlichkeit war. Ihr sollte offenbar vorgegaukelt werden, daß nach der Abschaffung der Parlamente die Wünsche, Vorstellungen und Hoffnungen der Bevölkerung auf diese – wenn auch sehr patriarchalisch-konservative – Weise der Führung übermittelt werden sollten. Zu große Erwartungen dämpfte Krogmann allerdings schon in der Eröffnungssitzung: Er als Führer der hamburgischen Landesregierung sei als Nationalsozialist überzeugt, daß nur das absolute Führerprinzip zum Erfolg führen könne. Der Senat werde daher tun, was er für richtig halte, ohne Rücksicht auf die im Staatsrat geäußerten Ansichten.

Wie stark die Tendenz war, die Formen nationalsozialisti-

scher Machtausübung als im Einklang mit guten deutschen oder – für Hamburg – gar hanseatischen Traditionen zu begründen, zeigte sich in Krogmanns Versuch, selbst dieses Führerprinzip auf solche Art zu legitimieren, nämlich durch den Hinweis auf die unbeschränkten Rechte des Hamburger Rates vor 1529. So weit wollte wohl keiner zurück, aber sicher ist, daß viele Mitglieder der NSDAP ebenso wie Millionen ihrer Wähler und Sympathisanten in einer Rückkehr zu traditionellen Wertsystemen und sozialen Ordnungen sowie überkommenen Herrschaftsstrukturen einen, wenn nicht sogar den Weg sahen, das Elend der wirtschaftlichen und politischen Lage zu überwinden. Daß dabei neue, revolutionäre, mit dem Bestehenden abrupt brechende Formen der Machtausübung angewandt wurden, daß die Interessen des einzelnen nichts zählten, all dies war man offenbar bereit in Kauf zu nehmen, noch dazu, wenn der Erfolg diese Methoden rechtfertigte. Sicher gab es unter Hitlers Anhängern Gruppen, denen die Tradition gleichgültig war, die bedingungslos auf Revolution setzten, ebenso sicher aber hingen Teile seiner Anhänger sogar den Träumen von einer Restauration an.

Der Mehrheit aber offenbarte sich im Programm der NSDAP und in der Propaganda genau jene Mischung aus Kontinuität und Veränderung, die ihren eigenen Hoffnungen und Wünschen entsprach. Dies wird besonders deutlich in Hitlers Wahlreden in der Endphase der Republik. Zwar verwies er stets darauf, daß mit ihm, mit seiner Partei, mit seiner Weltanschauung etwas Neues käme, ohne daß er dieses Neue freilich konkretisierte. Präzise wurde nur die Schuld verteilt: Die Republik und die sie tragenden Parteien schufen die Ursachen für die herrschende Not.

Man sollte sich dabei ins Bewußtsein rufen, daß am 5. März 1933 gerade die ersten Angehörigen des Jahrgangs 1912 wahlberechtigt wurden und daß rund 70% der Hamburger Wahlberechtigten den Jahrgängen 1900 und früher angehörten. Sie

waren damit stark von der politischen und sozialen Vorstellungswelt des Wilhelminischen Deutschlands, seinen Schulen und seinem Militär geprägt. Daß für viele von ihnen diese Zeit vor dem Ersten Weltkrieg den Maßstab abgab für das, was sie unter wirtschaftlicher und politischer Normalität verstanden, liegt nahe, und daß, an diesem Maßstab gemessen, die Republik, zumal in der Krise, nicht bestehen konnte, bestimmte weitgehend das Wahlverhalten dieser Menschen, aber auch ihre weitere Zustimmung zum neuen Staat. Diesen Vergleich provozierte Hitler immer wieder, so auch am 3. März 1933 in einer seiner letzten Wahlreden im Hamburger Zoo. «Wir übernehmen heute», so warf er seinen politischen Gegnern vor, «einen Staat, den sie 14 Jahre ruinierten, in dem sie ganze Berufsstände ins Elend brachten und eine Arbeitslosenarmee schufen . . . Das ist das Deutschland, das sie geschaffen haben: finanziell zerstört bis in jede Gemeinde hinein . . . Bevor sie wirtschaftlich alles vernichteten, haben sie alle anderen Grundlagen zerstört.»¹³

Die Rückkehr zu den von den demokratischen Parteien angeblich nicht bewahrten, sondern zerstörten Grundlagen des staatlichen Lebens der Vergangenheit – das war es, wovon ein großer Teil seiner Wähler die Wende erwartete. Hitler wußte es, und so tat er alles, um diese Erwartungen zumindest vordergründig zu erfüllen. Ob er sich mit der Eröffnung des neuen Reichstages in der Garnisonkirche in Potsdam am Grabe Friedrichs des Großen bewußt in eine preußisch-deutsche Tradition einzugliedern schien, ob er für eine Übergangszeit die alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot duldete, ob er seine Verehrung für Hindenburg, den Feldmarschall des Ersten Weltkrieges, kundtat, immer war es ein Versuch, seine Anhänger davon zu überzeugen, welche Bedeutung die Vergangenheit für das neue Reich habe, das er aufbauen wollte.

Selbst bei der Zerstörung des Rechtsstaates bediente sich Hitler zunächst noch der traditionellen Ordnungskräfte, der

Polizei und der Justiz, bevor neben ihnen mit der SS eine weltanschaulich motivierte, zum Fanatismus erzogene Truppe entstand, die in der Bekämpfung der Gegner des Staates einen Akt politischer und sozialer Hygiene sah und diesen Auftrag ohne jeden Anflug eines humanen Gefühls ausführte. Dieser Bruch mit der Vergangenheit aber ließ sich schon nach den ersten Tagen nationalsozialistischer Herrschaft erkennen: Daß Menschen von Staats wegen erbarmungslos gequält, erniedrigt und erschlagen wurden, weil sie sich der sogenannten Volksgemeinschaft nicht eingliedern wollten oder von ihr ausgeschlossen wurden, daß politisch Andersdenkende in Lagern verschwanden, wo ihnen die primitivsten Menschenrechte vorenthalten wurden, das war jedenfalls in der neueren deutschen Geschichte ohne Beispiel. Dies wenigstens hätte Hitlers Anhängern die Augen öffnen können, doch selbst hier siegten offenbar die gesellschaftlichen Vorurteile und veranlaßten sie zur Duldung der Unmenschlichkeit, gehörten die Verfolgten doch Gruppen an, die von der Gesellschaft ohnehin isoliert wurden: Marxisten, Homosexuelle, Juden – um nur diese drei zu nennen.

Im allgemeinen jedoch bemühten sich die Nationalsozialisten, in den ersten Jahren bis zur Konsolidierung ihrer Herrschaft auch da wenigstens den äußeren Anschein der Kontinuität aufrechtzuerhalten, wo sie zum Bruch mit der Tradition entschlossen waren. Die bestehenden Einrichtungen wurden nicht sofort oder gar nicht beseitigt. Vielmehr blieben sie erhalten, hatten aber nur noch den Sinn, als Fassaden zu verdecken, daß sich hinter ihnen Veränderungen abspielten, die zu völlig neuen Machtstrukturen führten. Ob dabei lediglich durch eine Änderung der bestehenden Konstruktion ein effektiverer Verwaltungsweg geschaffen wurde, ob durch die Einrichtung neuer Stränge staatlicher Verwaltung im Geflecht zwischen Partei und Staat das Ausüben von Gewalt undurchschaubarer wurde oder ob durch beides bisher hem-

mende Stationen umgangen wurden – wichtig war allein, daß das Ergebnis zu einem direkteren Zugriff auf den einzelnen führte. Das Alte wurde beschworen, während dahinter die ideologischen Zielsetzungen der Partei das Bild des neuen Staates zu prägen begannen.

Hinter diesem Vorhang traditioneller Bezüge setzte der Aufbau einer neuen Ordnung ein, die im Entscheidenden mit der Vergangenheit brach. Tatsächlich zerstörten die Gleichschaltungsgesetze den Bestand der Länder. Im Laufe der Zeit verlor der Senat als Landesregierung immer mehr Kompetenzen, entwickelte sich das Reich zu einem zentral gelenkten und damit Hitlers Willen direkt unterworfenen Staat. Am 24. November 1933 unterstellte der Senat die Hamburger Staatspolizei Heinrich Himmler, ein Schritt, den die übrigen Länder in den folgenden Monaten nachvollzogen. Es war der Anfang des Übergangs der Polizeihochheit auf das Reich. 1935 verloren die Länder endgültig die Zuständigkeit für die Rechtsprechung; auch die Kulturhoheit büßten sie faktisch ein. So verblieben dem Senat schließlich nur noch die Aufgaben einer Kommunalverwaltung. Daß bei dieser Zentralisierung und unter einer einheitlichen Reichsverwaltung auch landsmannschaftliche Besonderheiten und regionale Eigenarten auf der Strecke blieben, sei nur am Rande festgehalten. Dies wurde nicht zuletzt durch den Umstand beschleunigt, daß nun auch neue, nicht in alten Ordnungen denkende und nach Traditionen handelnde Schichten sich unter den Führungseliten einrichteten. Mochten die Maßnahmen der institutionellen Gleichschaltung zunächst auch wie eine Wiederherstellung alter Ordnungen, wie eine Rückkehr zu traditionellen Prinzipien und Werten aussehen, sie waren von Anfang an darauf gerichtet, teilweise unter dem harten Bruch mit dem Vorhandenen, eine durchgreifende, alle Bereiche umfassende Machtausübung der NSDAP zur Durchsetzung ihrer ideologisch motivierten Ziele zu ermöglichen.

Anmerkungen

1) Rede Adolf Hitlers in Königsberg, 17. Oktober 1932, zitiert nach: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, München 1965, Bd. I, 1, S. 140.

2) Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 28. Aufl. 1940, S. 252.

3) Ansprache des Regierenden Bürgermeisters zur Eröffnung des Staatsrates am 7. Oktober 1933, abgedr. in: Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, hrsg. von Henning Timpke, Nachdruck Hamburg 1983, S. 136.

4) Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 17. Februar 1933. Ministerial-Blatt für die Preußische innere Verwaltung, Teil I, 94. Jg. 1933, Nr. 9, Sp. 169.

5) zitiert nach: Dokumente zur Gleichschaltung (wie Anm. 3), S. 34.

6) Regierungserklärung von Bürgermeister Krogmann am 10. Mai 1933, abgedr. in: Dokumente zur Gleichschaltung (wie Anm. 3), S. 111.

7) Hans Wogatzky, 120 Jahre oberste Hanseatische Gerichte, in: Das Hanseatische Oberlandesgericht. Gedenkschrift zu seinem 60jährigen Bestehen, hrsg. von Curt Rothenberger, Hamburg 1939, S. 98.

8) Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft, Hamburg 1970, S. 370.

9) Regierungserklärung von Bürgermeister Krogmann am 10. Mai 1933, abgedr. in: Dokumente zur Gleichschaltung (wie Anm. 3), S. 108.

10) Ebenda, S. 107f.

11) Gesetz über den Staatsrat vom 20. Juli 1933, abgedr. in: Dokumente zur Gleichschaltung (wie Anm. 3), S. 133.

12) Ansprache des Regierenden Bürgermeisters zur Eröffnung des Staatsrates am 7. Oktober 1933, abgedr. in: Dokumente zur Gleichschaltung (wie Anm. 3), S. 136ff.

13) Hamburger Nachrichten 142. Jg. Nr. 63 vom 4. März 1933.



1 Erwerbslosenschlangen am Arbeitsnachweis Koblhöfen



*2 a Arbeits- und
Obdachloser schläft auf
einer Parkbank, 1932*



*2 b Notleidende sammeln
Kohlen, Oktober 1932*



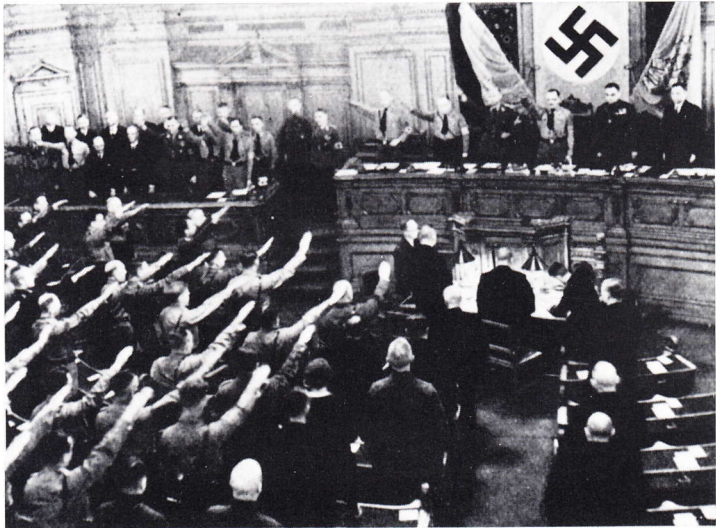
3 Hamburg im Zeichen des
Bürgerschaftswahlkampfes 1928



4 Hissung der Hakenkreuzfahne vor dem Hamburger Rathaus am 8. März 1933



5 a Der am 8. März 1933 neugewählte Senat



5 b Bürgerschaftssitzung am 10. Mai 1933



6 a Boykott jüdischer
Geschäfte am 1. April
1933

6 b Verbrennung der
Reichsflagge
Schwarz-Rot-Gold der
Weimarer Republik





7a Berufsbildung des Arbeitsamts Hamburg 1933:
Erwerbslose Maurer gestalten das Symbol der National-
sozialistischen Betriebszellenorganisation

7b Bücherverbrennung durch Hamburger Studenten am
15. Mai 1933 am Kaiser-Friedrich-Ufer





8a Maifeier 1931 im Hamburger Stadtpark



8b Feuerwerk auf dem Heiligen-Geist-Feld am Vorabend des 1. Mai 1934

Gesellschaftliche Gleichschaltung in Hamburg 1933: Freiheit des Individuums oder Sicherheit und Schutz der Gemeinschaft?

Auf dem Höhepunkt der politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1932, als die Nationalsozialisten nicht nur ihre Gegner, sondern auch den Staat und seine Organe ungehemmt herausforderten, sang die SA in den Straßen deutscher Städte ein Lied mit dem brutalen Kehrreim: «Blut muß fließen, knüppeldick, wir pfeifen auf die Freiheit der Judenrepublik.» Die begeisterten Anhänger Hitlers bedachten dieses provokative Auftreten mit Beifall, seine Wähler und Sympathisanten lächelten verlegen, große Teile der übrigen Bevölkerung aber überhörten die Unheil verheißenden Drohungen. Sie nahmen sie nicht ernst. Nur die Hamburger Ortsgruppe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, entschiedene linke Demokraten und Sozialdemokraten waren beunruhigt und warnten die Bevölkerung vor dem heraufziehenden Unheil. Aber die Warnungen beeindruckten nur wenige. Zu sehr schon hatte sich die Bevölkerung an Terror und Ausschreitungen gewöhnt, mit dem Wortradikalismus im politischen Kampf abgefunden.

Manche SA-Männer, die die blutrünstigen Lieder sangen, und erst recht viele Menschen aus dem Anhang der NSDAP dachten bei diesen Auftritten nicht an Terror, Gewalttat und Mord. Sie wollten an erster Stelle die staatsstreuen Volksteile provozieren, den Staat verhöhnen und seine Organe verunsichern und in die Defensive drängen. Ursula Büttner hat in ihrem Beitrag die Gründe für die Staatsverdrossenheit großer Bevölkerungsschichten und für die Bereitschaft zur Beseitigung der bestehenden politischen Ordnung dargelegt. Für

alle, die eine Veränderung wünschten oder gar auf Umsturz drängten, konnte die Provokation gar nicht entschieden genug sein. Sie wollten mit ihren Parolen, Liedern und Aktionen ihrer Unzufriedenheit und Verzweiflung Ausdruck verleihen.

Auch über den Wert der Freiheit dachten die demonstrierenden SA-Männer und ihre Sympathisanten kaum nach. Sie war ihnen garantiert, und so nutzten sie deren Möglichkeiten unbedenklich bis zum Äußersten aus. Von Zukunftsangst und Arbeitslosigkeit bedrückt, waren sie in eine Gemeinschaft geflüchtet, in der sie sich sicher und stark fühlten, in deren Schutz sie alle verspotten konnten, die auch unter schwersten Existenzbedingungen frei und selbstverantwortlich handeln wollten und für die Erhaltung des Rechtsstaats einstanden. In der Not war aber für viele die Gemeinschaft der einzige Halt, das Leben in Freiheit schien ihnen zu risikoreich. Um dieser Sicherheit willen zeigten sie sich bereit, einen guten Teil ihrer Individualität und Selbstbestimmung zu opfern, sich dem Willen der Gemeinschaft – auf den sie keinen Einfluß hatten – zu unterwerfen.

Als ebenso folgenschwer erwies sich, daß der überwiegende Teil des Bürgertums die Preisgabe und Verhöhnung der Freiheit, für die die Väter im 19. Jahrhundert gestritten hatten, widerspruchslos hinnahm. Jeden Tag gab es Beispiele, wie die Gegner der Republik die verfassungsmäßig garantierten Rechte nutzten, um Andersdenkende einzuschüchtern und zu unterdrücken. Zwar wehrten sich Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Demokraten engagiert dagegen, daß die Feinde der Freiheit diese mißbrauchten, um sie abzuschaffen; aber sie fanden keine breite Unterstützung.

Die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gegnern und die häufigen blutigen Zusammenstöße zwischen der Extremisten verstärkten die Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung. Die Kämpfe, die die Nationalsozialisten

auslösten, und die vielen durch sie provozierten Gegenaktionen erweckten gerade im Bürgertum den Eindruck, als löse sich die bestehende Ordnung auf, treibe der Staat dem Chaos entgegen. Hitler hat alles getan, um in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände zu schaffen, damit er sich um so überzeugender als Retter in der Not, als Kanzler der Ruhe und Ordnung empfehlen konnte. Dieses Vorhaben ist ihm weithin gelungen, so daß ihn 1933 tatsächlich ein erheblicher Teil der Bevölkerung als Garanten für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse feierte. Allzu viele waren bereit, Einschränkungen der Rechtssicherheit und der individuellen Freiheit hinzunehmen, zumal das neue Gemeinschaftsgefühl durch Glockengeläut, Niederländisches Dankgebet und weltanschauliche Weihhandlungen bewußt gefördert wurde. Nur vor diesem Hintergrund erklärt sich die rasche und nahezu widerstandslose Gleichschaltung der Behörden und Institutionen, die Werner Johe in seinem Beitrag beschrieben hat.

Daß die Nationalsozialisten bei der «Erneuerung» – der Umgestaltung – des Staats- und Wirtschaftslebens zunächst eine gewisse Zurückhaltung übten, entsprach ihren eigenen Interessen. Sie brauchten zur Durchsetzung ihrer langfristigen Ziele die Mitarbeit der Fachleute in allen Bereichen öffentlicher Tätigkeit. Ohne den Sachverstand der Experten waren Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung, zur Zentralisierung der Verwaltung, die Aufrüstung und viele andere Aktionen in der Innen- und Außenpolitik nicht durchzuführen. Im Gegensatz zu starken Kräften in seiner Partei, an erster Stelle dem Stabschef der SA, Ernst Röhm, und seinen Unterführern, die das Bürgertum verachteten und es entmachten wollten, stellte Hitler es in seinen Dienst. Er wußte, daß er darauf angewiesen war, um die erste Etappe des in Aussicht genommenen Weges ohne Zeitverlust zurücklegen zu können. Während die alten Beamten, Techniker und Ange-

stellten eifrig arbeiteten, schuf er, von der Öffentlichkeit wenig bemerkt, neue Machtzentren und Machtinstrumente, die er zur Durchsetzung seiner Weltanschauung benötigte. Diese Organisationen konnten später alle Kompetenzen an sich ziehen, wenn Hitler es befahl. Auch der Hamburger Senat, der 1933 mit einem so großen Führungsanspruch auftrat, verlor bis 1936 nahezu allen politischen Einfluß.

Mit der Ausschaltung der parlamentarischen Kontrolle, der Umgestaltung der Justiz, der Polizei und der Verwaltung beraubten die Nationalsozialisten die Bevölkerung des Schutzes und Rückhalts, so daß sie ihrer Willkür ausgeliefert war. In dem Maß, in dem der am 8. März 1933 gewählte Senat die umfassende Kontrolle über die Behörden gewann, begann die Verfolgung der Gegner, die Ausschaltung Unerwünschter und die Neuformierung der Gesellschaft. Dabei wird ein Faktor in der heutigen Diskussion zu leicht übersehen: Die «Gleichschaltung» ließ sich nur deshalb so rasch und oft auch widerstandslos durchführen, weil der Druck zu gleicher Zeit von oben und unten – «von der Basis» würde man heute sagen – erfolgte. Die NSDAP konnte sich in Hamburg wie überall auf eine relativ starke und aktive Parteiorganisation mit ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden stützen, wobei letztere mitunter einen besonderen Eifer an den Tag legten und manche ihrer Repräsentanten sich durch einen erschreckenden Fanatismus auszeichneten. Dem Druck seitens des Senats und der Behörden hätten Parteien, Verbände und Institutionen oft noch länger standgehalten, der hemmungslosen Begeisterung, dem missionarischen Drang und der Bedenkenlosigkeit der zahlreichen Amtswalter, Unterführer und Mitglieder der nationalsozialistischen Organisationen waren sie nicht gewachsen. Dabei bestimmte nicht selten Haß das Vorgehen der Eiferer. Sie wollten sich an denen rächen, die sie vorher bekämpft oder gar als Schreihälse verachtet hatten. Ausschlaggebend war aber das Sendungsbewußtsein die-

ser Menschen: Sie glaubten, daß mit ihnen eine neue Zeit beginne, sie deshalb alles zu verändern und umzugestalten berufen seien.

Die Minderheit, die auch in Hamburg, dessen Bewohner so stolz auf ihre Liberalität waren, sofort nach dem 8. März 1933 rüde verfolgt und entrechtet wurde, waren die Juden. Die schon zwei Tage nach der Senatsbildung beginnenden Willkürmaßnahmen waren möglich, weil antisemitische Vorurteile auch im nichtnationalsozialistischen Bürgertum verankert waren. Die Mehrheit der Bevölkerung scheute sich, für die Juden Partei zu ergreifen, wenn sie nicht gar der Überzeugung war, daß deren Zurückdrängung eine gewisse Berechtigung habe. So sahen Polizeibeamte und unpolitische Bürger teilnahmslos zu, als drei Tage nach der Senatswahl jüdische Geschäftsleute öffentliche Demütigungen hinnehmen mußten und ihr Eigentum beschädigt wurde. Sie bekannten ihre Verlegenheit angesichts des offensichtlichen Unrechts, ließen es aber zu. Die Übergriffe rissen nicht mehr ab.

Unmittelbar nach der Verabschiedung des «Ermächtigungsgesetzes» vom 24. März 1933 gab Hitler die Weisung zur ersten zentral gelenkten Aktion. Mit dem Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte am 1. April 1933 sollten die Leidenschaften entfacht und damit die Voraussetzungen für gesetzliche Maßnahmen geschaffen werden. Das gelang nur zum Teil, weil Sozialdemokraten, Mitglieder der Gewerkschaften und anderer Gruppen, aber auch manche einzelne aus spontanem eigenem Antrieb versuchten, die Aktion zu unterlaufen. Sie kauften an diesem Tag bewußt in jüdischen Läden ein. Aber der Boykott war doch der erste Schritt zur Zurückdrängung der Juden aus der Gesellschaft, denn viele andere ließen sich einschüchtern, brachen ihre Beziehungen zu jüdischen Firmen und Kollegen ab.

Dann folgte eine Anzahl neuer Gesetze, durch die Schritt für Schritt die Emanzipation der Juden rückgängig gemacht

wurde. Ich nenne hier nur die Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April, die Verordnung zum Ausschluß von Juden von kassenärztlicher Tätigkeit vom 22. April, das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April, das Gesetz über die Zulassung von Steuerberatern vom 6. Mai¹. Als besonders erniedrigend empfanden es viele jüdische Mitbürger, daß ihre Entlassung oder Verdrängung in einer diskriminierenden Form erfolgte. So beklagte sich ein angesehener Hamburger Kaufmann darüber, daß ihm von den nichtjüdischen Mitgliedern eines Hilfsvereins nach langjähriger Zugehörigkeit nicht einmal ein Wort des Dankes gesagt wurde, obwohl er diesen Verein wesentlich finanziert hatte. Dieses Beispiel – es steht für viele – macht das Ausmaß der Verwüstung sichtbar, das der Antisemitismus und der Nationalsozialismus im Bewußtsein der Menschen angerichtet hatten.

Nicht minder gnadenlos wurden die Kommunisten verfolgt. Ihre Führungskader hatten kaum Zeit, sich auf die neue Lage einzustellen und Schutzmaßnahmen einzuleiten. Sie wurden zu Staatsfeinden erklärt und dementsprechend behandelt. Eine Vorstellung von der Härte und Unerbittlichkeit der Verfolgung, die auf sie zukam, besaßen die Kommunisten zunächst nicht. Sie rechneten mit einer Ausschließung aus der Bürgerschaft, den Deputationen und allen politischen Vertretungskörperschaften, aber noch im März hofften sie, auf der Straße und in den Betrieben weiter wirkungsvoll opponieren zu können. «Die faschistische Diktatur», so hieß es in einem dem Bürgerschaftspräsidenten am 8. März zugeleiteten Schreiben, «wird die Krise nicht beseitigen, keine Arbeit und kein Brot schaffen und darum durch die Bataillone des deutschen Proletariats zum Abtreten gezwungen werden.»² Das war eine falsche Vorstellung. Wenige Wochen später, als der Senat nach der Annahme des «Ermächtigungsgesetzes» Hand-

lungsvollmacht erhielt, begann die planmäßige Verfolgung, die binnen weniger Monate zur völligen Zerschlagung der Organisation bis auf wenige Widerstandskerne führte. Die Grundsatztreue und Entschlossenheit, mit der sich die Kommunisten der Zerstörung ihrer Organisation widersetzen, und die Kraft, mit der sie der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft widerstanden, verdient alle Anerkennung, zumal sie gerade im Hamburger Raum durch Verrat besonders schwere Verluste hinnehmen mußten. Für die politischen Irrtümer der KPD-Führung in der Endphase der Weimarer Republik mußten die Mitglieder mit großen Opfern bezahlen.

Zögernder gingen die Nationalsozialisten gegen die SPD vor. Sie wußten, daß sie bis in bürgerliche Schichten hinein einen starken Rückhalt in der Bevölkerung besaß. Deshalb legte es die NSDAP zunächst einmal darauf an, die Sozialdemokraten von ihren staatsparteilichen Partnern zu isolieren. Nachdem dies durch die Senatsbeteiligung der Staatspartei am 8. März gelungen war, versuchten die neuen Machthaber, einen Keil zwischen SPD und Gewerkschaften zu treiben. Durch unterschiedliche Behandlung, durch Lockungen und Drohungen gelang es, eine Reihe von Gewerkschaftsvertretern zu verwirren und ihnen vorzutäuschen, daß es Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit gebe. Dann wurde die SPD nach zahlreichen Terroraktionen gegen sie und Verhaftungen ihrer Aktivisten entscheidend getroffen, als der Senat am 29. März den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Hamburger Staates die Zugehörigkeit zu «marxistischen Parteien» verbot. Da die SPD die berufliche Existenz der Betroffenen nicht gefährden wollte, legte sie ihnen den Austritt nahe. Damit verlor sie eine große Anzahl ihrer aktivsten Mitglieder. Zwölf Abgeordnete der Bürgerschaft legten bis zum 4. April ihre Mandate nieder und verließen ihre Organisation, die ihnen nicht selten nach jahrzehntelanger Mitgliedschaft auch geistige Heimat gewesen war.

Durch das Verbot der Parteipresse, die Behinderung des Kontaktes zwischen der Berliner Parteizentrale und den Regionalorganisationen, die Erschwerung aller Aktivitäten sollte der Zusammenhalt erschüttert werden; darüber hinaus versuchten die siegreichen Nationalsozialisten, Spannungen und Gegensätze in der SPD zu erzeugen. Aber weder diese Bemühungen noch die öffentlich erhobenen Korruptionsvorwürfe gegen namhafte sozialdemokratische Politiker führten zum Ziel. Die Mitglieder vertrauten ihren gewählten Repräsentanten und ließen sich nicht täuschen.

Schon im März erkannten viele Sozialdemokraten, daß ihr Vertrauen in den mäßigen Einfluß der bürgerlichen Mitglieder des Senats trog. Diese hatten sich unterworfen oder waren beiseitegedrängt worden. Niemand konnte sich mehr der Erkenntnis verschließen, daß die Hitlerpartei unterschätzt worden war. Damit stellte sich für die SPD die Frage, ob das Ausharren in einer aussichtslosen Lage noch zu verantworten oder ob nicht offener Widerstand geboten sei. Dieser Gedanke wurde verworfen. Die Mehrheit der Sozialdemokraten ließ sich noch immer von der Erwägung leiten, daß sie den Nationalsozialisten keinen Vorwand zum gewaltsamen Vorgehen liefern dürften. Die neuen Machthaber würden – so glaubten sie – mit den außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht fertig werden und daher in nicht zu ferner Zukunft völlig scheitern. Bis dahin gelte es durchzuhalten, denn im Augenblick des Zusammenbruchs der Hitlerdiktatur müsse die eigene Organisation möglichst intakt bereit stehen, um sofort handeln zu können. Widerstand erschien zudem als aussichtslos.

Im April und Mai setzte sich dann die Erkenntnis durch, daß politische Arbeit kaum noch zu leisten war, besonders nachdem am 10. Mai das Parteivermögen beschlagnahmt worden war. Als der Berliner Parteivorstand am 2. Juni seinen Sitz nach Prag verlegte, hatten die nationalsozialistischen

Staatsorgane den Vorwand gefunden, um Terroraktionen zur endgültigen Zerschlagung der SPD einzuleiten. Am 16. Juni wurden die Reichstagsabgeordneten und der Vorstand der Hamburger SPD bei einer Zusammenkunft verhaftet, bei der sie über die Lage und eventuelle Möglichkeiten zur Fortsetzung ihrer politischen Arbeit beraten hatten. Sechs Tage später, am 22. Juni, verbot der Reichsinnenminister unter Hinweis auf diese Hamburger Sitzung und die angeblichen verräterischen Beziehungen der SPD zum Ausland ihr jede weitere Betätigung. Für einen Teil der jüngeren Mitglieder, besonders der Führungsgruppen, wirkte das Ende wie eine Befreiung. Sie hatten erkannt, daß die Bewahrung der Organisation ein fragwürdiges Ziel war, wenn es allenfalls durch Stillschweigen zu Gewalttaten und Entrechtung erreicht werden konnte, wenn es keine Möglichkeit zum Protest oder auch nur zur Erklärung der Entscheidungen mehr gab und die Partei damit ins Zwielficht geriet. Die meisten Mitglieder der SPD sind ihren Grundsätzen treu geblieben, sie haben Solidarität mit Verfolgten geübt und trotz aller Verführungen Standfestigkeit bewiesen. Es gab keine Abspaltungen, keinen Verrat und kaum Überläufer.

Bis heute wird immer wieder die Frage nach Chancen und Sinn eines bewaffneten Widerstands gegen die nationalsozialistische «Machtergreifung» diskutiert und nicht selten dabei dem Vorstand der SPD im Reich und auch in Hamburg der Vorwurf gemacht, daß er die kampfschlossenen Mitglieder im Stich gelassen, ja sogar verraten habe. Helga Grebing hat nun jüngst darauf hingewiesen, daß sich die Anhänger dieser These vornehmlich auf die Zeugnisse der jungen Aktivistinnen stützen, dabei jedoch übersehen, daß die Mehrheit der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einen bewaffneten Konflikt vermeiden wollte und sich insofern in Übereinstimmung mit der Politik ihrer Führung befand. Angesichts des starken Rückhalts, den die NSDAP in den länd-

lichen Gebieten hatte, der zahlenmäßigen Stärke der SA, der Verfügungsgewalt über Polizei, Reichswehr und Technische Nothilfe war 1933 jeder bewaffnete Widerstand zum Scheitern verurteilt. Die Führungsgremien waren über die Stimmung in der Organisation gut informiert und berücksichtigten sie bei ihren Entscheidungen. Die SPD war trotz aller vor 1933 zur Schau gestellten Kampfbereitschaft der Gewaltanwendung abhold, sie stand für Recht und sozialen Ausgleich, für Demokratie und Friedenssicherung ein. Sie wäre im Fall eines bewaffneten Kampfes gegen eine verfassungsmäßig gebildete Regierung unweigerlich in eine Identitätskrise geraten.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), der große Teile der Arbeiterschaft hinter sich hatte, wurde vom nationalsozialistischen Regime zunächst umworben. Einen Ansatzpunkt für Gespräche bildete das 1932 vom ADGB verabschiedete Arbeitsbeschaffungsprogramm, der nach seinen geistigen Vätern Woytinsky, Tarnow und Baade benannte WTB-Plan. Die Regierung Hitler täuschte vor, daß sie in dieser Hinsicht gleiche Ziele verfolge und sich mithin eine Chance zur Zusammenarbeit biete. Um im Interesse der Mitglieder Einfluß- und Mitsprachemöglichkeiten zu sichern und die Organisationen zu bewahren, zeigten sich die gewerkschaftlichen Führungsgremien zu Zugeständnissen bereit. Rein äußerlich wurde das Entgegenkommen in dem Beschluß sichtbar, an den von der NSDAP arrangierten Veranstaltungen zum 1. Mai teilzunehmen. Das Kabinett Hitler hatte diesen traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung zum «Tag der nationalen Arbeit» und zum Staatsfeiertag erklärt. Der Hamburger Senat dagegen hatte in seinem Eifer, alle Spuren sozialistischer Politik in der Hansestadt zu tilgen, fatalerweise kurz vorher beschlossen, den Maifeiertag abzuschaffen. Anders als in fast allen anderen deutschen Ländern war er hier seit 1919 gesetzlich verankert gewesen.

Auch die Gewerkschaften ließen sich über die wahren Absichten der nationalsozialistischen Staatsführung täuschen. Allerdings war in ihren Reihen umstritten, wie weit der ADGB den neuen Machthabern entgegenkommen dürfe. Nachdem schon Ende März in den verschiedenen Teilen des Reichs 46 Gewerkschaftshäuser von der Polizei und SA besetzt worden waren, sprachen sich einzelne Vorstände gegen weitere Kompromißbereitschaft aus. In Hamburg setzten Vertreter des ADGB unter dem Einfluß seines Vorsitzenden, John Ehrenteit, und einer Gruppe im Vorstand die Verhandlungen mit dem Senat und der Leitung der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation jedoch fort. Allerdings zeigten sich in dieser Stadt der Arbeiterbewegung die zuständigen Organe der NSDAP und besonders Staatsrat Georg Ahrens, der Vertrauensmann des Gauleiters, taktisch zurückhaltend. Darauf ist es wohl zurückzuführen, daß Ehrenteit noch nach 1945 der Auffassung war, die Angebote des Senats und der Hamburger Gauleitung der NSDAP seien ernst gemeint gewesen und allein von Berlin durchkreuzt und vereitelt worden.

Dieses erstaunliche Vertrauen zu den neuen Machthabern trug dazu bei, daß die Hamburger Gewerkschaften auf die Katastrophe vom 2. Mai nicht vorbereitet waren. 24 Stunden nach den großen Veranstaltungen im Stadtpark und den beschwörenden Maifeierreden über die Versöhnung der Klassegegensätze besetzte die SA das Gewerkschaftshaus. Die anwesenden Gewerkschaftsführer wurden in Schutzhaft genommen, Maßnahmen zur Übernahme des ADGB durch die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation eingeleitet.

Es ist schwer verständlich, daß nach diesem brutalen Akt Gewerkschafter in Hamburg an dem Kurs der Zusammenarbeit mit der NSDAP und dem Senat weiter festhielten. Sechs von ihnen, die der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfrak-

tion angehörten, trennten sich von ihr, bildeten im Lauf des Mai eine eigene Gruppe im Parlament und hospitierten bei der NSDAP. Es half ihnen nicht viel, sie blieben noch einige Tage in der Bürgerschaft, als die SPD bereits ausgeschaltet war, aber Anfang Juli wurden auch ihnen die Mandate aberkannt. Sie hatten sich vorübergehend als nützlich erwiesen und konnten nun gehen, da sie niemand mehr brauchte.

Wenn wir diese Entwicklung zu bewerten versuchen, dann ergibt sich nach dem bislang vorliegenden Material folgender Befund: Die kompromißbereite Gruppe im Hamburger ADGB war nicht repräsentativ für die Gewerkschaften insgesamt. Es gab auch in Hamburg engagierte Gewerkschafter, die jede Zusammenarbeit mit nationalsozialistischen Stellen ablehnten und lieber Benachteiligung und Verfolgung auf sich nahmen, als sich anzupassen, schon gar nach dem 2. Mai. Die sechs Gewerkschafter, die sich für den Versuch eines Arrangements mit den neuen Machthabern entschieden (Ehrenteit, Schotte, Amlung, Hass, Petersen und Ehlers), glaubten an die Versprechungen der nationalsozialistischen Verhandlungsführer, waren sogar der Meinung, in Hamburg werde sich die Entwicklung sachlicher und weniger radikal vollziehen als in anderen Teilen des Reichs und es werde für sie eine Möglichkeit geben, unter völlig veränderten Bedingungen und unter fremder Flagge weiterhin Arbeitnehmerpolitik zu betreiben, zumal sie auf ihre langjährige Erfahrung vertrauen zu können meinten, aufgrund derer sie sich den NS-Funktionären überlegen fühlten.

Das war ein folgenschwerer Irrtum. Dennoch sollten wir nicht vorschnell unterstellen, diese Männer – sicherlich nicht gerade charakterstark und ohne Zweifel leicht beeinflussbar – hätten sich nur von persönlichen Beweggründen bestimmen lassen. Noch heute wird deutlich, daß es Mitglieder gab, die sie stützten und ihnen vertrauten. Wir stehen hier vor dem schweren Problem des Verhaltens der Arbeiterschaft in der

Anfangsphase des Dritten Reichs. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erlag nicht den Verlockungen der Nationalsozialisten, blieb allen Versprechungen gegenüber reserviert, behielt ihre nüchterne Einstellung und ihren klaren Blick, ließ sich nicht mitreißen wie etwa die Mehrheit der Intellektuellen. Gleichwohl waren viele und namentlich die älteren Arbeitnehmer und Familienväter durch jahrelange Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder die ständige Sorge um den Arbeitsplatz zermürbt, so daß sie die Zerschlagung der Gewerkschaften mit einer gewissen Resignation hinnahmen. Auch Arbeiter gaben vorübergehend ein Stück Freiheit für einen Zugewinn an sozialer Sicherheit preis. Angesichts der beispiellosen Wirtschaftsmisere wollten die einen ihren Arbeitsplatz nicht gefährden, die anderen auf die Chance nicht verzichten, wieder einen zu finden. Nur wenn man sich das ganze Ausmaß der materiellen und seelischen Not der Arbeiterschaft vor Augen hält – insbesondere in der Sorge um die Familien und die zumeist unterernährten Kinder – wird sich das Verhalten der gewerkschaftlich Organisierten gerecht und vorurteilslos bewerten lassen. Bereitschaft zum Widerstand war nur teilweise vorhanden, das mußten auch kommunistische Funktionäre im Blick auf ihre Anhänger in den Betrieben eingestehen.

So verständlich die Resignation und Erschöpfung der Gewerkschafter und ihrer Führer auch immer waren, die rasche und relativ widerstandslose Beseitigung dieser größten Massenorganisation hatte eine folgenschwere Außenwirkung. Kleine liberale Gruppen und Kreise, jüdische und kirchliche Vereine und Verbände, die sich nicht zur «Gleichschaltung» bereit fanden und ihr – gedeckt durch die millionenstarke Arbeiterbewegung – zu entgehen hofften, stellten den Widerstand ein und lösten ihre Organisationen auf. Manche von ihnen ließen sich vom NS-Regime nicht verführen, aber ihnen fiel die gesellschaftliche Verweigerung im Chor der Be-

geisterten und Angepaßten besonders schwer, weil sie nun nahezu allein standen.

Die durch Verfolgung, Zwang, falsche Versprechungen und viele andere Mittel erreichte Beseitigung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften verfehlte den Eindruck auf die bürgerlichen liberalen und nationalen Parteien nicht. Sie zeigten zum Teil nicht mehr den geringsten Selbstbehauptungswillen. Am raschesten paßte sich in Hamburg die Deutsche Volkspartei den veränderten Verhältnissen an. Ihr Repräsentant, der Zweite Bürgermeister Wilhelm Amsinck Burchard-Motz, erklärte schon am 1. April 1933 bei einer traditionellen Bismarck-Gedächtnisfeier, daß seine Partei ihre Aufgabe, die nationale Wiedergeburt zu erstreiten, erfüllt habe. Er forderte die Mitglieder auf, sich der NSDAP anzuschließen, was durch eine Absprache mit der Gauleitung erleichtert wurde. Ein großer Teil der Mitglieder vollzog diesen Übertritt, ein kleinerer unter der Führung des ehemaligen Senators Paul de Chapeaurouge lehnte ab und verweigerte sich.

Die Staatspartei, deren jüngere Mitglieder sich teilweise anpaßten, weil sie als Beamte oder Angestellte ihre Laufbahn nicht gefährden wollten, erkannte in ihren Führungsgremien sehr bald, daß Zugeständnisse unwürdig seien und keinerlei Sinn hätten. Als die maßgebenden Politiker der Staatspartei feststellten, daß ihre Senatsbeteiligung sie nicht vor Angriffen und Diffamierungen wegen des Umstands schützte, daß sie so lange loyal mit der Sozialdemokratie zusammengearbeitet hatten, unternahmen sie keine weiteren Annäherungsversuche, sondern lösten die Organisation schließlich selbst auf, nachdem der Druck auf sie im April und Mai ständig gewachsen war. Gerade in den Reihen der Staatspartei gab es zahlreiche Mitglieder, die ihre liberale Überzeugung niemals preisgaben und sich in keiner Weise eingliedern ließen.

Überraschend hartnäckig widersetzten sich die Deutschnationalen der «Gleichschaltung». Sie wollten sich nicht damit

abfinden, daß ihr Kampf gegen die parlamentarische Demokratie und die sie tragenden Parteien keine Anerkennung fand. Um ihr Gewicht gegen die Nationalsozialisten wirkungsvoller zur Geltung zu bringen, schlossen sie sich noch vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 mit dem Stahlhelm zur «Kampffront Schwarz-Weiß-Rot» zusammen, die dann am 3. Mai noch einmal als «Deutschnationale Front» neu firmierte. Die Führungsgremien wollten damit zum Ausdruck bringen, daß der «Parteienstaat überholt» sei, sie durch die Umformung der Organisation der Zukunft gerecht werden und so weiterwirken wollten.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Carl Gottfried Gok, Direktor bei Blohm und Voß, vertrat die Position seiner Partei besonders nachdrücklich. Die «Deutschnationale Front» müsse die NSDAP vor dem Abgleiten in den Sozialismus bewahren. «Wir Deutschnationalen», so erklärte er, «lassen uns in der Ehrlichkeit unseres sozialen Willens von niemandem übertreffen. Sozialistische Bestrebungen aber im Sinn etwa der Durchführung einer staatlichen Bedarfsdeckungswirtschaft im Gegensatz zu der von den Sozialisten als kapitalistisch verschrienen Rentabilitätswirtschaft lehnen wir ab. Ohne Rente gibt es überhaupt keine Wirtschaft, und ein Volk ohne Wirtschaft muß verhungern.» Zum Schluß grenzte er sich entschieden gegen die Methoden und den Alleinherrschaftsanspruch der NSDAP ab. «Heute kommt es auf Einigkeit, nicht auf eine gewaltsam, durch Terror und Parteizwang hergestellte, mechanische Einheit an.»³ Diese offene Sprache, die Ende Mai 1933 nur noch selten zu hören war, verdroß die Gauleitung und den Senat besonders.

Beide gaben daher den Deutschnationalen unmißverständlich zu verstehen, daß auch ihre Organisation und ihre Interessen nicht unantastbar seien. Die Partei wurde trotz ihres Anspruchs, Vorkämpferin des nationalen Gedankens zu sein, zur Aufgabe gezwungen, der Stahlhelm als Reserve in die SA

eingegliedert. Das gelang den Nationalsozialisten vornehmlich aus zwei Gründen. Zum einen ließen sich zahlreiche Mitglieder der DNVP zur NSDAP herüberziehen, weil sie partielle Übereinstimmung feststellten, wie etwa Senator Karl Witt, der als Antisemit schon lange mit den Nationalsozialisten sympathisiert hatte. Zum anderen erwies sich ein Faktor als noch gravierender, der generell für viele bürgerliche Bundesgenossen und Sympathisanten der NSDAP galt. Sie hatten jahrelang die Weimarer Republik bekämpft, die Politik der Regierungen in Reich und Ländern in Bausch und Bogen verdammt, aber nur Agitation und keine Alternativen geboten. Nun, da sie mit Hitlers Hilfe in die Regierungsverantwortung gekommen waren, begannen sie endlich, über die Perspektiven ihrer Politik nachzudenken. Am 11. April 1933 gelangte der Stahlhelm in Hamburg zu der Einsicht, daß es eine dringende Aufgabe sei, «die Belange der Wirtschaft gesetzmäßig und praktisch zu gestalten und sie dem neuen Geiste anzupassen»⁴. Zu diesem Zweck sollte ein Beraterkreis gebildet werden, um entsprechende Vorschläge zu erarbeiten. Das war typisch für die konservativen Bundesgenossen Hitlers. Wenn sie ein Problem erkannten und anpackten, hatten die Nationalsozialisten bereits gehandelt oder zumindest Maßnahmen eingeleitet. Die Deutschnationalen kamen regelmäßig zu spät, verloren auf diese Weise den Anschluß, damit sehr schnell ihren Einfluß und konnten deshalb ohne Mühe ausgeschaltet werden, wenn sie sich nicht vorbehaltlos einfügten.

Immerhin darf nicht übersehen werden, daß zahlreiche Deutschnationale weiter in Ämtern und einflußreichen Stellungen blieben, weil die Nationalsozialisten auf ihre Mitarbeit nicht verzichten konnten, ihnen auch die nationale Gesinnung nicht abzusprechen war. Sie halfen nicht selten, das Los Verfolgter zu erleichtern, und leisteten manchem Juden und Sozialdemokraten im Stillen Beistand. Einige von ihnen

haben den Kampf der Bekennenden Kirche gegen das nationalsozialistische Regime mitgetragen und deshalb Zurücksetzungen in Kauf genommen. Sie waren keine Demokraten, machten auch aus der Tatsache kein Hehl, daß sie die Republik bekämpft hatten. Aber sie waren Gegner der Willkür und Rechtlosigkeit, und aus diesem Grund traten sie oft für Menschen ein, die der Staat seines Schutzes beraubte, die er bedrohte und verfolgte.

Zur Widerlegung der noch immer vertretenen These, das Ausmaß des Terrors und der Rechtsunsicherheit nach dem 30. Januar 1933 werde übertrieben, lassen sich nicht nur die Zeugnisse verfolgter Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten und Pazifisten beibringen, sondern auch Belege aus dem Lager der bürgerlichen Rechten. Deutschland war keine Insel der Ruhe und Sicherheit geworden. Die Gewalt geschah nur nicht mehr auf der Straße, sondern in den Haftanstalten und Konzentrationslagern. Eine Hamburger Bürgerin, die Hitler gewählt, die Neubildung des Senats im März 1933 und den Tag von Potsdam begrüßt hatte, notierte schon vier Monate später beklommen in ihr Tagebuch: «Die politischen Morde [auf den Straßen] haben ziemlich aufgehört, an ihre Stelle ist eine Selbstmordepidemie getreten aus politischen Gründen.»⁵ Diese Tatsache ist seinerzeit kaum wahrgenommen worden, weil die meisten Menschen mit sich und ihren Problemen beschäftigt waren.

Die «Gleichschaltung» machte bei den staatlichen Institutionen, bei den Parteien und Berufsverbänden nicht halt, sondern griff auf alle anderen Organisationen über. Die Menschen sollten erfaßt, für das Regime verfügbar gemacht werden. Deshalb durfte es keinen Zusammenschluß mehr geben, in dessen Vorstand nicht Nationalsozialisten saßen, die dann die ihnen erteilten Direktiven durchzusetzen und die Mitglieder politisch auszurichten versuchten.

In den einflußreichen Verbänden der Wirtschaft und des

Mittelstandes, der Presse und des kulturellen Lebens wurden Staatskommissare eingesetzt, die die Neubildung der Vorstände überwachten, die Ausschließung von Juden und anderen politisch unerwünschten Mitgliedern erzwangen und zum Teil auch Änderungen der Satzungen und Statuten durchführen ließen. Dabei wirkten in aller Regel nationalsozialistische Mitglieder mit, die den Gleichschaltungsbestrebungen erst Nachdruck gaben. Der Massenanhang der NSDAP kämpfte aus den unterschiedlichsten Motiven heraus um Einfluß, vielfach übte er sogar ohne besonderen Auftrag massiven Terror aus.

Da waren die Begeisterten, die meinten, die ihnen am Herzen liegenden Interessen müßten endlich mit dem nötigen Nachdruck vertreten werden. Den bisherigen Vorständen der Kammern, Verbände und Vereine sprachen sie die Fähigkeit ab, die aktuellen Probleme zu meistern, weil sie überaltert, zu vorsichtig oder zu liberal und unpolitisch seien. Überzeugt davon, daß mit ihnen bahnbrechend Neues beginne, verdrängten sie bedenkenlos die bisherigen Leitungsgremien und begannen voll Eifer, erst einmal alles zu verändern, ohne viel nach dem Sinn des Tuns zu fragen.

In der Handelskammer, in der die wirtschaftlich einflußreichen Kreise der Stadt den Ausschlag gaben, bereitete die «Gleichschaltung» gewisse Schwierigkeiten, weil Nationalsozialisten in ihr schwach vertreten waren. Die Handelsherren, Bankiers und Betriebsinhaber konnten warten, bis die Partei Hitlers zu ihnen kam. Sie hatten es nicht nötig, sich anzubiedern. Hier drängten vor allem junge Mitglieder nach vorn, die endlich mitbestimmen und sich von den Senioren nicht immer schulmeistern lassen wollten.

In der Detaillistenkammer und den Mittelstandsvereinigungen gab es genügend Nationalsozialisten, so daß die Umstellung ohne Probleme vonstatten gehen konnte. Aus diesem Bereich kamen die vielen Parteimitglieder, die stürmisch in

Führungspositionen drängten, weil sie sich durch die Oberschicht von jeder politischen Mitsprache ausgeschlossen gefühlt hatten. Mit dem Nationalsozialismus rückten Angehörige derjenigen Bevölkerungsgruppen nach vorn, die in den bürgerlichen Parteien und Organisationen das Gros der Mitglieder gestellt, dort aber zumeist nichts zu sagen und noch weniger zu bestimmen gehabt hatten. Diese sozialen Aufsteiger drängten sich besonders radikal nach vorn, sie setzten, wenn sie ein Amt erhielten, ihre neu gewonnene Macht rücksichtslos ein. Ordnungen und Statuten behinderten sie in ihrem Drang nach Einfluß ebensowenig wie Recht und Anstand. Die Nationalsozialisten aus dieser unteren Mittelschicht kämpften hemmungslos um Positionen in den Verbänden, suchten in den neuen Zwangsorganisationen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Funktionen zu erlangen. An sie dachten alle diejenigen, die 1933 in Hamburg hinter vorgehaltener Hand zu berichten wußten, die Abkürzung NSDAP heiße aufgelöst in Wirklichkeit: Na, Suchst Du Auch (ein) Pöstchen.

Ihr Kreis wurde durch die große Zahl jener wenig erfreulichen Zeitgenossen erweitert, die nach dem 30. Januar 1933 plötzlich ihre «nationale» Vergangenheit entdeckten, sich opportunistisch anpaßten und oft noch gesinnungstüchtiger gaben als manche alten Nationalsozialisten. Die bereits erwähnte Hamburger Lehrerin empörte sich schon Ende März in ihrem Tagebuch über «Chamäleons» im Fichte-Bund und in der Redaktion einer angesehenen Zeitung, die sich vor Eifer und Begeisterung nicht mehr lassen könnten und «hitlerischer als Hitler» selbst seien⁶.

In diesem Zusammenhang ist zu konstatieren, daß sich in den Verbänden sehr oft gerade diejenigen als besonders eifertige Helfer bei der «Gleichschaltung» erwiesen, die bis 1933 Distanz zum Nationalsozialismus gehalten oder sogar im anderen Lager gestanden hatten. Sie glaubten, sich vom Makel

der politischen Unzuverlässigkeit durch rasche Anpassung und betonte Gesinnungstüchtigkeit reinigen zu können, und merkten dabei nicht, daß sie durch dieses Verhalten besonders erpreßbar wurden. Bei einer Ministerbesprechung in Berlin wurde den Landesregierungen im Sommer 1933 ausdrücklich eingeschärft, daß größere Zuverlässigkeit von denen zu erwarten sei, die ihre Überzeugung nicht im Fluge gewechselt hätten.

Mit der Standfestigkeit und Charakterstärke der Verbandsfunktionäre und «Wirtschaftsführer» war es in dieser Zeit nicht zum Besten bestellt. Jahrelang vertretene Grundsätze – auch über ökonomische Probleme und Methoden – gerieten überraschend schnell in Vergessenheit. Die brutalen Methoden der «Gleichschaltung» und der Terror gegen politische Gegner hatten so beeindruckt, daß viele Organisationen mit dem Ausschluß der jüdischen Mitglieder schon begannen, bevor es von ihnen verlangt wurde. Sie bildeten Vorstände um, führten das «Führerprinzip» ein, änderten Satzungen und forderten staatliche Maßnahmen zur Wirtschaftslenkung, die sie früher als «marxistisch» bekämpft hatten. Am 12. Juli 1933 übte Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt, der das Ressort gerade von Alfred Hugenberg übernommen hatte, harte Kritik an den systemwidrigen Eingriffen in die Wirtschaft. Auch im Blick auf Hamburger Wirtschaftskreise stellte er fest, «daß, wie immer, das Bürgertum sich auch dieses Mal wieder derartig schlapp gezeigt habe, daß es . . . nur des leisesten Druckes völlig unberufener Kreise bedurft hätte, um die wichtigsten Positionen auf der ganzen Linie geräumt zu sehen»⁷. Ähnliche Klagen wurden wiederholt laut. Eine Folge der «Gleichschaltung» wurde sichtbar: Der einzelne wußte nicht mehr, ob er bei organisierten Gruppen Rückhalt fand, und ohne diesen wagte er nicht, den massiven Parteinteressen entgegenzutreten.

Zu dieser Nachgiebigkeit trug nicht zuletzt die Ratlosigkeit

der Verbandsfunktionäre, Wirtschaftsführer, Experten, Intellektuellen und schließlich auch der kirchlichen Amtsstellen bei. Museumsdirektoren, Vorsitzende von Journalistenvereinigungen und Universitätslehrer fragten sich, ob sie vielleicht doch jahrelang den entscheidenden Fragen der Zeit ausgewichen seien, ob sich ein zu großer Graben zwischen Theorie und Praxis geöffnet, dem geistigen Schaffen die erforderliche gesellschaftliche Relevanz gefehlt habe. Sie widersetzten sich deshalb nicht, als die Studenten das Schrifttum, das ihnen als belanglos, unzeitgemäß und dem geistigen «Aufbruch» hinderlich erschien, aus den Bibliotheken entfernten und als «undeutsch» ins Feuer warfen. Einmal verunsichert, nahmen die Hüter der Wissenschaft hin, daß die Hamburger Studentenschaft in einem Aufruf zum 1. Mai 1933 ankündigte, die Umwälzung werde auch die Universität nicht verschonen. Die nationalsozialistische Revolution, so hieß es in der Verlautbarung, «hält nicht an vor der durch Objektivität getarneten Wissenschaft! Die Objektivität ist Mißbrauch der Wissenschaftlichkeit zu staatsfeindlichen Zwecken! Diese Objektivität ist der letzte Schlupfwinkel für Liberalismus und Reaktion! Gefallen ist die liberale Fiktion der Gleichheit vor dem Gesetz und der Unabhängigkeit des Richtertums! Fallen muß und wird die gegenrevolutionäre Forderung der Autonomie der Hochschule, damit der Boden für die nationalsozialistische Universität Hamburg bereitet werden kann!»⁸

Auch in der evangelischen Kirche entstanden Zweifel an der Richtigkeit des bisher beschrittenen Weges. Sie geriet dadurch in eine gefährliche Krise. Viele Geistliche und Synodale waren national geprägt und jubelten Hitler zu: Sie sahen, daß sie der sozialen Frage ausgewichen, daß ihre Leitungsgremien oft überaltert und daß sie deshalb zur Anpassung an neue Entwicklungen zu wenig bereit gewesen waren. Diese evangelischen Christen begrüßten die Chance zur Erneuerung der Kirche. Sie meinten, die Gelegenheit zur Um-

gestaltung des eigenen Hauses nutzen zu können, dies um so mehr, als sich ja die kirchlichen Gegner Hitlers jeder Neuerung verschlossen, die Amtsautorität herauskehrten und den Gläubigen die Mündigkeit absprachen. Gleichwohl konnten aber auch die Befürworter einer Reform nicht übersehen, daß die Kirche in den Dienst der Politik gestellt werden sollte, daß Gläubige verfolgt, die Gebote der Nächstenliebe verletzt und zentrale kirchliche Positionen in Frage gestellt wurden. Geistliche und Laien, die diesen Zwiespalt empfanden und unter ihm litten, entschieden sich so, wie es Menschen in solcher Lage oft tun: Sie blieben untätig und warteten ab.

Erst wenn wir uns das ganze Ausmaß der Begeisterung, des Entgegenkommens, der Teilidentifizierung mit dem neuen Regime, der Täuschung und endlich auch der Einschüchterung vor Augen halten, wird bewußt, welche außerordentliche Kraft dazu gehörte, sich nicht «gleichschalten» und geistig ausrichten zu lassen. Wer sich diesem Prozeß widersetzte, war allein auf sich gestellt, hatte täglichen Anfechtungen und Bedrängnissen zu widerstehen. Schon Anfang September 1933 wurde der mehrmals zitierten Hamburger Lehrerin bei einem konkreten Anlaß bewußt, welches Ziel mit der «Gleichschaltung» der Gesellschaft verfolgt wurde. Sie schrieb: «Zum ersten Mal habe ich das Gefühl, daß der Einzelmensch nichts mehr gilt ... daß der Staat alles erfaßt, kleine Kinder, junge Mädchen, das Familienleben.»⁹ Sie wehrte sich dagegen, sah sich aber hilflos dem Regime ausgeliefert, weil es den «bürgerlichen Tod» bedeutet hätte, keiner Organisation anzugehören. Außerhalb der Arbeiterschaft in den Großbetrieben gab es in Deutschland nur wenig Solidarität, unter diesen Bedingungen war Abseitsstehen schwer und belastend.

Daß es dennoch viele wagten, sich gesellschaftlich zu verweigern, mit dem geringsten Maß an Zugeständnissen auszukommen, ihre Eigenständigkeit trotz der Mitgliedschaft in

den «gleichgeschalteten» Verbänden zu behaupten und den Geist der Menschlichkeit zu bewahren, ist von ausschlaggebender Bedeutung für den Neuaufbau unserer politischen Ordnung nach dem Ende des Dritten Reiches geworden. Dieser gesellschaftlichen Verweigerung, von der ich zweifle, ob sie dem Bereich des Widerstands zugeordnet werden darf, sollte mehr Beachtung geschenkt werden. Das christliche, liberale und humane Erbe ist auch in Teilen des Bürgertums während des Dritten Reiches nicht völlig verschüttet worden.

Anmerkungen

1) Vom 1. April bis zum 31. Dezember 1933 schränkte die Reichsregierung durch 55 Gesetze und Verordnungen das Existenzrecht der Juden ein. Reich, Länder, Gemeinden und öffentliche Körperschaften insgesamt leiteten in der Zeit vom 30. Januar bis zum Jahresende 1933 durch 316 Gesetze, Verordnungen und Anweisungen den Abbau der Gleichberechtigung der deutschen und in Deutschland lebenden Juden ein. Der übrigen Bevölkerung ist das Ausmaß der Aussonderung der Juden aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens in dieser frühen Zeit kaum bewußt geworden. Vgl. Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung.* Heidelberg, Karlsruhe 1981, S. 3 ff.

2) *Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933.* Hrsg. von Henning Timpke. 2. Aufl. Hamburg 1983, S. 96.

3) *Hamburgischer Correspondent* Nr. 239, 24. 4. 1933.

4) Brief des 2. Gauführers des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Gau Hamburg vom 11. 4. 1933. Privatbesitz.

5) Luise Solmitz, *Tagebücher* 15. 2. 1933. Archiv der Forschungsstelle: 11 – S 11.

6) Luise Solmitz, *Tagebücher* 29. 3. 1933, ebda.

7) Bericht der Vertretung Hamburgs beim Reich, 14. 7. 1933, Staatsarchiv Hamburg: SKRAA II, III A 1 a 1, Bd. 3.

8) Aufruf an die Studentenschaft der Hamburgischen Universität. Archiv der Forschungsstelle: 376 – 538, abgedruckt bei: Ursula Büttner/Werner Jochmann, *Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich.* Hamburg 1983 (Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung), S. 193.

9) Luise Solmitz, *Tagebücher* 5. 9. 1933. Archiv der Forschungsstelle: 11 – S 11

JOHN GRENVILLE

Die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland aus der Sicht der europäischen Nachbarstaaten

Es ist schon so lange her – ein halbes Jahrhundert ist vergangen –, man fragt sich, ob die dreißiger Jahre, von heute aus gesehen, für die Mehrheit der Bevölkerung so weit entfernt sind wie das Zeitalter Barbarossas? Ist es noch möglich, zu erfassen, was damals geschah? Und ist es überhaupt nötig?

Die Geschichte kann unterschiedlichen Zwecken dienen: Man kann sich bemühen, wissenschaftlich die Vergangenheit zu erforschen, oder man kann die Geschichte benutzen, um politische Schlußfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung braucht sich heute keine Vorwürfe wegen einer Zeit zu machen, in der sie noch nicht am Leben oder zu jung war, um Verantwortung zu tragen. Doch soll man aus Respekt für Millionen Tote aus der Geschichte gerade des Dritten Reichs keine politischen Waffen schmieden.

Noch immer fehlt es an genügend lebendigen Darstellungen über diese Periode. Es gibt zu viele Schulbücher in der Bundesrepublik, in denen das Geschehen wenig anschaulich behandelt wird. Überwiegend trockene Tatsachen, Statistiken, Auszüge aus Dokumenten, in Kästchen gedruckt, und einige schon bekannte Bilder füllen ihre Seiten. Oft wird uns gesagt, es gebe eben keine Erklärung: Das Wort «Wahnsinn» taucht auf. Die Wissenschaft vermittelt eine andere Erkenntnis. In einer Fülle von ausgezeichneten Monographien sind verschiedene Aspekte des Nationalsozialismus erforscht worden. Lebendig geschriebene Gesamtüberblicke, die der Forschung der letzten fünfzehn Jahre gerecht werden, sind

dagegen nicht so leicht zu erhalten. Die Unklarheit wird durch Theorienstreit weiter vergrößert. Mit der Behauptung, daß die deutsche Bevölkerung ohne Unterschied in Panik den Nationalsozialisten zugelaufen sei, kommt man nicht mehr zurecht. Es müßte doch klar sein: Auch heute läßt sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen, wie Menschen denken und handeln. Wenn wir Hitlers Macht verstehen wollen, wenn wir die zerstörende Gewalt eines zu diesem Zweck zwischen 1933 und 1945 von den nationalsozialistischen Verbrechern organisierten Deutschlands begreifen möchten, müssen wir auch über die Grenzen hinausschauen und so jene Zeit in europäischer und Welterperspektive sehen.¹

Wir müssen uns fragen, warum in anderen Ländern, wie zum Beispiel in England, die verbrecherische, mörderische Entwicklung nicht stattfand. Waren die Probleme außerhalb Deutschlands gleich, die Menschen vielleicht klüger oder moralischer? Eine wichtige Folge des Nationalsozialismus in Europa und der Welt war, daß ein neues Vorbild entstand, das auch außerhalb Deutschlands korrumpierend wirken konnte. Wie war im Ausland die Reaktion auf den Sieg Hitlers und der NSDAP? Inwieweit und seit wann wurde der wirkliche Charakter des Nationalsozialismus erkannt? Dieser Beitrag beschränkt sich hauptsächlich auf Beispiele aus England, da es nicht möglich ist, die Fragen sinnvoll für alle Teile der Welt auf wenigen Seiten zu behandeln.

Wir wissen heute, was der schicksalhafte Tag, der 30. Januar 1933, bedeutete. Aber wenn man zum Beispiel die aktuellen Berichte in den englischen Zeitungen liest oder sich die Wochenschaun ansieht, wie es Millionen Engländer damals schon taten, erscheint Hitlers Ernennung zum Reichskanzler als kein so erschütterndes Ereignis für die Welt. Das Deutschland von 1933 war – im großen und ganzen – noch abgerüstet. Man erwartete von ihm in England keine akute Bedrohung des Friedens. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs hatten sich

die Politiker und die Öffentlichkeit daran gewöhnt, daß immer neue Krisen in dem einen oder anderen Teil des europäischen Kontinents ausbrachen. Die weltweite schwere Wirtschaftsdepression verschärfte die politischen Probleme, so daß sich auch England 1931 in einer kurzen Phase der Unsicherheit befand. Die Krisen entwickelten sich in den einzelnen Ländern zu verschiedenen Zeiten, aber dann stabilisierte sich die Lage wieder. In Deutschland wechselten die Regierungen nach dem Sturz Brüning in rascher Folge, also fragten sich Ausländer anfangs häufig, ob sich das Kabinett Hitler länger halten werde als die vorhergegangenen, ob nicht auch der neue Reichskanzler nur einer in einer Reihe vorübergehend erfolgreicher Parteiführer sei. Autoritäre Regierungen oder Diktaturen waren ja keine Neuigkeit um 1933. Im Osten und Süden Europas herrschten sie vor.

Autoritäre Regierungen hatten sich in den zwanziger Jahren in den Ländern an der Grenze der Sowjetunion gebildet, um die Gefahr des Kommunismus und der Revolution abzuwehren. Im Süden kamen Primo de Rivera in Spanien und Salazar in Portugal an die Macht. Das Vorbild der autoritären Regierungen und der Diktatoren war nicht Deutschland, sondern Italien. Der bei weitem wichtigste Diktator der Zeit war Benito Mussolini, der schon elf Jahre vor Hitler an die Macht gekommen war. Alle diese Regierungen behaupteten, ihre Länder vor der roten Revolution zu bewahren. Sie griffen Institutionen wie die Kirche nicht an, auch nicht das Privateigentum. Scheinbar waren sie ein Bollwerk für Recht und Ordnung, unter der Oberfläche aber lag die Korruption; an die Stelle von Klassenkampf setzten sie «Klassenharmonie» und «Volksgemeinschaft», aber in Wirklichkeit mußten die Arbeiter einen untergeordneten Platz zwangsweise einnehmen.

In Europa herrschte in den zwanziger Jahren der Friede, und trotz seines extremen Nationalismus schien Mussolini

ihn eher zu befestigen als zu bedrohen. Er schickte seine Soldaten gegen schlecht bewaffnete Libyer in den Krieg, doch das waren Aktionen im Rahmen einer imperialistischen Politik, für die die Briten mit dem Blick auf Indien und die Franzosen in Hinsicht auf ihr Kolonialreich ein gewisses Verständnis aufbrachten. In England betrachtete man Mussolini immer noch als den Verbündeten des Ersten Weltkriegs und als einen Politiker von Weltrang. Unter den Konservativen waren viele von ihm beeindruckt. Winston Churchill zum Beispiel bemerkte einmal, wenn er selbst ein Italiener wäre, würde er auch Mussolini unterstützen. Allerdings, und das wird nicht so oft erwähnt, fügte er hinzu, daß die Diktatur keine Lösung für sein Land sei: Engländer, so meinte er, würden ihre Freiheit niemals einem Diktator opfern.² Bei Churchill spielte ein weit verbreitetes Vorurteil eine Rolle, daß gleich jenseits des Kanals die Hottentotten hausten – eine Vorstellung, die England in der Krise von 1940 zugute kam, nachdem der Verbündete Frankreich besiegt worden war.

Es gab natürlich auch konservative Kreise, die mit der Diktatur sympathisierten, weil sie in der Krise der dreißiger Jahre eine Störung von seiten der Arbeiter befürchteten. Die Mehrheit der Konservativen aber, die mit Teilen der Liberalen und der Labour Party die Koalitionsregierung des «National Government» trugen, verfolgten eine vernünftige, wenn auch vielleicht allzu zaghaft-orthodoxe Politik, um die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsnöte zu überwinden. Das schien die wichtigste Aufgabe zu sein. Trotz aller Spannungen wollte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aller Nationen sich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in keinen Krieg verwickeln lassen. Die Menschenrechtsverletzungen in Deutschland riefen zwar Abscheu hervor, aber sie galten als innere Angelegenheit dieses Staates. Das wichtigste Anliegen war die Erhaltung des Friedens.

Wenn man sich in die dreißiger Jahre zurückversetzt, muß

man bedenken, daß die Leiden des Ersten Weltkriegs noch sehr frisch in der Erinnerung der Bevölkerung lebten. Seit beinahe einem halben Jahrhundert sind heute Kriege nur weit von Europa entfernt geführt worden. Aber es waren nicht einmal fünfzehn Jahre, die Hitlers «Machtergreifung» vom Ersten Weltkrieg trennten. Es gab kaum eine Familie, die nicht noch um Gefallene trauerte. Auf den Straßen waren wie nach 1945 Schwerkriegsbeschädigte zu sehen.

Gerade deshalb fiel es ausländischen Beobachtern, Diplomaten und Zeitungskorrespondenten besonders auf, wie stark in Deutschland Nationalismus und Militarismus zu spüren waren. Dort vergötterte man ja beinahe den senilen Feldmarschall, den Reichspräsidenten von Hindenburg, der nur noch ganz kindisch von Gehorsam, Disziplin und dem heißgeliebten Vaterland reden konnte. Und dieser greise Herr, und das beunruhigte viele in höchstem Maße, war der letzte wichtige Repräsentant eines früheren Deutschlands, das noch der Zivilisation angehörte.

Neben ihm standen Hitler und seine braunen Massen. Der «Führer» versprach ein nationales Wiedererwachen, die Erstarkung des Reiches, ohne Krieg zu führen. Das begeisterte die Mehrheit der Deutschen, sogar Gegner des Nationalsozialismus und Menschen, die ein Auge zudrücken mußten, um nicht zu sehen, welche Schattenseiten Hitlers Herrschaft kennzeichneten, wie Mitmenschen dem Terror ausgesetzt wurden. Viele Deutsche wollten nicht glauben, daß Hitler wirklich über alles informiert sei, sie redeten sich ein, «wenn das der Führer wüßte», würde er die Mißstände abstellen. Es gab Gutes und Schlechtes an dem neuen Regime, und die meisten gewöhnten sich sehr schnell an die schlechten Seiten, solange sie selbst davon nicht betroffen wurden. Das galt selbstverständlich nicht für alle. Die einzelnen, die allein, aus eigenem Antrieb anders handelten, zeigten dadurch eine noch größere moralische Stärke.

Viele Ausländer, die über die Ereignisse in Deutschland nur Berichte in ihren Zeitungen lasen, konnten das vielschichtige Erscheinungsbild des Dritten Reichs nicht begreifen. Sie waren beeindruckt, wie das neue Regime energisch daranging, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und sie auch wirklich weitgehend beseitigte. Durch den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 war die Massenarbeitslosigkeit zum größten Problem der Gesellschaft geworden. Die Depression hatte sich schnell ausgebreitet. Wirtschaftliche Schwächen, die schon vorher bestanden hatten, verschärften sich und erreichten in vielen Ländern katastrophale Dimensionen. Die Krise griff immer weiter um sich und nahm bis 1933 kein Ende. Hoffnungslosigkeit ergriff diejenigen, die schon lange arbeitslos waren; es schien, als gebe es überhaupt keine Aussicht auf Beschäftigung und Erwerb mehr.

Die Wirtschaftswissenschaftler wußten keinen einstimmigen Rat zu geben. Trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten, meinten sie, werde sich alles am Ende ausbalancieren, wie nach den Gesetzen der Physik. Der geniale John Maynard Keynes widersprach und erklärte, diese Theorie sei zwar vielleicht richtig, aber niemand könne solange aushalten. In einem Vortrag fragte er 1931 verzweifelt: «Können wir einen beinahe vollständigen Zusammenbruch des Finanzsystems, auf das sich der moderne Kapitalismus stützt, verhindern?» Er äußerte seine Skepsis: «Schwere Fehler werden von denen gemacht, die Verantwortung und Macht haben, ohne daß sie die Ursachen oder die Möglichkeiten für eine Abwendung [der drohenden Finanzkatastrophe] erkennen. Man wundert sich und zweifelt.» Es hörten zu wenige auf Keynes und in Deutschland die Falschen – also die Nationalsozialisten, wie auch U. Büttner und W. Jochmann durch ihre Forschung nachgewiesen haben.³

Jede Nation suchte sich auf Kosten der anderen zu retten. Die Amerikaner erhöhten ihre Einfuhrzölle, die Engländer

förderten ebenfalls durch Schutzzölle und «imperial preferences» den Handel im Empire. Eine Weltwirtschaftskonferenz ging im Sommer 1933 ohne Ergebnis zu Ende. Für Hamburg und seinen Exporthandel wirkte sich das alles verheerend aus. Hitlers Autarkiepolitik verschlimmerte die Lage gerade für Hafenstädte, die stark vom Welthandel abhängig waren.

Im Osten dagegen hoffte Stalin, von der Krise zu profitieren. Er glaubte, die Periode des Faschismus sei die Endphase des Kapitalismus und auf sie werde die kommunistische Revolution folgen. Der Nationalsozialismus war für ihn die extremste und brutalste Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung der Massen, die nur wenige Monate dauern werde. Er hielt es deshalb für historisch nicht notwendig, dem deutschen Faschismus aktiv entgegenzutreten und sein Ende zu beschleunigen. Außerdem war Stalin viel zu sehr auf den Aufbau des Sozialismus im eigenen Land und seine außenpolitische Absicherung konzentriert, um den Vorgängen in Deutschland große Aufmerksamkeit schenken zu können. Die Sicherheit der Sowjetunion verlangte, die Zahl ihrer Feinde im kapitalistischen Lager nicht noch zu vergrößern. Deutsche Anhänger haben für Stalins verfehlte Kalkulation mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Außerhalb der Sowjetunion gab es damals viele Gutgläubige, wie zum Beispiel den Dean von Canterbury, die alles in Rußland verherrlichten. Sie wußten wenig von den katastrophalen Folgen der landwirtschaftlichen Kollektivierungspolitik und ihren vielen Menschenopfern, über das Schicksal der Kulaken oder den Terror und den «Archipel Gulag» von Zwangslagern. Im kommunistischen System Rußlands sahen sie nur ein Vorbild, einen Gegensatz zum restlichen Europa, wo politische und wirtschaftliche Zerrüttung zu herrschen schien.

Innerhalb und außerhalb Frankreichs gab es Zweifel, ob

sich die Demokratie in diesem Land noch lange halten würde. Am Anfang widerstand es der Wirtschaftskrise besser als seine Nachbarn. Aber mit dem Abgang Poincarés 1929 kam das Ende stabiler Regierungsverhältnisse. Die Regierungen wechselten etwa alle vier Monate. Im Herbst 1931 zog die Wirtschaftsdepression auch Frankreich in Mitleidenschaft. Reparationen wurden von Deutschland nicht mehr bezahlt. Die Amerikaner bestanden aber weiter auf der Zahlung der französischen Kriegsschulden. Wie in Deutschland war die Arbeiterschaft politisch durch ihre Unterstützung für den Kommunismus oder die Sozialdemokratie gespalten, und wie in Deutschland folgten viele dem Ruf Moskaus, daß Faschisten und Sozialdemokraten oder «Sozialfaschisten», wie sie genannt wurden, Zwillingenbrüder seien. Jede Partei versuchte verzweifelt, mit immer neuen Parolen die Wähler zu überzeugen.

Privat organisierte, bewaffnete Verbände der Extremisten marschierten in Paris auf den Straßen und griffen zur Gewalt mit Fahrradketten, Knüppeln und Revolvern. Zur Zeit der «Machtergreifung» in Deutschland erschütterten finanzielle Skandale die Dritte Republik. Der Betrüger Stavisky erschoss sich, und im Februar 1934 kam es in Paris zu Straßenkämpfen zwischen Faschisten und der «Garde Mobile». Die entschlossene französische Polizei rettete die Dritte Republik. Den Faschisten fehlte auch ein «Führer» mit dem Charisma eines Hitler.

In Moskau gelang es Dimitroff, der die Kommunistische Internationale leitete, Stalin endlich klarzumachen, wie verfehlt seine bisherige Politik gewesen sei. Der Aufstand der Wiener Arbeiter gegen das Dollfuß-Regime wurde zur selben Zeit blutig niedergeschlagen. Die Faschisten galten nun auch der kommunistischen Führung als größere Gefahr als die Sozialdemokraten. Das nationalsozialistische Deutschland verfiel nicht dem Chaos, wie man in Moskau gehofft hatte, son-

dern wurde immer stärker. Also entschloß sich die Komin-tern seit 1935 zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in einer Volksfront. Darauf folgte der Wahlsieg Leon Blums. Doch der Kampf auf den Straßen hielt an. Der schnelle Sieg der deutschen Wehrmacht 1940 enthüllte, welche tiefen und unüberbrückbaren Risse die französische Gesellschaft und ihre Parteien durchzogen und wie brüchig das ganze Gebäude der Dritten Republik im Inneren geworden war. Frankreich war nicht das überzeugende Beispiel einer Demokratie, auf die man in den dreißiger Jahren zählen konnte. Mit wenigen Ausnahmen waren die Demokratien überall in Europa in eine tiefe Krise geraten oder bereits zerstört.

Man fand aber eine große Hoffnung für das Weiterbestehen demokratischer Staaten in Übersee, in Amerika. Franklin Delano Roosevelt, Präsident seit 1933, flößte dem amerikanischen Volk und der liberalen Welt wieder Mut ein, an der Demokratie und dem Kapitalismus nicht zu verzweifeln. Er zeigte mit seinem «New Deal», daß man den Kapitalismus modifizieren und daß die Regierung einen positiven Einfluß ausüben könne, um den Wohlstand aller zu fördern und ganz besonders den Handel in Gang zu bringen und Arbeit zu schaffen. Sein «New Deal» versprach mehr, als erreicht wurde, aber es war eine Botschaft der Hoffnung, die im Weimarer Deutschland und auch in anderen Ländern gefehlt hatte. Roosevelt zeigte, daß Verbesserungen zu erreichen seien ohne Diktatur oder Preisgabe der persönlichen Freiheit. Er ergriff die Gelegenheit, die das Radio ihm bot, diese technische Revolution der modernen Zeit, um damit jeden in seinem Heim zu erreichen. Auch benutzte er die Wochenschauen als Propagandainstrument.

Die neuen Medien verbanden die politische Führung und ihre Wählerschaft auf eine bisher unbekannte Weise. Über das Radio übertragen und verfilmt wurden auch Hitlers und Mussolinis Reden und Kundgebungen. Man vergleiche aber

die künstlich organisierten Massenversammlungen in Italien und Deutschland, wo von den Tribünen gebrüllt wurde, mit den ruhigen und wirkungsvollen Radioübertragungen der Kamingsprache Roosevelts. Trotzdem enttäuschte das Verhalten der USA die liberalen Kräfte Europas. Die Vereinigten Staaten verfolgten weiter die Außenpolitik des Isolationismus und taten wenig, um der restlichen Welt politisch oder wirtschaftlich zu helfen. Roosevelts großartige Reden blieben bis 1940 nur Reden.

Die verschiedensten Vorbilder standen zur Wahl: der Sowjet-Kommunismus, die Diktaturen unterschiedlicher Prägung, von denen die deutsche die brutalste war, und die Demokratien, die sich auch voneinander abhoben. Großbritannien spielte unter ihnen eine besondere Rolle, denn es war trotz tiefer innenpolitischer Probleme, trotz Klassengegensätzen und Finanznöten die stabilste demokratische Großmacht Europas. Die Souveränität des Parlaments, also die Macht der gewählten Abgeordneten, wurde niemals ernstlich bedroht. Trotz Massenarbeitslosigkeit, besonders im Norden Englands, in Irland und Wales, setzten sich extreme Parteien nicht durch. Doch selbst in England zweifelten Intellektuelle wie Harold Laski an der Demokratie. Mehrere Bücher wurden in der Zeit von 1930 bis 1934 darüber veröffentlicht. War eine parlamentarische Regierung überhaupt in der Lage, die schweren Probleme zu lösen, oder redete sie nur darüber? Die Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung von 1929 bis 1931 war ebenso orthodox wie die der dann folgenden «Nationalregierung» unter Führung der Konservativen. Das britische Wahlsystem gab der liberalen Partei, die eine von Keynes inspirierte Wirtschaftspolitik zur Senkung der Arbeitslosigkeit propagierte, wenig Chancen, genügend Abgeordnete ins Unterhaus zu entsenden, um ausschlaggebend zu wirken. Lloyd George, ihr Führer, hatte zu sehr an Vertrauen eingebüßt, um starke Unterstützung für seine Partei zu gewinnen.

1931 gründete Oswald Mosley, ein Labourpolitiker mit neuen politischen Zielen, seine eigene Partei, doch als es zur Wahl von 1931 kam, versagte sie vollständig. Darauf nahm er sich Mussolini und Hitler zum Vorbild und wandelte seine Partei in die «British Union of Fascists» um. Mit ihren schwarzen Hemden, ihren Gewaltakten, den Angriffen auf die jüdische Bevölkerung ahmte sie die Nationalsozialisten nach. Ihr politisches Programm, in dessen Mittelpunkt antisemitische Forderungen und der Ruf nach der Diktatur standen, wurde Mosley und seinen Faschisten aber zum Verhängnis. Sie gewannen niemals eine große Gefolgschaft. Der Unterschied zu Deutschland, Italien und in gewissem Sinne auch zu Frankreich war groß. In England hatte keine Partei die geringste Chance, ob links oder rechts, die die demokratische Verfassung zerstören wollte. Obwohl das Elend groß war – dafür war der berühmte Hungermarsch von Jarrow ein dramatisches Symptom –, zweifelte das britische Volk nicht an der Demokratie, am Wert der persönlichen Freiheit und an der Pflicht, die Rechte auch der Minderheiten zu verteidigen. Den Kommunisten gelang es ebenfalls nicht, die Massen für sich zu gewinnen. Über Mussolini und Hitler machte sich die Mehrheit der englischen Bevölkerung eher lustig und mißtraute den Ereignissen auf dem Kontinent.

Wenn man sich die Frage stellt, welches Bild sich die Engländer in den dreißiger Jahren von Deutschland machten, muß man sich der Unterschiede und Nuancen bewußt sein und darf nicht alles verallgemeinern. Aber bei dem begrenzten Raum, der mir zur Verfügung steht, muß ich doch versuchen, dieses Bild in großen Zügen zu entwerfen. Selbstverständlich dachten die Engländer zuerst an ihre eigene Sicherheit. Sie beobachteten Deutschland unter dem Gesichtspunkt, ob Hitler Europa in einen Krieg stürzen würde. Sie fürchteten sich nicht vor Hitler und den Deutschen, das englische Selbstvertrauen war sehr groß, aber sie wollten keinen

Krieg. Viele bauten auf die Vernunft der Deutschen und sagten sich, militärische Auseinandersetzungen könnten doch auch sie nicht wollen.

Der organisierte Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland am 1. April 1933 empörte breite englische Bevölkerungsschichten. Aber diese kritische Stimmung war von kurzer Dauer. Andere Geschehnisse in der Welt lenkten ausländische Beobachter, die die Rechtsverletzungen und Ausschreitungen nur aus der Entfernung erlebten, bald wieder ab.⁴ Nach einer Übergangsperiode, anarchisch und brutal, schienen sich in Deutschland wieder geordnete Verhältnisse zu entwickeln. Englische Besucher in Berlin, Hamburg und anderen Großstädten sahen, daß die jüdischen Warenhäuser gute Geschäfte machten. Die Käufer drängten sich durch die Etagen Wertheims und Tietz' und des Modehauses Robinson in Hamburg. Es gab immer noch (bis 1935) jüdische Beamte in Hamburg, die im ersten Weltkrieg an der Front gekämpft hatten. Die anderen hatte man zwar schon im April 1933 auf Grund des «Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» entlassen, aber meistens mit einer Pension. Die Kirchen sprachen sich nicht gegen die Mißachtung der Menschenrechte aus. Der englische Besucher, der ja nicht lange im Lande verweilte, mußte schon scharfsichtig sein, um hinter die Kulissen blicken zu können. Die vielen braunen Uniformen und Hakenkreuzfahnen erweckten wohl die meiste Unruhe.

Heute ist es vielleicht schwer zu begreifen, daß Mussolinis Italien 1933 und auch noch später in der englischen Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit fand als das nationalsozialistische Deutschland. Solange Hitler die volle internationale Gleichberechtigung und die Befreiung von der «Schmach von Versailles» als seine Hauptziele verkündete, hielten viele Engländer dies für verständlich. Das Saargebiet wurde nicht mit Gewalt, sondern im Januar 1935 als Folge einer Volksabstim-

mung an Deutschland angegliedert. Als Hitler im selben Jahr im Widerspruch zum Versailler Vertrag die allgemeine Wehrpflicht proklamierte, konnten sich ausländische Beobachter damit beruhigen, daß die französische Armee noch immer weit stärker war. Als dann 1936 die Wehrmacht ganz offen in das demilitarisierte Rheinland einmarschierte – als Polizisten verkleidet waren deutsche Soldaten ja schon viel früher dort –, mußte man doch bedenken, daß es sich um einen Teil Deutschlands handelte; es hieß, das Deutsche Reich habe nur seinen eigenen Hinterhof wieder an sich gebracht.

Obwohl diese Aktionen klare Vertragsbrüche darstellten, waren sie keine ausreichenden Gründe für einen Angriff auf Deutschland, und was hätte nach einer militärischen Intervention geschehen sollen? Sollte Deutschland besetzt werden? Neville Chamberlain, damals Schatzkanzler, vertrat die Auffassung, daß England seine Abwehrkraft am besten dadurch stärke, daß es alle Energien auf die innere Konsolidierung seiner Wirtschaft konzentriere. Die Wiederaufrüstung konnte nur langsam vonstatten gehen. Wenn man realistisch bedenkt, welche Alternativen für England, die Hauptmacht, und für den französischen Verbündeten zwischen 1933 und 1937 bestanden, dann kann man die «appeasement policy», die Beschwichtigungspolitik, nicht ohne weiteres als grundfalsch verwerfen. Aus der Sicht der Zeit vor 1938, also vor der Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei, schien doch noch eine Chance zu bestehen, einen großen Krieg zu vermeiden.

Daraus, daß Deutschlands Nachbarn den Frieden wollten, darf nicht die falsche Schlußfolgerung gezogen werden, als seien sie für Hitlers Expansionspolitik verantwortlich gewesen. Das wäre ja so, als beschuldige man den Polizisten mehr als den Verbrecher, weil er Einbrüche nicht rechtzeitig verhindern konnte. Es ist eine ganz andere Art von Schuld, die

den Polizisten und den Kriminellen trifft, und sein Versagen kann den Verbrecher nicht entlasten.

Zweifellos haben Hitlers Erfolge sein Ansehen in Deutschland gestärkt. Aber das Verbrecherische war die nationalsozialistische Gewaltpolitik. Es gab in Deutschland viele, wohl die Mehrheit der Bevölkerung, die diesen Erfolgen zujubelten und sich nicht darum kümmerten, daß kleine Länder zerstört, daß Tausende zusätzlich verfolgt wurden: Juden, Pazifisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und andere Gegner des Regimes. Die meisten Deutschen waren nur etwas ängstlich, daß sie die Folgen dieser Politik durch den Ausbruch eines neuen großen Krieges womöglich am eigenen Leib zu spüren bekommen könnten. Dieser Teil der Bevölkerung muß die Verantwortung für die Untaten mit Hitler tragen. Er hätte seine Politik ja nicht durchführen können, hätte er nicht genau gewußt, daß die Mehrzahl der Deutschen ihn begeistert unterstützen werde. Bei Kriegsausbruch im September 1939 herrschte gewisse Besorgnis, aber nur einige Monate später – im Sommer 1940 – erreichte die Zustimmung nach dem Sieg über Frankreich ihren Höhepunkt. Deshalb ist es eine unredliche Verfälschung der Tatsachen, wenn die Hauptschuld auf andere abgewälzt wird, auf das Ausland, auf Chamberlain und seine Appeasementpolitik, mit der er den Frieden zu retten hoffte.

Wie alle deutschen Zeugnisse unzweideutig zeigen, gab es keine Möglichkeit, Hitlers Expansionsdrang in Europa anders als mit Gewalt einzudämmen. Diplomatische Isolierung oder ein Wirtschaftsboykott – das Gegenteil der englischen Appeasementpolitik – wären weder möglich noch wirksam gewesen. Hätte sich aber ein Präventivkrieg gegen Hitler rechtfertigen lassen? Diese Frage ist intensiveres Nachdenken wert. Bestimmt wäre es schwer gewesen, die englische Bevölkerung und vor allem die der Dominien vor 1939 von seiner Notwendigkeit zu überzeugen. Und hätten die Engländer

Krieg führen sollen wegen der NS-Verbrechen innerhalb Deutschlands? Wenn es um Krieg oder Frieden geht und man sich seine schrecklichen, unübersehbaren Folgen vor Augen führt, so ist man doch auch heute der Meinung, daß die Menschenrechte zwar in der ganzen Welt verteidigt werden müßten, aber nicht um den Preis eines großen militärischen Konflikts. Also darf man nicht so unbedacht die Politik der demokratischen Gegner Hitlerdeutschlands als kurzfristig verurteilen.

Die Mehrzahl der Engländer war bereit, über berechnete und vernünftige Forderungen mit Deutschland zu verhandeln. Die ersten Aggressoren waren nicht die Nationalsozialisten, sondern – schon 1931 – das militaristische Japan und das Italien des Duce, der seine Truppen 1935 nach Afrika entsandte, um verspätet sein Kolonialreich in brutalster Weise zu vergrößern. Zu der Zeit war dem englischen Generalstab aber schon klar, daß die schnelle Aufrüstung des nationalsozialistischen Deutschlands eine weitaus größere Gefahr für die demokratischen Staaten Europas darstellte. Daher entschloß sich die englische Regierung im Jahr 1935 einerseits, die Aufrüstung zu forcieren, andererseits versuchte sie, die Beschwichtigungspolitik zum Erfolg zu führen.

Anfang der dreißiger Jahre machten Politiker in England nicht so sehr die Deutschen wie die Franzosen für die Spannungen in Europa verantwortlich. Sie übten deshalb Druck auf die französische Staatsführung aus, ihre Sicherheitspolitik aufzugeben, die auf den Bündnissen mit Polen und der Tschechoslowakei beruhte. Die Regierung Laval wollte ebenfalls den Krieg vermeiden und machte gemeinsam mit England den Versuch, sich unter Preisgabe Abessinien mit Mussolinis Italien zu arrangieren. Alle Bemühungen scheiterten. Deutschland, Italien und Japan schlossen sich im Antikominternpakt zusammen (1936/37), der sich angeblich gegen Rußland richtete, in Wirklichkeit aber England und Frank-

reich bedrohte. Aus der Sicht dieser Länder war noch schlimmer, daß Mussolini zur Aggression in Europa überging und Tausende seiner Soldaten in Spanien für Franco kämpfen ließ. Mussolini, der ehemalige Verbündete, gehörte jetzt zusammen mit Japan zur Allianz der Gegner.

Die internationale politische Lage wurde für England und sein Empire immer schwieriger. Die Regierung bemühte sich weiter um eine Verständigung mit Deutschland. Dieser Kurs wurde von maßgebenden Politikern und aufrichtigen Demokraten unterstützt, die sich den deutsch-englischen Freundschaftsgesellschaften anschlossen. Vertreter der «British Legion», eines Verbandes ehemaliger Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs, besuchten mehrmals Deutschland, wo sie von Hitler mit demonstrativer Gastfreundschaft und großem Aufwand öffentlich empfangen wurden. Er versicherte ihnen zum Beispiel im Juli 1935, daß er als ehemaliger Frontsoldat die Leiden des Krieges genügend kenne, um den Frieden zu wünschen. Führende englische Persönlichkeiten kehrten ebenfalls mit positiven Eindrücken aus Deutschland zurück.⁵ Die Olympiade 1936 war für Hitler ein großer Propagandaaufschlag, trotz der vielen Siege des farbigen Amerikaners Jesse Owens, die die nationalsozialistische Rassenlehre ad absurdum führten. Antisemitische Diskriminierungen wurden zeitweise weniger offen praktiziert und jüdische deutsche Sportler sogar unterstützt, weil das Internationale Olympische Komitee darauf bestand.

Im Mai 1937 wurde Neville Chamberlain im Alter von 68 Jahren als Nachfolger Baldwins Premierminister. Bei innenpolitischen Aufgaben hatte er sich als Gesundheitsminister und als Schatzkanzler als außerordentlich tüchtig erwiesen. Es mangelte ihm aber an Kenntnissen und Erfahrung, um die Außenpolitik zu führen, nicht freilich an Selbstvertrauen. Er handelte aus Prinzipien und rationalisierte die Probleme. Chamberlain wollte Europa Frieden und Sicherheit geben

und Hitler überzeugen, daß er durch Verhandlungen einen Teil seiner Wünsche ohne Anwendung von Gewalt verwirklichen könne. Er machte dabei den katastrophalen Fehler zu glauben, daß Hitlers Ziele begrenzt seien, wie dieser ja auch stets beteuerte. 1938 wurde jedem klar, daß der deutsche Reichskanzler ständig aggressiver vorging. Der «Anschluß» Österreichs im März war der Auftakt zu einer immer schneller fortschreitenden Expansionspolitik. Die Besetzung des Sudetenlandes und damit die Vernichtung der tschechoslowakischen Unabhängigkeit folgten im September 1938 nach der Münchner Konferenz, bei der die englische und französische Regierung noch einmal Hitlers Forderungen nachgegeben hatten.

Seit Oktober 1938 änderte sich die öffentliche Meinung in England ganz wesentlich, sie stimmte mit den falschen Grundsätzen der Politik Chamberlains immer weniger überein. Nach wie vor wurde zwar eine Friedenspolitik befürwortet, aber auch das nationalsozialistische Deutschland verurteilt. Die sogenannte «Kristallnacht» am 9. November 1938, in der die Synagogen in Brand gesteckt und zerstört, die jüdischen Männer in Massen verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt wurden, erregte nicht nur Mitleid, sondern rief auch große Beunruhigung hervor. Nach der Besetzung Prags im März 1939 zweifelten viele, ob man Hitlers Versprechungen Glauben schenken könne. Der Kommentar zu einer der weit verbreiteten englischen Wochenschauen spiegelte die öffentliche Meinung wider: «Erst vor wenigen Monaten gab Hitler in München sein Ehrenwort, daß er kein Land in Europa mehr besetzen werde. Jetzt können alle sehen, was sein Wort wert ist ... Sei gewarnt und melde dich zum Wehrdienst.»⁶

In gleicher Weise wandelte sich in der oppositionellen Labour-Partei die Einstellung zur Aufrüstung. Zu Beginn der dreißiger Jahre hatte sie den Völkerbund unterstützt, kollek-

tive Friedenssicherung befürwortet, den Faschismus verurteilt und der Forcierung der Rüstung widersprochen. Sie hatte erwartet, daß moralischer Druck und Wirtschaftssanktionen den Frieden ausreichend schützen würden. Bei ihrem Parteitag 1936 konnte sie sich noch immer nicht zu einer Unterstützung der Aufrüstung entschließen. Im nächsten Jahr einigte sich die Labour-Partei darauf, ihr nicht zu widersprechen. Aber erst 1938 rang sie sich unter dem Einfluß der Gewerkschaften dazu durch, die Aufrüstung voll mitzutragen. Die konservative Regierung wurde nun sogar wegen der Verzögerung dieser Entscheidung kritisiert! Dennoch stimmte die Labour-Partei noch im April 1939 gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Die Mehrheit der Konservativen Partei war dagegen seit März 1939 davon überzeugt, daß Hitler weitere Konzessionen nur als Zeichen der Schwäche deuten würde. Ihre Repräsentanten stimmten immer weniger mit Chamberlains Politik überein. Aber der Premierminister war so von seiner historischen Aufgabe erfüllt, den Frieden zu erhalten, daß er einfach nicht glauben oder sehen wollte, was für ein gottloses Übel Hitlers Deutschland war.

War es damals möglich, sich über das Dritte Reich zu informieren? Die rund hundert Bücher über das nationalsozialistische Deutschland, die in den dreißiger Jahren in England erschienen, sind vor kurzem in einer Arbeit analysiert worden.⁷ Darunter waren auch nationalsozialistische und mit dem Dritten Reich sympathisierende Veröffentlichungen sowie die englische Übersetzung von «Mein Kampf», die im Herbst 1933 in einer stark gekürzten Fassung erschien (eine vollständige Ausgabe wurde erst 1939 publiziert). Hitlers Buch wurde dann 1938 und 1939 auch in England in größeren Auflagen verbreitet. Chamberlain besorgte sich im März 1939 ein Exemplar der vollständigen Ausgabe.

In den Büchern über Deutschland wurden 1933 und 1934

sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten. Die Debatte war rege. Man versuchte, dem Nationalsozialismus gerecht zu werden. Der bekannte Journalist Vernon Bartlett, später ein vehementer Gegner des NS-Regimes, kam in seinem Buch «Nazi Germany Explained» zu der Schlußfolgerung, daß der Nationalsozialismus eine bessere Alternative zur Demokratie biete als der Kommunismus oder die Militärdiktatur. Das Buch erschien 1933 und noch dazu im Verlag von Gollancz, der in jüdischem Besitz war. Es wurde Bartlett und Gollancz bald klar, daß mit gutem Willen bei den Nationalsozialisten nichts zu erreichen sei, und der Verlag veröffentlichte in den folgenden Jahren Bücher, in denen die grausame Realität des nationalsozialistischen Deutschlands und die von ihm ausgehende Gefahr geschildert wurden.

Schon 1933 trat der amerikanische Zeitungskorrespondent Edgar Ansel Mowrer mit seinem interessanten Buch «Germany Puts the Clock Back» an die Öffentlichkeit. Es wurde mehrmals nachgedruckt. Eine zweite Auflage erschien schon 1933, weitere Auflagen wurden 1937 und 1938 als Penguin-Taschenbücher veröffentlicht. Mowrer meinte, daß Deutschland der Barbarei verfallen sei, deren Anfänge sich in der Weimarer Republik abgezeichnet hätten. Über den Antisemitismus bemerkte Mowrer, wie lächerlich es sei, daß sich «64 Millionen kräftige Menschen nordischer Herkunft (zum mindesten nehmen sie das für sich in Anspruch) von weniger als 600.000 Hebräern bedroht» fühlten. Mowrer verspottete und verurteilte die unwissenschaftliche und irrsinnige Programmatik der Nationalsozialisten. Besonders krasse Beispiele für diesen Wahnsinn kommentierte er: «Das Ziel der Nationalsozialisten ist die Vernichtung, dauernde Unterwerfung oder Vertreibung der Juden aus Deutschland.» Hitler, so erklärte er weiter, sei ein vorzüglicher Propagandist; «in seiner Absicht, die Öffentlichkeit dumm zu machen, ist er ohnegleichen. Seine politischen Ansichten

sind plump, doch in seiner Selbstbiographie «Mein Kampf» scharf umrissen.» Mowrer warnte, daß Hitler keine seiner Absichten aufgeben werde. Deutschland werde gegen die restliche Welt Krieg führen, ein erneuter Entscheidungskampf sei unvermeidlich.⁸

Nach 1935 und 1936 gab es genügend englischsprachige Literatur über die nationalsozialistische Herrschaft, so daß niemand in Unwissenheit bleiben mußte. Hier seien nur einige Bücher erwähnt, die zur Aufklärung beitrugen: Stefan Lorent, *I was Hitler's Prisoner* (Gollancz, April 1935); *The Yellow Spot* (Gollancz, März 1936); Konrad Heiden, *Hitler, a Biography* (London, 1936); F. L. Schuman, *Hitler and the Nazi Dictatorship* (Robert Hale, 1936); Stephan Roberts, *The House that Hitler Built* (Methuen, 1937). Angeblich hat Neville Chamberlain Roberts Buch gelesen. Es brauchte keiner über Deutschland schlecht informiert zu sein, es sei denn, er wollte die Augen verschließen. Das tat Chamberlain. Er wollte nicht sehen, daß der Wahn der Hitlerschen Weltanschauung zur Politik Deutschlands geworden war. In der normalen Umgebung von 10 Downing Street schien das undenkbar zu sein.

Chamberlain traf Hitler zuerst in der Sudetenkrise im Herbst 1938. Er faßte eine persönliche Abneigung gegen ihn und hielt ihn für einen gefährlichen, brutalen Menschen, dachte aber, daß Hitler Deutschlands Interessen mit Vernunft vertreten werde. Von der irrationalen Ideologie, die Hitler beherrschte, hatte er keine Ahnung. Das ersieht man aus den Briefen, die Chamberlain wöchentlich an seine beiden Schwestern schickte. In ihnen schrieb er ganz offen, was er dachte. So normal waren die Vorstellungen und Lebensverhältnisse in England während der dreißiger Jahre, daß er diese Gefühle, die er doch wohl hätte geheimhalten müssen, einem öffentlichen Briefkasten an der Ecke Downing Street und Whitehall anvertraute. Er glaubte, daß er diese Privatkorre-

spondenz nicht kostenfrei als Staatspost befördern lassen dürfe. Chamberlains Schwester Hilda teilte ihm mit, sie habe aus Deutschland erfahren, daß selbst Juden in die Hitlerjugend eintreten könnten. Daraufhin antwortete Chamberlain: «Ich hatte keine Ahnung, daß es Juden in Deutschland immer noch erlaubt ist, zu arbeiten oder in solche Organisationen wie die Hitlerjugend einzutreten. Das beweist, daß all das Geschwätz über Rassenreinheit nicht aufrichtig ist.» Dieser Brief ist nicht 1933 oder 1934 verfaßt worden, sondern trägt das Datum des 30. Juli 1939!⁹ Dennoch hat die Entschlossenheit Chamberlains, auf seiner Friedenspolitik zu beharren – nicht aus Schwäche, sondern um sinnlose Verluste an Menschenleben zu verhindern –, auch etwas Bewundernswertes.

Viele Ausländer machten sich Illusionen über Deutschland, aber es gab auch Amerikaner, Franzosen und Engländer, die von Anfang an sahen, wohin der Nationalsozialismus führen werde. Man muß zwischen Beobachtern unterscheiden, die im Ausland lebten und mit den deutschen Verhältnissen nicht gut vertraut waren, und den «professionals», den Diplomaten und Zeitungskorrespondenten, die in Deutschland arbeiteten und die Entwicklung aus unmittelbarer Nähe erlebten. Edgar Ansel Mowrers Buch ist bereits erwähnt worden. Die Depeschen des englischen Botschafters in Berlin, Sir Horace Rumbold, sind bekannt. Er analysierte den Inhalt von «Mein Kampf» und wies schon früh warnend darauf hin, daß Hitler nach und nach alles, was er in den zwanziger Jahren geschrieben habe, auch ausführen werde, wenn man ihm die Möglichkeit dazu gebe. Er schätzte Hitler richtig als einen Fanatiker ein, auf dessen Vernunft sich keiner verlassen dürfe. Er nahm die Aussagen in «Mein Kampf» ernst und wußte, daß sich darin der wahre Hitler enthüllte. Hier hatte der «Führer» bereits ganz offen zu verstehen gegeben, daß er das deutsche Volk wie auch das Ausland belügen werde und

daß Menschen wie dumme Schafe zu behandeln seien. Dennoch wurde das Buch in Deutschland keinesfalls als Geheimnis behandelt, wie man hätte meinen können.

Ein anderer Beobachter, General Temperley, der englische Militärberater bei der Genfer Abrüstungskonferenz, berichtete 1933, daß er zu Deutschland kein Vertrauen habe. Er fuhr fort: «Seit der Machtergreifung sind nur wenige Wochen verstrichen, in denen Hitler eine Revolution durchgeführt hat. Jetzt ist er absoluter Herrscher über Deutschland. Das Land selbst hat sich einem Fieber des nationalen Wiedererwachens hingegeben. Können wir einfach weitermachen, als wäre nichts geschehen?» England solle dem nationalsozialistischen Deutschland, so meinte er, gemeinsam mit dem verbündeten Frankreich mit Gewalt entgegenreten.¹⁰ Wie schwierig das auszuführen war, haben wir schon erörtert. Das Foreign Office in London bewahrte die Ruhe.

Ein Memorandum eines seiner höheren Beamten, F. A. Gwatkin, war charakteristisch für die Einstellung, die im Sommer 1933 in ihm herrschte. Gwatkin kam zu dem Schluß, daß die NSDAP die eigentliche Regierung in Deutschland sei und daß sie mehr Macht besitze als irgendeine Regierung vor ihr. Er gab zu bedenken: «Ob die gegenwärtige deutsche Regierung diesen Machtgewinn vernünftig nutzen wird, ist eine offene Frage. Trotz ihres Strebens nach Vergrößerung ihres Territoriums und nach Autarkie kann sich eines Tages herausstellen, daß sich Deutschlands neugewonnene innere Geschlossenheit in den Händen einer fähigen Führung konstruktiv auswirkt und daß dadurch ein Gegengewicht gegen die extravaganten oder künstlichen Theorien entsteht, die zur Zeit in der Bewegung dominieren.»¹¹

Durch jüngst veröffentlichte kanadische Dokumente wissen wir, wie das Foreign Office auf die Nachrichten Rumbolds und anderer reagierte. Zu der Judenverfolgung in Deutschland meinten die Beamten zum Beispiel, daß sie doch

deutsche Staatsbürger betreffe und man sich deshalb nicht einmischen könne. In der ausländischen öffentlichen Meinung des Westens war die Reaktion aber besonders nach dem November 1938 anders. In Großbritannien bemühte man sich, Geld zu sammeln, um den Opfern des Nationalsozialismus, ob Juden oder Christen, zu helfen. Da gaben viele auch kleine Summen, Schulklassen sammelten Geld für den Lord-Baldwin-Fonds. Die Listen der großen und kleinen Spender wurden in der Times abgedruckt. Die Kirchen übten Druck auf die Regierung aus, wenigstens für Kinder die Einwanderungsbedingungen zu erleichtern. Durch die «Kindertransporte» nach Dover und Harwich wurden Zehntausende jüdischer Kinder aus Deutschland und Österreich gerettet, allerdings ohne die Eltern. So reagierte die englische Öffentlichkeit ganz freiwillig und ohne Druck.

Hitlers «Machtergreifung» brachte in zunehmendem Maße Unsicherheit und Gefahr für Europa. Die Menschen lebten zwar weiter ihr tägliches Leben, sie verliebten sich und fuhren in die Ferien. Der Rhythmus des Alltäglichen wurde aber immer mehr von dem viel schnelleren Rhythmus der Entfaltung der Hitlerschen Gewaltpolitik und Erpressungen überholt. Die Menschen in Deutschland strömten dem «Führer» zu; der Widerstand – ein anderes Kapitel – war tapfer, aber nach der Zahl der Beteiligten nicht groß. Dabei wird man jedoch gerechterweise berücksichtigen müssen, daß das Netz der totalitären Kontrolle, des Terrors und der Unterdrückung immer dichter wurde. Dank der Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten und der weitgehenden Passivität derer, die gegen die nationalsozialistische Politik waren, konnte Hitler Deutschlands Macht derart steigern, daß seine Armeen am Ende fast ganz Kontinentaleuropa eroberten. Der deutsche «Lebensraum» konnte nur von der Wehrmacht gesichert werden. In diesem «Lebensraum», unter den Augen der Wehrmacht, vielfach sogar mit ihrer Hilfe und wieder nur gegen

vereinzelt Widerstand, vollzog sich ein Grauen, das in der modernen Geschichte keine Parallele findet.

Wenn ich meine Darlegungen nun zusammenfasse, möchte ich nicht zu grob verallgemeinern. Es ist möglich, die Geschehnisse in Deutschland und in anderen Ländern Europas nebeneinanderzustellen und zu vergleichen. Aber die Entwicklung verlief in jedem Land unterschiedlich, und daher fällt auch der Vergleich schwer. Zum Beispiel traf die Wirtschaftskrise England nicht so hart wie Deutschland. Nicht allein abweichende politische Traditionen führten zum Untergang der Weimarer Republik, dazu trug auch die andersartige, verheerendere Wirtschaftsentwicklung seit dem Ersten Weltkrieg bei.

Infolge der Zerstörung des wirtschaftlichen Fundaments der Weimarer Demokratie lag der Weg zur Diktatur offen. In England gab es keine gleich katastrophalen Wirtschaftskrisen wie in Deutschland die rasende Inflation bis 1923 und die schwere Depression Anfang der dreißiger Jahre. Auch gab es in England große Parteien, die Konservativen, die Labour-Partei und die Liberalen, die im Gegensatz zu den deutschen bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Programmatik doch das parlamentarische System prinzipiell bejahten. Es gab in England demokratische, keine extremen Alternativen.

Durch die «Machtergreifung» am 30. Januar 1933 hat sich die Karte Europas nicht über Nacht verändert. Jedes Land hatte damals mit seinen eigenen innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen und mußte ihnen seine ganze Aufmerksamkeit widmen. Die Herrschaft der Nationalsozialisten schien zunächst ein innerdeutsches Problem zu sein. Aus der Sicht der Nachbarn entstand daraus erst allmählich eine Bedrohung des europäischen Friedens. Noch einige Zeit glaubten die Regierungen in Paris und maßgebend in London und Washington, daß die Entwicklung in Deutschland eine Angelegenheit der Deutschen selbst sei und daß sie die Sicher-

heit der übrigen Staaten nicht unmittelbar berühre. Andere Bedrohungen wie etwa der Expansionsdrang Japans im Fernen Osten und Italiens im Mittelmeerraum erschienen der führenden europäischen demokratischen Macht, Großbritannien, bis 1938 akuter und gefährlicher. Als Deutschland dann seit 1938 die Sicherheit Europas immer aggressiver bedrohte, standen die anderen Mächte vor der schwierigen Aufgabe, nun auch noch dieser Gefahr zu begegnen, ohne ihre sonstigen vielfältigen außen- und innenpolitischen Interessen außer acht zu lassen. Das aber überstieg schon damals die Möglichkeiten und die Kraft eines einzelnen Landes.

Anmerkungen

1) Einen hervorragenden Überblick über die Probleme bietet der von Karl Rohe herausgegebene Band: *Die Westmächte und das Dritte Reich 1933–1939*, Paderborn 1982, mit Beiträgen von G. Schmidt, B.-J. Wendt, C. A. MacDonald, K. Schwabe, G. Ziebura, R. Höhne und K. Rohe.

2) Churchill äußerte sich in dieser Weise gegenüber Journalisten anlässlich eines Besuchs bei Mussolini im Januar 1927 in Rom. Seine Bewunderung für den italienischen Diktator brachte er auch in einer Rede am 17. Februar 1933 zum Ausdruck. Er nannte ihn «the Roman genius ... the greatest lawgiver among living men». Zugleich machte er aber seine Vorbehalte deutlich. Der Faschismus sei «not a sign-post which would direct us here». M. Gilbert, *Winston S. Churchill*. Bd. 5. London 1976, S. 226, 457.

3) *The World Economic Crisis and the Way of Escape* (= The Halley-Stewart Lecture 1931), zitiert nach: Robert Campbell, *The Keynesian Revolution 1920–1970*, in: *The Fontana Economic History of Europe*. Hrsg. v. C. M. Cipolla. Bd. 5/1, London 1976; Werner Jochmann, *Brünnings Deflationspolitik und der Untergang der Weimarer Republik*, in: *Industrielle Gesellschaft und politisches System*. Festschrift für Fritz Fischer. Hrsg. v. D. Stegmann, B.-J. Wendt und P. Ch. Witt. Bonn 1978; U. Büttner, *Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931*. Hamburg 1982.

4) R. Griffiths, *Fellow Travellers of the Right. British Enthusiasts for Nazi Germany 1933–1939*. London 1980, S. 9–12.

5) Ebd., S. 128–133, 221–229.

6) *Gaumont British News*, G. B. 545, 20. März 1939.

7) Andrew J. Thorpe, *Books about Nazi Germany 1933–1939*. B. A.-Diss. Universität Birmingham 1983; J. J. und P. P. Barnes, *Hitler's Mein Kampf in Britain and America*. Cambridge 1980.

8) Edgar Ansel Mowrer, *Germany Puts the Clock Back*. Harmondsworth 1938 (Penguin-Taschenbuch), insbes. S. 182–187.

9) Neville to Hilda Chamberlain, 30. Juli 1939, Birmingham University Library: Chamberlain Papers.

10) Denkschrift, am 16. Mai 1933 dem Kabinett vorgelegt, zitiert nach: A. Adamthwaite, *The Lost Peace*. London 1980, S. 145–146.

11) Denkschrift vom 27. Juni 1933, Public Record Office London: FO 371/16 696. Anderer Meinung war der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Vansittart; er warnte vor Zugeständnissen. Denkschrift vom 14. Juni 1933, ebd.

LITERATURHINWEISE

- Adam, Uwe Dietrich, *Judenpolitik im Dritten Reich*. Düsseldorf 1972.
- Becker, Josef u. Ruth (Hrsg.), *Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933*. München 1983 (dtv 2938).
- Bolland, Jürgen, *Die Hamburgische Bürgerschaft in alter und neuer Zeit. Aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der gewählten Bürgerschaft in ihrem Auftrage verfaßt im Staatsarchiv*. Hamburg 1959.
- Bracher, Karl Dietrich, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*. 5. Aufl. Villingen 1971, 6. Aufl. 1978 (Athenäum-Droste-Tb. 7216).
- ders., *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*. Köln, Berlin 1969, 2. Aufl. 1980.
- Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*. Bonn 1983.
- Bracher, Karl Dietrich/Schulz, Gerhard/Sauer, Wolfgang, *Die Nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*. Frankfurt a. M. – Berlin – Wien 1979 (Ullstein Buch 2992–94).
- Broszat, Martin u. a. (Hrsg.), *Deutschlands Weg in die Diktatur. Referate und Diskussionen, ein Protokoll. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme*. Berlin 1983.
- ders., *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*. München 10. Aufl. 1982 (dtv 4009).
- Büttner, Ursula, *Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931*. Hamburg 1982.
- Büttner, Ursula/Jochmann, Werner, *Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. 1931–1933*. Hamburg 1983 (Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung).
- Christier, Holger, *Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945–1949*. Hamburg 1975 [Kapitel 1 und 2 über Endphase der Weimarer Republik und Widerstand].
- Conze, Werner/Raupach, Hans (Hrsg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*. Stuttgart 1967.
- Erdmann, Karl Dietrich/Schulze, Hagen (Hrsg.), *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute*. Düsseldorf 1980.
- Focke, Harald/Reimer, Uwe, *Alltag unterm Hakenkreuz. Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten*. Hamburg 1979.

- Grebing, Helga, *Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen*. München 1959.
- dies., *Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung*. Stuttgart, Berlin usw. 1971.
- dies., *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik*. Stuttgart, Berlin usw. 1974.
- Herzig, Arno/Langewiesche, Dieter/Sywottek, Arnold, *Arbeiter in Hamburg*. Hamburg 1983.
- Hochmuth, Ursel/Meyer, Gertrud, *Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente*. Frankfurt/M. 1969.
- Jacobsen, Hans-Adolf/Jochmann, Werner, *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945*. Bd. 1–2 und Kommentarband. Bielefeld 1966.
- Jasper, Gotthard (Hrsg.), *Von Weimar zu Hitler 1930–1933*. Köln. Berlin 1968.
- Jochmann, Werner, *Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente*. Frankfurt/M. 1963.
- Johe, Werner, *Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung 1933–1945. Dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg*. Frankfurt/M. 1967. Neudruck Hamburg 1983.
- dies., *Neuengamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg*. 3., durchgesehene Auflage Hamburg 1982 (Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung).
- Lill, Rudolf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.), *Machtverfall und Machtergreifung. Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus*. München 1983.
- Löwenthal, Richard/von zur Mühlen, Patrik (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*. Berlin, Bonn 1982.
- Luthardt, Wolfgang (Hrsg.), *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933*. Frankfurt/M. 1978.
- Matthias, Erich/Morsey, Rudolf (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933. Darstellung und Dokumente*. Düsseldorf 1960, Neuausg. 1979 (Athenäum-Droste-Tb. 7220).
- Megerle, Klaus, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*. Berlin 1982.
- Meyer, Gertrud, *Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente*. Frankfurt/M. 1971.

- Milberg, Hildegard, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935. Hamburg 1970.
- Niess, Wolfgang, Machtergreifung 33. Beginn einer Katastrophe. Stuttgart 1982. *
- Rittberger, Volker (Hrsg.), 1933 – Wie die Demokratie der Diktatur erlag. Stuttgart 1983.
- Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977.
- Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1975.
- Timpke, Henning (Hrsg.), Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933. Frankfurt/M. 1964. Neudruck Hamburg 1983.
- Voß, Angelika/Büttner, Ursula/Weber, Hermann, Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich. Hamburg 1983 (Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung).
- Wilhelmi, Heinrich, Die Hamburger Kirche in der nationalsozialistischen Zeit 1933–1945. Göttingen 1968.
- Witt, Friedrich-Wilhelm, Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30–1933. Hannover 1971.
- Weizsäcker, Richard von/Brandt, Willy/Kohl, Helmut/Bracher, Karl Dietrich, Geschichte mahnt. 30. Januar 1933–30. Januar 1983. Reden... im Reichstagsgebäude in Berlin. Bonn 1983 (Veröffentlichung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung).

CHRONIK

1928

16. Februar Adolf Hitler spricht zum dritten Mal innerhalb von fünf Monaten in Hamburg
19. Februar Bürgerschaftswahl: Die NSDAP erringt 3, die DNVP 22, die DVP 20, die DDP 21, die SPD 60 und die KPD 27 Mandate. SPD, DDP und DVP bilden erneut die Senatskoalition
17. Mai Schießerei zwischen Demonstrationssägen des Roten Frontkämpferbundes und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Barmbek. Ein Reichsbannermann wird tödlich getroffen
20. Mai Reichstagswahl. Nach Erfolgen der SPD und KPD Bildung der Großen Koalition aus SPD, DDP, Zentrum und DVP im Reich. Der Sozialdemokrat Hermann Müller wird Reichskanzler. Die NSDAP erhält 12 Mandate
- 2./3. Juni Reichsfrontsoldatentag des «Stahlhelm» in Hamburg
3. September Der Hamburger Gauleiter der NSDAP, Dr. Albert Krebs, tritt von seinem Amt zurück
- 3.–7. September 13. Bundeskongreß des ADGB in Hamburg
30. September Bei Straßenkämpfen zwischen Reichsbanner und Rotem Frontkämpferbund im (damals noch hamburgischen) Geesthacht werden ein Sozialdemokrat und ein Kommunist getötet, sechs Menschen schwer, ca. 60 leicht verletzt

- 1.-4. Oktober 3. Bundeskongreß des AfA-Bundes in Hamburg
5. Dezember Abkommen über die hamburgisch-preußische Hafengemeinschaft

1929

4. Januar Ende eines 14wöchigen Werftarbeiterstreiks nach Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs durch den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister
15. April Karl Kaufmann wird Hamburger Gauleiter der NSDAP
- 3.-10. Mai Nach schweren kommunistischen Unruhen in Berlin Verbot und Auflösung des Roten Frontkämpferbundes in Preußen (3. 5.), Hamburg (6. 5.) und allen deutschen Ländern
9. Juli Gründung des «Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan» durch DNVP, Stahlhelm und – erstmals gleichberechtigt beteiligt – NSDAP
8. Dezember Bei den Landtagswahlen in Thüringen erringt die NSDAP 11,3 % der Stimmen
31. Dezember 60.483 Arbeitsuchende in der Stadt Hamburg

1930

30. Januar Schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und der Polizei in der Neustadt

12. Februar Große Kundgebung der NSDAP bei Sagebiel mit Joseph Goebbels als Hauptredner
27. März Rücktritt von Reichskanzler Hermann Müller
30. März Heinrich Brüning (Zentrum) wird zum Reichskanzler ernannt
28. Mai Schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten am Stephansplatz in Hamburg
3. Juli Die preußische Regierung verbietet den Beamten die Zugehörigkeit zur NSDAP und KPD bzw. die Unterstützung dieser Parteien
5. Juli Die NSDAP erwirbt das Braune Haus in München
16. Juli Die Regierung Brüning legt dem Reichstag die ersten beiden Notverordnungen aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung vor
18. Juli Auflösung des Reichstags
27. Juli Gründung der Deutschen Staatspartei
7. September Bei Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten bei der Sternschanze wird ein Nationalsozialist getötet
8. September Uniformverbot gegen die NSDAP in Hamburg
14. September Reichstagswahl: Die NSDAP erhält 107 Mandate (bisher 12)
25. September Hitler erklärt als Zeuge vor dem Reichsgericht in Leipzig unter Eid, daß er und seine Partei die Macht im Staat nur auf legalem Weg erstreben

3. November Der Hamburger Senat warnt die Staatsbediensteten vor einer Betätigung für KPD oder NSDAP
1. Dezember Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen
Hitler spricht zum zweiten Mal im exklusiven Hamburger Nationalklub
3. Dezember Bei kommunistischen Unruhen am Alten Steinweg in Hamburg wird ein Polizeibeamter getötet
8. Dezember Wilhelm Hoegner spricht bei einer Großveranstaltung der SPD gegen den Nationalsozialismus
10. Dezember Bei Unruhen in Hamburg wird ein Kommunist von der Polizei erschossen
12. Dezember Schiedsspruch in der Hamburger Eisenindustrie: sechsprozentige Kürzung der Stundenlöhne und übrigen Verdienste
31. Dezember 93.343 Arbeitsuchende in der Stadt Hamburg

1931

5. Januar Das Reichsbanner beschließt die Aufstellung besonderer militärisch ausgebildeter Schutzformationen (Schufo)
26. Januar 2 Tote und 6 Schwerverletzte bei kommunistischem Angriff auf NSDAP-Versammlung in Geesthacht
5. Februar Verbot der kommunistischen Hamburger Volkszeitung und Norddeutschen Zeitung

15. Februar Wahl eines Nationalsozialisten zum AStA-Vorsitzenden an der Universität Hamburg
19. Februar Frauenkundgebung der Hamburger SPD gegen den Nationalsozialismus mit Toni Sender als Hauptrednerin vor ca. 3.000 Teilnehmern
20. Februar Massenversammlung der NSDAP bei Sagebiel mit Goebbels als Hauptredner
25. Februar «Hungermarsch» der KPD auf Hamburg
3. März Kundgebung «des Bürgertums gegen den Marxismus»: Erstmals tritt in Hamburg die NSDAP als gleichberechtigter Mitveranstalter neben DNVP, DVP, Hamburgischem Grundeigentümerversen u. a. Mittelstandsverbänden auf
4. März Gemeinsame Veranstaltungen von SPD, ADGB, AfA-Bund, Allgemeinem Deutschen Beamtenbund, Arbeitersport-Kartell und SAJ gegen den Nationalsozialismus mit dem führenden italienischen Sozialisten Pietro Nenni
13. März Polizeiwachtmeister Friedrich-Franz Pohl verwundet Regierungsrat Oswald Lassally, der ihn wegen seiner Betätigung für die NSDAP vernehmen soll, durch einen Schuß aus der Dienstpistole schwer
15. März Ermordung des kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Ernst Henning durch drei Nationalsozialisten
16. März Verbot der nationalsozialistischen und kommunistischen Presse, Kundgebungen, Umzüge und Versammlungen

28. März Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen
12. Mai Öffentliche Kundgebung von 13 Hamburger Wirtschaftsverbänden gegen steuerliche Überlastung
5. Juni 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen mit drastischen Einschränkungen der Sozialleistungen
11. Juni Zahlungseinstellung der bedeutenden Hamburger Überseefirma Schlubach, Thiemer & Co.
- 8.–15. Juni 1 Todesopfer bei kommunistischen «Hungerunruhen» in Hamburg
13. Juli Zusammenbruch der Danat-Bank. Die Reichsregierung ordnet allgemeine Bankfeiertage, anschließend die Beschränkung des Zahlungsverkehrs und Devisenbewirtschaftung an
15. August Rigoroses Sparprogramm des Senats
4. September Hitler spricht vor ca. 1500 Führern der NSDAP und SA in Hamburg
20. September Aufgabe der Golddeckung und dadurch Abwertung der britischen Währung
24. September Hitler bei großer Wahlkundgebung in Hamburg
27. September Bürgerschaftswahl: Die Große Koalition verliert die absolute Mehrheit. Die Fraktion der NSDAP wächst von 3 auf 43 Abgeordnete
3. Oktober Der Senat tritt insgesamt zurück, führt aber nach Artikel 37 der Hamburger Verfassung bis zu seiner Neuwahl die Geschäfte weiter

11. Oktober Bildung der «Harzburger Front» aus NSDAP, DNVP, Stahlhelm und Vaterländischen Verbänden
8. Dezember 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens: Bewußte Verschärfung der Deflation durch generelle Senkung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen, Preise, Mieten und Zinsen
10. Dezember Die Hamburger DVP drängt auf Neuwahl des Senats und erklärt, sich an die Koalitionsvereinbarungen nicht mehr gebunden zu fühlen
16. Dezember Schaffung der «Eisernen Front» aus SPD, Freien Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersportverbänden
19. Dezember Die NSDAP veröffentlicht «19 Mindestforderungen» für ihre Regierungsbeteiligung. Dazu gehören das Amt des Ersten Bürgermeisters und die Leitung der Polizeibehörde
31. Dezember 139.843 Arbeitsuchende in der Stadt Hamburg

1932

26. Januar Hitler wirbt in einer Rede im Industrie-Club in Düsseldorf um das Vertrauen der «Wirtschaftsführer»
12. Februar–
4. März «Bierstreik» in Hamburg: Aus Protest gegen die Biersteuerbelastung verweigern die Wirte und Einzelhandelsgeschäfte den Ausschank bzw. Verkauf von Bier

14. Februar Ein nationalsozialistischer Flugblattverteiler wird in Hamburg von einem Kommunisten erschossen
13. März Im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl erhält in Hamburg Hindenburg 54,6 %, Hitler 24,6 %, Theodor Duesterberg (DNVP, Stahlhelm) 4,6 % und Ernst Thälmann (KPD) 15,2 % der Stimmen
19. März Durch eine Kreditgarantie in Höhe von 77 Mio. RM verhindert die Reichsregierung den Zusammenbruch der Hamburg-Amerika Linie, des Norddeutschen Lloyd und mehrerer Trampreedereien
24. März Die Bürgerschaft beschließt ihre Auflösung, da bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen eine Neubildung des Senats unmöglich ist
10. April Hindenburg wird im 2. Wahlgang zum Reichspräsidenten wiedergewählt. In Hamburg erhält er 56,8 %, Hitler 30,8 %, Thälmann 12,4 % der Stimmen
Zwei Nationalsozialisten werden in Hamburg von Kommunisten erschossen
13. April Verbot von SA und SS im Reich
24. April Bürgerschaftswahl in Hamburg: Die NSDAP wird stärkste Fraktion. Infolge ihrer Gewinne und starker Verluste der KPD verfügen die «bürgerlichen» Parteien von der Staatspartei bis zur NSDAP erstmals über eine Mehrheit in der Bürgerschaft
Bei Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt ebenfalls starkes Anwachsen der NSDAP. In Preußen verliert

- die «Weimarer» Koalition aus SPD, Zentrum und Staatspartei die parlamentarische Mehrheit, die bisherige Regierung des Sozialdemokraten Otto Braun führt die Geschäfte weiter
11. Mai Entgegen parlamentarischem Brauch wählen SPD, Staatspartei und Zentrum nicht den Kandidaten der stärksten Fraktion, der NSDAP, sondern erneut den Sozialdemokraten Dr. Herbert Ruscheweyh zum Präsidenten der Bürgerschaft
19. Mai Ein Nationalsozialist bei Auseinandersetzungen mit Kommunisten in Hamburg getötet
28. Mai Hitler sagt bei einem Treffen mit Franz von Papen zu, dessen Kabinett unter der Bedingung tolerieren zu wollen, daß 1. das SA-, Uniform- und Demonstrationsverbot aufgehoben, 2. der Reichstag aufgelöst, 3. die preußische geschäftsführende Regierung abgesetzt werde
30. Mai Rücktritt des Reichskanzlers Brüning, da ihm Hindenburg weitere Unterstützung verweigert
1. Juni Ernennung Papens zum Reichskanzler
4. Juni Auflösung des Reichstags
14. Juni Die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung schreibt drastischen Leistungsabbau vor
16. Juni Aufhebung des SA-, Uniform- und Demonstrationsverbots
17. Juni Drei Tote bei kommunistischen Unruhen in St. Georg

16. Juni – 9. Juli Konferenz in Lausanne: Bis auf eine Abschlußzahlung von 3 Mrd. RM werden die deutschen Reparationsverpflichtungen gestrichen
17. Juli Der «Altonaer Blutsonntag» fordert 18 Tote und 61 Verletzte
20. Juli Absetzung der geschäftsführenden Regierung und Ernennung des Reichskanzlers Papen zum Reichskommissar in Preußen
31. Juli Reichstagswahl: Die NSDAP wird mit 230 Mandaten stärkste Fraktion
Erschießung eines Polizeibeamten im hamburgischen Gängeviertel
3. August Der Senat hebt seinen «Radikalenerlaß» vom 3. November 1930 in Anlehnung an die Regelung in Preußen in bezug auf die NSDAP auf
13. August In einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten lehnt Hitler das Amt des Vizekanzlers ab. Die NSDAP geht zu harter Opposition über
- 4./5. September Verordnungen des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft bzw. zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit: Einbruch in das Tarifrecht durch die Möglichkeit zur Ermäßigung der Tariflöhne bei Mehreinstellung von Arbeitnehmern oder Gefährdung des Betriebs; Beschäftigungsprämien in Form von Steuergutscheinen
12. September Nach Ablehnung des 1. Abschnitts des Haushaltsplanes in der Hamburger Bürgerschaft zieht der Senat die Vorlage zurück und setzt sie durch Notverordnung in Kraft
Auflösung des Reichstags

13. Oktober Schwere Zusammenstöße zwischen SA/SS und Stahlhelm in Hamburg
26. Oktober Verordnung des Senats gegen politische Zellenbildung in der Ordnungspolizei. Der Senat reagiert damit auf die Gründung einer Ortsgruppe nationalsozialistischer Polizeioffiziere unter Oberstleutnant Ernst Simon
29. Oktober Ein Reichsbannermann in der Fruchttallee in Hamburg beim Kleben von Wahlplakaten von Nationalsozialisten erschossen
30. Oktober Ein Kommunist in der Holstenstraße nahe der Grenze nach Wandsbek von Nationalsozialisten erschossen
- 3.–8. November Von Nationalsozialisten und Kommunisten geleiteter Verkehrsarbeiterstreik in Berlin
6. November Reichstagswahl: Die Nationalsozialisten erleiden erhebliche Verluste
3. Dezember General Kurt von Schleicher wird von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt
14. Dezember Um die Unterstützung der Gewerkschaften zu gewinnen, hebt die Reichsregierung die Notverordnung vom 5. September auf
31. Dezember 164.359 Arbeitsuchende in der Stadt Hamburg

1933

4. Januar Vertrauliche Besprechung zwischen Hitler und Papen über die gemeinsame Bildung der Reichsregierung

9. Januar Initiative der Hamburger DNVP, um die Neubildung des Senats ohne die SPD in die Wege zu leiten
30. Januar Ernennung Hitlers zum Reichskanzler
2. Februar Demonstrationsverbot gegen die KPD in Preußen und fünf weiteren Ländern
14. Februar Die Hamburger Staatspartei weigert sich, das Amt des Ersten Bürgermeisters und des Polizeiherrn der NSDAP zu überlassen
- 18./19. Februar Die Verhandlungen über die Senatsbildung werden bis nach den Reichstagswahlen am 5. März vertagt
27. Februar Reichstagsbrand
28. Februar Verordnungen des Reichspräsidenten «zum Schutz von Volk und Staat» sowie «gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe»: Die massive Unterdrückung und Verfolgung der KPD beginnt
Erschießung eines Polizeibeamten durch Kommunisten in Hamburg
1. März 75 Funktionäre der KPD werden verhaftet, ihre Plakate, Flugblätter, Zeitungen und Zeitschriften sowie sämtliche Versammlungen, Demonstrationen und Umzüge verboten
2. März Der Verlag des Hamburger Echos verzichtet auf den Vertrieb in Preußen
Reichsinnenminister Wilhelm Frick fordert das Verbot des Echos wegen einer kritischen Betrachtung zum Reichstagsbrand: «Was steckt dahinter?»

3. März Rücktritt der sozialdemokratischen Senatoren Senator Paul de Chapeaurouge (DVP) übernimmt das Amt des Polizeiherrn
Verbot des Hamburger Echos für 14 Tage
4. März Der Chef der Ordnungspolizei, Lothar Danner (SPD), und sozialdemokratische Polizeioffiziere werden beurlaubt
Rücktritt von Bürgermeister Dr. Carl Petersen (Staatspartei)
5. März Reichstagswahl: In Hamburg gewinnt die NSDAP 38,8%, die mit ihr verbündete DNVP 8,0% der gültigen Stimmen
Reichsinnenminister Frick verlangt aufgrund der Verordnung vom 28. Februar die Einsetzung des SA-Standartenführers Alfred Richter zum kommissarischen Polizeiherrn in Hamburg
6. März Senator Paul de Chapeaurouge erklärt seinen Rücktritt
7. März Carl Petersen legt sein Bürgerschaftsmandat nieder
In den Ländern Baden, Bremen, Hamburg, Hessen, Sachsen, Württemberg und Schaumburg-Lippe ist die Polizeigewalt auf Reichskommissare übertragen
8. März Die Bürgerschaft wählt einen Koalitionssenat, an dem die NSDAP mit sechs, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (DNVP und Stahlhelm) mit vier Vertretern, die DVP und die Staatspartei mit den bisherigen Senatoren Wilhelm Amsinck Burchard-Motz bzw. Walter Matthaei beteiligt sind

13. März Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda
14. März Ernennung des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Hans Nieland zum Polizeipräsidenten von Hamburg
15. März Das Verbot des «Hamburger Echos» wird um 14 Tage verlängert
20. März Aufstellung der Hilfspolizei aus Mitgliedern der SA, SS und des «Stahlhelm» in Hamburg mit einer Stärke von mindestens 310 Mann
21. März Erste Sitzung des neugewählten Reichstags in der Krolloper in Berlin
Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten
22. März Errichtung des Konzentrationslagers Dachau
23. März Reichstag und Reichsrat verabschieden das «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich» (das sogenannte «Ermächtigungsgesetz»)
24. März Aufstellung des «Kommandos z. b. V.». Es untersteht der Staatspolizei und führt die Aktionen gegen politische Gegner durch. Am 4. Januar 1934 wird es wieder aufgelöst
27. März Das Verbot des «Hamburger Echos» wird auf unbestimmte Zeit verlängert
29. März Der Senat untersagt den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Hamburger Staates die Zugehörigkeit zu «marxistischen» Parteien. Zwölf Bürgerschaftsabgeordnete der SPD legen daraufhin in Übereinstimmung mit der

- Parteiführung ihre Mandate nieder und treten aus der Partei aus
Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe: Geltung der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 für früher begangene Verbrechen
31. März Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich
In Wittmoor (bei Glashütte) wird ein Lager für politische Gefangene errichtet
1. April Die vielen Übergriffe gegen jüdische Mitbürger erreichen mit einem zentral gelenkten Boykott jüdischer Einrichtungen, Geschäfte, Arzt- und Anwaltspraxen ihren ersten Höhepunkt. Der Boykott liefert den Vorwand für gesetzliche Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben
Der volksparteiliche Bürgermeister Dr. Wilhelm Amsinck Burchard-Motz empfiehlt anlässlich einer Bismarck-Gedenkfeier in Friedrichsruh die «Einreihung der DVP in die nationalsozialistische Front»
2. April Je ein Vertrauensmann der NSDAP und der DNVP werden nach Verhandlungen mit der Reichsregierung in das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie aufgenommen. Die «semitischen» Mitglieder sollen ausgeschaltet und der NSDAP genügend Einflußmöglichkeiten eingeräumt werden
3. April Erste Reichstagung der Glaubensbewegung Deutsche Christen
Der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, wird

- zum Kommandeur der Politischen Polizei in Bayern ernannt
5. April Besetzung aller Einrichtungen des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände durch die Reichsjugendführung der NSDAP
6. April Selbstauflösung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes
7. April Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich («Reichsstatthaltergesetz») Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
Besetzung der Gewerbe- und der Detaillistenkammer in Hamburg, Einsetzung kommissarischer Vorstände
9. April Hermann Miltzow (NSDAP) löst Hans Bechly (früher DVP) als Vorsitzenden des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes ab
10. April Der 1. Mai wird durch Reichsgesetz zum «Feiertag der Nationalen Arbeit» bestimmt
Hermann Göring wird preußischer Ministerpräsident und Innenminister
Der geschäftsführende Vorstand und der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei in Hamburg beschließen, ihre politische Arbeit sofort einzustellen. Gemäß einer Vereinbarung mit der Gauleitung der NSDAP schließen sich ihre Vertreter im Senat und in der Bürgerschaft dieser Partei an
Einlieferung der ersten kommunistischen Schutzhäftlinge in das Konzentrationslager Wittmoor

12. April Führende Vertreter der SPD dringen darauf, daß Sozialdemokraten an den Veranstaltungen am 1. Mai nicht teilnehmen sollen
14. April Der Senat bestellt vier Staatskommissare für die Hamburger Handelskammer
18. April Das Sondergericht beim Landgericht Hamburg tritt zur ersten Sitzung zusammen
19. April Der Hamburger Senat beschließt, Adolf Hitler zum Ehrenbürger zu ernennen. Umbenennung des Rathausmarktes in Adolf-Hitler-Platz
20. April Die Hamburger Handelskammer fordert die angeschlossenen Vereine zur Gleichschaltung auf
21. April Rundschreiben des Stabsleiters der Politischen Organisation der NSDAP, Dr. Robert Ley, zur Ausschaltung der Gewerkschaften
Die Zusammensetzung der nach dem «Vorläufigen Gleichschaltungsgesetz» vom 31. März gebildeten Bürgerschaft wird im «Amtlichen Anzeiger» veröffentlicht. Danach erhält die NSDAP 51, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 10, die DVP 3, das Zentrum 2, der Christlich-Soziale Volksdienst 1, die Staatspartei 4 und die SPD 35 Mandate
24. April Gesetz, betreffend die erweiterte Zuständigkeit des Senats
26. April Hermann Zech (NSDAP) wird 2. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona hinter Rudolf Blohm (DNVP)

27. April Die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg beschließt, geschlossen in den NS-Lehrerbund einzutreten
28. April Selbstauflösung des AfA-Bundes
29. April Gründung des Reichsluftschutz-Bundes
1. Mai Aufnahmesperre für die NSDAP (bis zum 1. Mai 1937)
2. Mai Zerschlagung der Gewerkschaften. Besetzung des Hamburger Gewerkschaftshauses und Verhaftung der Vorstandsmitglieder des ADGB
3. Mai Gründung der Deutschen Arbeitsfront
- 3./4. Mai Gründung der Reichsstände des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handels
5. Mai Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fordert die angeschlossenen Organisationen zur Gleichschaltung und Einführung des «Arierparagraphen» bis zum 31. Mai auf
10. Mai Beschlagnahme des Vermögens der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
Rechenschaftserklärung des Ersten Bürgermeisters C. V. Krogmann vor der neugebildeten Bürgerschaft. C. C. Fritz Meyer, NSDAP, wird zu ihrem Präsidenten gewählt. Die SPD nimmt aus Protest gegen die Beschlagnahme ihres Vermögens an der Sitzung nicht teil
Bücherverbrennungen in Berlin und anderen deutschen Universitätsstädten

11. Mai Der Hamburger sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Adolf Biedermann wird bei Recklinghausen tot neben den Bahngleisen aufgefunden
15. Mai Walter Abraham, Hauptmann der Ordnungspolizei, übernimmt die Leitung der Hamburger Staatspolizei
Die Hamburger Studenten verbrennen in einer «Aktion wider den undeutschen Geist» bedeutende Werke der Weltliteratur
16. Mai Gauleiter Karl Kaufmann wird zum Reichsstatthalter von Hamburg ernannt
17. Mai Der Reichstag billigt Hitlers Außenpolitik einstimmig
18. Mai Gesetzliche Einführung des Titels «Regierender Bürgermeister» für den Präsidenten des Hamburger Senats
Ernennung der neuen Landesregierung durch den Reichsstatthalter. Die Senatoren Dr. Walter Matthaci (Staatspartei) und Max Stavenhagen (DNVP) scheiden aus dem Senat aus
Der Senat verfügt die Liquidation des Hamburger Landesverbands der Deutschen Volkspartei
19. Mai Senator Karl Witt (DNVP) tritt zur NSDAP über
22. Mai Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, bittet, ihm alle Ämter zur Verfügung zu stellen, um die Gleichschaltung der Organisation und der angeschlossenen Verbände zu erleichtern

23. Mai Der Nationalsozialist Wilhelm Purucker übernimmt die Leitung der Hamburger Kriminalpolizei
29. Mai Hauptpastor Simon Schöffel wird von der Synode zum Landesbischof gewählt
30. Mai Hitlerjugend und DHV-Jugend veranstalten eine zweite Bücherverbrennung in Hamburg
31. Mai Bürgerschaftssitzung. Sechs Bürgerschafts-abgeordnete, die der SPD angehörten, bilden nach ihrem Austritt aus der Partei eine unabhängige Gewerkschaftsgruppe im Landesparlament, die bei der NSDAP hospitiert
1. Juni Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit (sogenannter Reinhardtplan). Erweitert durch das 2. Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 21. September
Adolf-Hitler-Spende der Deutschen Wirtschaft vereinbart
16. Juni Die Staatspolizei verhaftet in Hamburg 30 führende Mitglieder der SPD
Eröffnungssitzung der gleichgeschalteten Hamburger Handelskammer
19. Juni Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände schließen sich zum Reichsstand der Deutschen Industrie zusammen
21. Juni Betätigungsverbot für die SPD im gesamten Reichsgebiet
26. Juni Selbstauflösung des Landesverbands Hamburg der Deutschen Staatspartei

27. Juni Selbstauflösung der DNVP im Reich. Rücktritt Hugenbergs als Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister
28. Juni Selbstauflösung des Landesverbandes Hamburg der DNVP
Selbstauflösung der Deutschen Staatspartei im Reich
4. Juli Selbstauflösung der DVP im Reich
5. Juli Selbstauflösung des Zentrums
6. Juli Staatsrat Georg Ahrens wird zum Staatssekretär ernannt
Rede Hitlers über den Abschluß der «nationalen Revolution»
7. Juli Annullierung der Mandate der SPD und der «mit sozialdemokratischer Hilfe erworbenen Mandate anderer Parteien» (Staatspartei) durch Reichsverordnung
8. Juli Gesetz über den Preußischen Staatsrat
Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl
10. Juli Der «Bürgerausschuß» des Hamburger Landesparlaments erklärt die Mandate der Gewerkschaftsvertreter für ungültig
14. Juli Gesetz über die Neubildung der Parteien: Die NSDAP ist die einzige zugelassene Partei in Deutschland
20. Juli Gesetz über die Bildung eines hamburgischen Staatsrats
23. Juli Bei den evangelischen Kirchenwahlen erhalten die Deutschen Christen zwei Drittel der Stimmen

26. August Ein neugebildetes Wachkommando der SS übernimmt die Bewachung der Schutzhäftlinge in Fuhlsbüttel
4. September Einrichtung des Konzentrationslagers Fuhlsbüttel im ehemaligen Frauengefängnis. Das Lager bleibt im Zuständigkeitsbereich des Strafvollzugsamtes. Der ehemalige SA-Standartenführer Paul Ellerhusen wird zum Kommandanten des Lagers ernannt
22. September Die Reichsregierung beschließt die Errichtung einer Reichskulturkammer
Die Deutsche Evangelische Nationalsynode in Wittenberg wählt Ludwig Müller zum Reichsbischof
30. September Ausscheiden der Senatoren Karl Witt, Hans-Henning von Pressentin, Philipp Klepp, Dr. Friedrich Ofterdinger (ehemals «Kampffront Schwarz-Weiß-Rot») aus dem Senat
7. Oktober Der hamburgische Staatsrat tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen
Standartenführer Wilhelm Boltz, Inspekteur der Marine-SA, wird zum Polizeipräsidenten von Hamburg ernannt
14. Oktober Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund
Auflösung des Reichstags und aller Länderparlamente
- 16./17. Oktober Auflösung des Konzentrationslagers Wittmoor. Die Häftlinge werden nach Fuhlsbüttel überführt
20. Oktober SS-Sturmbannführer Bruno Streckenbach wird zum Leiter der Staatspolizei Hamburg ernannt

- 30. Oktober Das Konzentrationslager Fuhlsbüttel wird der Staatspolizei unterstellt
- 12. November Reichstagswahl. Für den Kreiswahlvorschlag in Hamburg werden 736.328 Stimmen abgegeben, es gibt aber 141.544 ungültige Stimmen der Regimegegner
- 14. November Bürgermeister Krogmann entschuldigt sich bei Hitler für das relativ schlechte Wahlergebnis in Hamburg
- 24. November Reichsführer-SS Heinrich Himmler wird vom Reichsstatthalter und vom Senat zum Kommandeur der Staatspolizei in Hamburg ernannt
- 30. November Preußisches Gesetz über die Geheime Staatspolizei
- 1. Dezember Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat: Die NSDAP wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechts
- 31. Dezember 155.914 Arbeitsuchende in der Stadt Hamburg